



Wiesbaden gemeinsam gestalten

Ökologisch – Sozial – Digital
Kooperationsvertrag 2022-26

Kooperationsvertrag zwischen den
Wiesbadener Kreisverbänden von...

Bündnis 90/Die Grünen

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**

Die Linke

Volt

15. Juli 2022

Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
Umwelt, Klimaschutz und Energie	3
Klimaneutrales Wiesbaden	3
Fossilfreie Energie für Wiesbaden	5
Klimaschutz beim Bauen und Sanieren	7
Klimaneutrales Bauen in städtischer Verantwortung	8
Biodiversität	10
Stadtwald	12
Landwirtschaft und Ernährung	13
Trinkwasser	14
Klimaanpassung und Hitzeaktionsplan	15
Tierschutz	16
Abfallreduzierung und Entsorgung	16
Ausbau des Hauptklärwerks	17
Soziales	18
Ausbau der städtischen Infrastruktur sozial und inklusiv gestalten	19
Kinder und Familie	21
Kinderbetreuung	22
Schulsozialarbeit	24
Armutsprävention	25
Obdachlosigkeit	27
Wohnen	28
Raum für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik	29
Lebenswerte Quartiere – Wohnen im Bestand	30
Wohnungsneubau: Innenentwicklung – Nachverdichtungen – Großsiedlungen	31
Wohnungsbau auf neuen Flächen	32

Stadtentwicklung	34
Ein neuer Flächennutzungsplan für Wiesbaden	35
Ökologische Quartiersentwicklung	35
Optimierte Flächennutzung	36
Lebenswerte Wohnquartiere	37
Freiraumplanung für Mensch und Umwelt	38
Experimentierräume	38
Flächenentwicklung für Gewerbe, Industrie und Behördenstandorte	39
Die 15-Minuten-Stadt („Stadt der kurzen Wege“)	41
Aktive Bodenpolitik in Wiesbaden	41
Stadtentwicklungsprojekte in Wiesbaden erfolgreich umsetzen	42
Stadtentwicklung und Denkmalschutz	43
Verkehr und Mobilität	45
Fußverkehr	45
Radverkehr	46
Mehr Förderung und Zugang zum Radverkehr	47
Bus- und Bahnverkehr	48
Soziale Tarifgestaltung	49
Schienenverkehr	50
Kfz- und Lieferverkehr	51
Entlastung der Wohngebiete vom Durchgangs- und Pendlerverkehr	51
Stadtinseln („Superblocks“) und autoarmes Historisches Fünfeck – mehr Platz für Menschen	52
Effizientes Parkraummanagement	53
Ausbau von Car-Sharing	54
Stadtgerechte Logistik und Wirtschaftsverkehr	55
Sicherheit im Straßenverkehr	55

Wirtschaft und Beschäftigung	57
Industriestandort stärken	58
Wirtschaftsförderung zukunftsfähig aufstellen	58
Urbanen Charme neu beleben	59
Neue Ideen für Einzelhandel und Gastronomie	60
Stadtteile entwickeln	60
Märkte und Feste als Anziehungspunkte	60
Start-ups fördern, Gründerökosystem entwickeln	61
Wiesbadener Gründerpreis	62
Wiesbaden als touristisches Ziel stärken	62
Fachkräftestrategie entwickeln	63
Öffentliches Auftragswesen und Vergabe besser aufstellen	64
Stadtbeschäftigte	65
Städtischer Stellenpool	65
Leiharbeit	65
Zukunft der Wiesbadener Jugendwerkstatt	66
Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung	68
E-Government	69
Innovation Lab	69
Modernes Arbeiten	70
Umsetzung Informationsfreiheitssatzung	70
Digitale Infrastruktur	71
Öffentliches WLAN	71
Open Data	71
Smart City	72
Green IT	72
Strategie für Ansiedlung Rechenzentren	72
Open Source Software Strategie	73
WiesbadenCard	73
Digitale Barrierefreiheit	73

Gesundheit	74
Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und ausbauen	75
Pflege in Wiesbaden: bedarfsgerecht, selbstbestimmt und inklusiv	76
Stärkung der Palliativmedizin	77
Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden – EGW: Akteur*innen im Gesundheitssystem stärken und vernetzen	77
HSK: Krankenhaus der Maximalversorgung mit zentraler Bedeutung für Wiesbaden	78
Medizin- und Gesundheitsstadt Wiesbaden: der Tradition verpflichtet	79
Einrichtung einer „Post-Covid“-Koordinierungsstelle	79
Wiesbaden als Modellregion für die Legalisierung von Cannabis	79
Schule	81
Bildung für alle – von Anfang an	81
Schulbau der Landeshauptstadt Wiesbaden 2022–2026	81
Schwerpunkt Digitalisierung	82
Mobilitätsmanagement für Schulen	83
Inklusion	84
Gesunde Schule – Mittagessen	84
Gesunde Schule – Bewegung	85
Schule als Lern- und Lebensraum / Sozialraumorientierung	85
Berufliche Bildung	86
Weiterbildung, Volkshochschule und Volksbildungswerke	86
Hochschulen in Wiesbaden	87
Sozialindex	87
Ganztagsschulen	88
Keep Clean	89
Autonomie für Schüler*innen	89
Leonardo Award	89

Kultur	91
Kulturentwicklungsplan und Kulturförderung	91
Walhalla	91
Digitalisierung	92
Schlachthof-Campus	92
Staatstheater	92
Kulturbeirat	93
Stadtmuseum	93
Brauchtum	94
Erinnerungskultur	94
Städtepartnerschaften	95
Jugend	97
Jugendliche brauchen Räume zum Lernen und zum Feiern	98
Senior*innen	100
Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit	103
Straßenbenennung	103
Gleichstellung	103
Gender Budgeting	104
Prostitution	104
Geschlechtergerechte Sprache	105
Schwangerschaftsberatungen	105
Istanbul Konvention	105
Hilfetelefon	105
Parität	105
Unterbringung schutzbedürftiger Frauen	106
Frauengesundheit	106
MINT Programme für Frauen	106

Demokratie und Beteiligung	107
Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie	109
Bürger*innenbudget für Wiesbaden ab 2024	110
Integration und Geflüchtete	112
Sport	115
Moderne Sportstätten	116
Sport & Wellness: Wiesbadens Bäderlandschaft	117
Wiesbadens Spielplätze	118
Veranstaltungen von besonderer Bedeutung	119
Sicherheit	120
Videoüberwachung	120
Alkoholverbotszonen	121
Zukunft der Waffenverbotszone	121
Zukunft der Stadt- und Verkehrspolizei	122
Übergriffe auf Sicherheits- und Rettungskräfte	122
Feuerwehr und Rettungskräfte	123
Präventionsrat	124
Täter*innenarbeit	124
Finanzen, Beteiligungen und Revision	125
Städtische Einnahmen	126
Kommunalsteuern und Gebühren	126
Fördermanagement	127
Konnexität	127
Bußgeldstelle	127
Städtische Ausgaben	128
Transparenz beim städtischen Haushalt	128
Kassenwirksamkeit	128
Zero-Base-Budgeting	128

Good Governance – Gute Grundsätze, klare Regeln, nachvollziehbares städtisches Handeln	129
Vertrauen schaffen durch klare Regeln und Transparenz	129
Transparenz- und Lobbyregister	129
Stärkung der internen Revision	129
Nachhaltigkeit städtischer Finanzen	130
Stadtwirtschaftsstrategie	131
Städtische Beteiligungen und Gesellschaften	131
Privatisierungen	131
„Good Governance“ für Aufsichtsräte, Betriebskommissionen und Gesellschaften	131
Stärkung der Aufsicht über die städtischen Gesellschaften	132
Geschäftsführungen und Transparenz städtischer Unternehmen	133
Städtische Unternehmen und Gesellschaften	134
Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften	134
Ausschüttung GWW	134
Wivertis	134
Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW)	134
Naspa	135
WVV	135
MBA/ELW	135
Danke für die Mitarbeit	136

Präambel

Wiesbaden ist vielfältig. Wir sehen darin eine Chance für die zukunftsfähige Gestaltung unserer Stadt. Wir wollen, dass Wiesbaden für alle Bewohner*innen lebenswert ist. Dafür wollen wir Wiesbaden ökologischer, sozialer und digitaler gestalten.

Eine Orientierung der Politik, des Wirtschaftens und des alltäglichen Lebens am Prinzip der Nachhaltigkeit ist unverzichtbare Grundlage für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt. Konsequenter Klimaschutz und wirksame Klimaanpassung sind angesichts des faktischen Klimawandels unabdingbar.

Wir wollen eine Stadt ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. D.h. für uns, die kommunalen Möglichkeiten zu nutzen, um insbesondere ein ausreichendes Angebot an Bildung von Anfang an und bezahlbarem Wohnraum sicher zu stellen sowie Armut und sozialer Spaltung entgegenzuwirken. Diskriminierung jeglicher Art und menschenfeindlichen Bestrebungen stellen wir uns entschieden entgegen.

Ein lebenswertes Wiesbaden zeigt sich natürlich auch in einer starken heimischen Wirtschaft, zukunftsfähigen Unternehmen, einem breiten Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, einer vielfältigen Kultur sowie in lebendigen Quartieren und Stadtteilen mit umfassendem Angebot für den täglichen Bedarf und guter sozialer und gesundheitlicher Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch eine moderne Stadtverwaltung, die Digitalisierung nutzt, wo immer es sinnvoll ist.

Wiesbaden, unsere Stadt, die Bürger*innen, Wirtschaft und Politik, wir alle stehen vor großen Herausforderungen in einer schwierigen Zeit. Der Klimawandel erfordert einen konsequenten Prozess der Umstellung hin zur Klimaneutralität. Die Auswirkungen der Pandemie haben die Menschen je nach ihrer sozialen Lage unterschiedlich getroffen und damit die sozialen Unterschiede in unserer Stadt noch einmal offengelegt und verstärkt. Neben den gesundheitlichen Folgen für Viele wirken sich auch die gestörten Lieferketten aus. Zusätzlich zum sich seit langem abzeichnenden Fachkräftemangel wurde der Arbeitsmarkt kräftig durcheinandergewirbelt. Und nicht zuletzt ist in der Pandemie noch einmal deutlich geworden, dass

wir auch in Wiesbaden eine umfassende Digitalisierungsoffensive brauchen.

Gerade auch in schwierigen Zeiten stehen wir für eine öffentliche Daseinsvorsorge auf einem hohen Standard. Die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur spielt dabei eine herausragende Rolle, denn wir wollen kommenden Generationen keinen lähmenden Sanierungsstau hinterlassen.

All dies wird derzeit überschattet durch den verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine und seine Folgen.

In solchen Krisensituationen zeigt sich aber auch die Kraft und das Potential unserer Stadt und ihrer Menschen. Z.B. haben wir in Wiesbaden in kürzerer Zeit mehr Menschen aufgenommen, als jemals zuvor. Dies ist nur dank der großen Solidarität und des starken Engagements in der Bevölkerung gelungen.

Mit dieser Kraft und einer entschlossenen Politik werden wir die Aufgabe der anstehenden Transformationen gemeinsam gestalten. Die vorliegende Vereinbarung zwischen den vier Parteien Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Volt schafft die politische Basis, um die anstehenden Herausforderungen in den nächsten Jahren konsequent mit den Wiesbadener*innen gemeinsam anzugehen und zu meistern.

Umwelt, Klimaschutz und Energie

Klimaneutrales Wiesbaden

Der Kampf gegen die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und Aufgabe hoher Priorität. Die Klimaveränderungen zwingen uns zum schnellen und effizienten Handeln. Wir denken Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen. Wir setzen uns das Ziel, bis 2025 entsprechend des Pariser Klimaabkommens und der bestehenden Beschlüsse zum Klimanotstand die entscheidenden Weichen zu stellen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Stadt Wiesbaden ihren Beitrag zur Erreichung des 1,5-Grad-Zieles leisten kann.

Bis 2030 wollen wir die stadtweiten Treibhausgasemissionen linear absenken und um 65 % gemäß Bundesziel senken. Bis 2035 streben wir für die Stadt insgesamt Klimaneutralität an, dies umfasst auch die Stadtverwaltung, die städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe. Hierfür wollen wir alle Möglichkeiten und Spielräume, z. B. in der Bauleitplanung, der Flächennutzung sowie der Förderung und Beratung im Bereich Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien ausschöpfen. Dabei setzen wir auf die Unterstützung des Bundes, der wesentliche Rahmenbedingungen schafft.

Instrumente zum Erreichen des Treibhausgas (THG)-Reduktionspfades sind das Klimaschutzkonzept inkl. Wärmeplan mit der CO₂-Bilanz mit einem zweijährigen Monitoring, die Festlegung von Treibhausgasbudgets für die einzelnen Sektoren und ihre Verursacher, die Festlegung eines mess- und quantifizierbaren Reduktionspfades mit Berichtspflicht für die einzelnen Sektoren, die Definition von konkreten Schritten zur Reduktion der Emissionen sowie zur Energieeinsparung in einem Masterplan für den Klimaschutz, die finanzielle, organisatorische und personelle Absicherung der effizientesten Maßnahmen sowie ihre Umsetzung. Es sind bereits Mittel für den Klimaschutz im letzten Haushalt bereitgestellt worden, über weitere Zusetzungen wird in den kommenden Haushalten entschieden.

Zur Einhaltung der Klimaschutzziele werden alle Dezernate, Ämter und städtischen Beteiligungen in die Verantwortung für ihre Treibhausgas-Budgets und die notwendigen Reduktionsmaßnahmen genommen.

Ein möglicher finanzieller Mehraufwand für den Klimaschutz und die Klimaanpassung wird über Mittel aus dem Klimafond der Stadt ausgeglichen, Fördergelder von EU, Bund und Land werden dabei vorrangig eingesetzt. Maßnahmen mit einem hohen Nutzen-Kosten-Beitrag zum Treibhausgas-Reduktionsziel haben Vorrang. Übergreifend erfolgen eine weitere Sensibilisierung für die Notwendigkeit zu Klimaschutz und -anpassung sowie ein Know-how-Aufbau innerhalb der Verwaltung. Als Unterstützung kann auf fachliche interne und externe Beratung zurückgegriffen werden.

Für alle städtischen Maßnahmen, die zur Erreichung der (städtischen) Klimaschutzziele einen nennenswerten Beitrag leisten können, wird eine CO₂-Bilanz, inklusive Lebenszyklusanalyse und Alternativenbetrachtung, schrittweise eingeführt. Die CO₂-Bilanz wird in Sitzungs- und Beschlussvorlagen anschaulich dargestellt (z. B. durch eine Klima-Ampel) und um Angaben zu den Umweltkosten nach standardisierten Berechnungsmethoden in Euro pro Tonne CO₂-Äquivalenten ergänzt. Die Erstellung der CO₂-Bilanz ist mit einheitlichen Maßstäben zentral im Umweltamt oder dezentral zu leisten.

Bis Ende 2022 soll hierzu ein Verfahrensvorschlag erarbeitet werden.

Die Ziele der Stadt hinsichtlich Klimaschutz und Ressourcenschonung werden in den strategischen Zielen für die städtischen Gesellschaften verankert.

Weitere konkrete Instrumente zur Einhaltung der Klimaziele sind:

- Fortführung und Intensivierung von Förderprogrammen für die Bürgerschaft, z. B. zum Stromsparen, für Ersatzbeschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten, zum energieeffizienten Sanieren von Gebäuden. Hierbei sind Maßnahmen für finanziell schwächere Haushalte besonders zu berücksichtigen.

- Förderung von emissionsfreier Mobilität durch verstärkten klimaneutralen Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Ladeinfrastruktur)
- Überprüfung und ggf. Anpassung des Projekts Ökoprotif hinsichtlich der Effekte für den Klimaschutz
- Einführung eines betrieblichen Umwelt- und Klima-Management-Systems in allen städtischen Einrichtungen/Liegenschaften bis spätestens 2030 gemäß Stadtverordnetenbeschluss Nr. 0653 vom 16.12.2021
- Beschaffung von Dienstwagen nur noch mit elektrischem Antrieb bei bedarfsgerechter Größe und Leistung
- Intensivierung des Projekts EmMi (Energiesparmodell Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)
- Bei langfristigen Geldanlagen verzichtet die Stadt auf solche, die die Finanzierung fossiler Energien beinhalten. Gleiches streben wir für die städtischen Gesellschaften an.
- Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie die Teilnahme am „Wattbewerb“, die Installation einer Klima-Uhr und die Erstellung eines Energiestadtplans

Fossilfreie Energie für Wiesbaden

Wichtige Bausteine für den städtischen Klimaschutz sind die Umstellung auf fossilfreie Energie und der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf dem Stadtgebiet.

Die Kooperation unterstützt den Bau des Windparks auf der Hohen Wurzel.

Die Stadt Wiesbaden erlässt eine PV-Pflicht: Für alle Bauvorhaben auf städtischen Grundstücken oder im Rahmen städtebaulicher Verträge wird die optimale Nutzung der Dächer und Fassaden für Photovoltaik (PV) in Kombination mit einer Dach-/Fassadenbegrünung als Standard festgelegt, die die Möglichkeiten des Baukörpers optimal ausnutzt. Abweichungen sind nachvollziehbar zu begründen.

Beim Verkauf von städtischen Grundstücken an Private wird neben den bereits beschlossenen Vorgaben (Baupflichtfristen etc.) jeweils vertraglich

fixiert, dass alle Freiflächen jenseits der erforderlichen Wege/Stellplätze gärtnerisch ohne Abdeckung mit Schotter u.ä. herzustellen sind sowie auf allen technisch geeigneten Gebäudeflächen Solaranlagen installiert werden.

Alle umsetzbaren Potenziale sollen ausgeschöpft und private Investoren bei der Realisierung unterstützt werden. In den nächsten 3 Jahren sollen die 25 größten Potentialflächen für Solarstrom oder -wärme beplant und umgesetzt werden. Ziel ist es, mindestens die Hälfte der für Wiesbaden gemäß Bundesvorgaben (20 GW/a) notwendigen PV-Leistung bis 2030 umzusetzen (ca. 27 MW/a).

Die Pläne zum Bau einer PV-Anlage auf dem Deponie-Gelände werden ausdrücklich unterstützt. Die Betriebshöfe von ESWE Verkehr und städtischen Ämtern sowie Garagen und Parkplätze werden grundsätzlich mit PV-Anlagen errichtet oder möglichst nachgerüstet, um den Solarstrom selbst zu nutzen oder mit entsprechender Ladeinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Das Förderprogramm „Solarenergie“ für private Investoren wird ausgebaut und intensiviert. Wir unterstützen die Gründung einer Bürger*innen-Energie-Genossenschaft, die selbst PV-Anlagen errichtet.

Die Möglichkeiten von Photovoltaik auf Agrarflächen (Agri-PV) werden wir prüfen und gemäß Bundesförderung umsetzen; dies gilt auch für Freiflächensolaranlagen auf wenig ertragreichen Flächen. Es ist maßvoll abzuwägen, ob diese Nutzung anderen Zielen des Flächennutzungsplans (FNP) widerspricht.

ESWE Versorgung soll sich zu einem Energie-Dienstleister für den Stadtkonzern, Gewerbe und private Haushalte entwickeln, dessen Treibhausgas-Budget sich auf Basis realer CO₂-Emissionen bis 2030 kontinuierlich dem 1,5 Grad Ziel nähert. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Aktivitäten der ESWE Versorgung hinsichtlich innovativer fossilfreier Wärmeversorgung, PV-Pacht- und Mieterstrommodellen und dem Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität.

Wir entwickeln Leitlinien ggf. mit Fernwärme-Benutzungszwang für Gebiete, in denen eine dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren Energien aus Gründen des Heilquellenschutzes nicht möglich ist. Das

Fernwärmenetz soll bis 2035 dekarbonisiert werden, d.h. es wird auf fossile Energieträger verzichtet und umfangreich Abwärmeeinspeisung ermöglicht.

Wir unterstützen die Entwicklung eines kommunalen Wärmekatasters inkl. Wärmeplan bis 2023, die als Planungsinstrumente für die Wärmeversorgung unserer Stadt dienen. Der Wärmeplan wird aufzeigen, wie sich bestehende Wärmenetze von fossilen Brennstoffen auf Erneuerbare Energien, Abwärme, z.B. aus Rechenzentren und Industrieanlagen, und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) umstellen lassen oder wo neue Wärmenetze für eine langfristig CO₂-neutrale Wärmeversorgung errichtet werden können.

Wir sehen ESWE Versorgung in der Verantwortung, die kommunale Wärmeplanung aktiv voranzutreiben und umzusetzen. Darüber hinaus soll ESWE Versorgung seine Beteiligung an Windkraftanlagen außerhalb Wiesbadens auf 200 MW installierte Leistung bis 2025 verdoppeln.

Wir unterstützen die ESWE Versorgung dabei, die Möglichkeiten und Grenzen einer Nutzung von Wasserstoff in Wiesbaden und der Region Rhein-Main im Zusammenspiel mit den anderen Energienetzen auszuloten.

Der Beschluss zur Wasserstoffnutzung in Wiesbaden vom 18.01.2022, in dem die Bedingungen für Projekte einer nachhaltigen Wasserstoffproduktion genannt sind und eine Wasserstoff-Gesamtstrategie gefordert wird, ist konsequent umzusetzen. Weitere effiziente Projekte mit positiver Klimawirkung sollen in Kooperation mit der Wiesbadener Industrie entwickelt werden.

Klimaschutz beim Bauen und Sanieren

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Einsparung von Energie liegen die großen Herausforderungen beim Klimaschutz im Gebäudebereich.

Für das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035 sind drastische Energieeinsparungen, der Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Gas und Öl zum Heizen, energetische Sanierung, die Bereitstellung grüner Wärme

sowie Minimierung der CO₂-Last notwendig – bei einzelnen Gebäuden wie auch im Quartier.

Dabei sind Quartiere gemäß den Klimaschutzzielen der Stadt energetisch zu sanieren und neue Quartiere als CO₂-Senken zu konzipieren.

Darüber hinaus ist Klimaneutralität im Gebäudebau und -betrieb über den gesamten Lebenszyklus zu betrachten, die den gesamten Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt: So sind schon in der Produktionsphase, soweit technisch sinnvoll, CO₂- und energiearme Bau- und Dämmstoffe und Recyclingmaterialien zu verwenden. Die Produktion von zusätzlicher CO₂-freier Energie am Gebäude kann dazu genutzt werden, die unvermeidlich entstehenden Emissionen auszugleichen.

Um das zu erreichen, wollen wir das kommunale Planungsrecht verstärkt für Klima- und Umweltbelange nutzen sowie bei neuen Bauvorhaben und grundlegenden Sanierungen konkrete Regeln vorgeben. Alle Möglichkeiten technischer Art wie auch der wirtschaftlichen Förderung sind zu prüfen und wo sinnvoll auszuschöpfen.

Dabei stehen Bauvorhaben in städtischer Verantwortung und auf städtischem Grund im Fokus, da hier über Kaufverträge, kommunale Leitlinien und städtebauliche Verträge über das bisherige Baurecht hinaus eine Umsetzung gewährleistet werden kann.

Klimaneutrales Bauen in städtischer Verantwortung

Ziel ist der energiesparende und THG-neutrale Bau und Betrieb von Gebäuden und Wohnraum im Einflussbereich der Stadt. Basierend auf dem wegweisenden Beschluss zu den ökologischen Leitlinien bei den Funktionsgebäuden werden zeitnah auch entsprechende Leitlinien für den Wohnungsbau entwickelt. Diese werden auch für die städtischen Gesellschaften sowie für städtebauliche Verträge gelten.

Für Neubau und substanzielle Sanierung wird EH40/Plus bzw. Passivhaus/Plus städtischer Standard. Der Energiebedarf der Häuser soll, wo immer technisch machbar, ausschließlich aus regenerativen

Energiequellen wie Erdwärme oder Solarenergie gespeist werden. Abweichungen müssen nach einem Standardverfahren begründet werden.

Auf allen städtischen Liegenschaften werden, sofern technisch möglich, PV-Anlagen installiert. Dies gilt für Neubauten aber auch für Bestandsgebäude, die wir kurzfristig mit Blick auf die technische Umsetzbarkeit überprüfen werden.

Darüber hinaus werden die Leitlinien für den Wohnungsbau u.a. folgende Nachhaltigkeitskriterien beinhalten:

- das Erstellen und Bewerten von intelligenten Energiekonzepten mit Erneuerbaren Energien,
- eine Ökobilanzierung zur Abschätzung der Umwelt- und Klimafolgen,
- die wirtschaftliche Bewertung der Varianten bei Bauprojekten unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen wie Energie- und CO₂-Preissteigerungen und weitere Klimafolgekosten z. B. nach Umweltbundesamt
- die thermische und akustische Behaglichkeit der Innenräume,
- die Auswahl von gesundheits- und umweltverträglichen Baustoffen,
- eine nachhaltige Ressourcenverwendung bei Bauteilen auch im Hinblick auf den Rückbau des Gebäudes
- Grundstücke sollen zur Regenwasserversickerung so wenig wie möglich versiegelt sein und Regenwasser-Zisternen zur Bewässerung verbaut werden.

Alle Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen des gesamten städtischen Gebäudebestandes haben sich an ihrem spezifischen THG-Reduktionspfad zu orientieren. Dies gilt insbesondere für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die die energetische Sanierungsrate ihrer Gebäude entsprechend erhöhen werden. Als anzustrebender Zielwert gilt 4 % Sanierungsrate pro Jahr. Dabei gilt das Prinzip „Worst First“, d.h. die energetisch schlechtesten Gebäude werden vorrangig angegangen. Regelsanierungsmaßnahmen an einem Gebäude sind mit einer energetischen Sanierung zu verbinden.

Bei bestehenden Gebäuden ist zu prüfen, ob die Umnutzung energetisch sinnvoller ist als Abriss und Neubau. Dazu sind die relevanten Faktoren wie Umbau, Statik, Brandschutz, Barrierefreiheit, Schadstoffbeseitigung und dafür notwendige Materialien im Vergleich zu einem nachhaltigen Neubau auch als Lebenszyklusbilanz (Wirtschaftlichkeit, CO₂) für den Betrieb der nächsten 50 Jahre zu bilanzieren.

Auch die Einführung eines Abrisskatasters wird unter Einbeziehung der Wiederverwendung der Baumaterialien geprüft.

Das Energiemanagement wird nach bewährtem Beispiel anderer Städte wie z. B. Frankfurt am Main das Hochbauamt und die anderen Ämter bei der Umsetzung von Vorgaben zum Klima- und Umweltschutz unterstützen und wird dafür entsprechend personell gestärkt. Die Gegenfinanzierung soll zu einem Teil aus Einsparungen bei der energetischen Qualitätssicherung Bau und beim Energieeinkauf sowie Energieeinsparmaßnahmen erfolgen.

Biodiversität

Städte sind attraktive Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten. Insbesondere anpassungsfähige Generalisten profitieren vom städtischen Nahrungsangebot und den vielfältigen Strukturen. Daher weisen Städte häufig eine höhere Biodiversität auf als die freie Landschaft, wo insbesondere bei intensiver Landnutzung ein dramatischer Artenverlust zu verzeichnen ist. Eine gesamtstädtische Biodiversitätsstrategie muss daher den Erhalt und die Wiederherstellung von dauerhaften Lebensräumen für die hoch bedrohten Offenlandarten ebenso beinhalten wie die Nutzung des großen Potenzials für urbane Biodiversität.

Im besiedelten Bereich wollen wir daher bei allen Bauvorhaben, Sanierungen sowie Freiraumgestaltungen die Artenvielfalt fördern u.a. durch Nisthilfen, vogelfreundliche Verglasungen, naturschutzfachlich gesteuerte Begrünung (Bäume, heimische Gehölze, Wildstauden, Blühwiesen, Fassadenbegrünungen, Dachbegrünungen) sowie durch die gezielte Anlage von Kleinbiotopen. Hierfür liefert auch das anspruchsvolle Modell Animal Aided Design (AAD) wertvolle Impulse, daher wollen wir AAD im Rahmen von geeigneten Pilotprojekten erproben.

Lichtverschmutzung zählt zu den größten Gefahren für tag- und nachtaktive Lebewesen. Wir werden daher ein besonderes Augenmerk auf dieses Thema legen und verstärkt sparsame und insektenfreundliche Beleuchtung einsetzen.

Die Biotopkartierung wie auch das Baumkataster sind für alle Maßnahmen sowohl Planungs- als auch Kontrollinstrument. Sie sollen ausgebaut, stets aktualisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir die Biodiversität innerstädtisch wie auch in der freien Landschaft erhalten und fördern:

- Finanzielle Unterstützung der Neuanlage und Pflege von Streuobstwiesen,
- Schaffung von dauerhaften Lebensräumen für Insekten und bedrohte Feldflurarten in Kooperation mit Landwirt*innen und Kleingärtner*innen,
- Verlässliche Absicherung von Projekten des Vertragsnaturschutzes und Anlage von Feldbiotopen im Rahmen des Modells „Ökokonto für Landwirtschaftsbetriebe“ auf Basis einer fachlich ermittelten Flächenkulisse,
- Ausweisung von Naturschutzgebieten: „Scheuerling“ (Breckenheim), „Leierkopf“ (Frauenstein) und „Heide“/„Hintere Heide“ (Kostheim),
- Sicherung des Floßhafens Kostheim als Stillwasser-Lebensraum für Fische und insbesondere überwinterte Wasservögel,
- Reaktivierung und Entsiegelung von Retentionsräumen und Überschwemmungsgebieten,
- Naturnahe und insektenfreundliche Anlage und Pflege der städtischen Grünflächen wo immer es die Nutzung erlaubt, z. B. durch Umgestaltung von Rasenflächen zu Blühwiesen. Wir streben an, auf 10 Prozent der städtischen Grünflächen dauerhafte Insektenweiden anzulegen.
- Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung insektenfreundlicher und naturnaher Privatgärten,

- Erhalt und Neupflanzung von Stadtbäumen unter besonderer Berücksichtigung des Bereichs innerhalb des ersten Rings und der Innenstadt,
- Überarbeitung der Baumschutzsatzung mit dem Ziel, Altbäume besser zu schützen, mehr Nachpflanzungen zu erreichen und den Schutz von Hecken einzubeziehen,
- Aufnahme des Verbots von Schottergärten in die Vorgartensatzung,
- Umstellung aller bestehenden Pachtverträge mit Vorgaben für die ökologische Bewirtschaftung,
- Begrünung von Dächern und Fassaden.

Stadtwald

Unser Stadtwald hat eine herausragende Bedeutung für den Klimaschutz, den Naturschutz und die Naherholung. Gleichzeitig leidet er massiv unter Trockenheit und Klimaerhitzung, was bereits zum flächendeckenden Absterben der meisten Fichtenbestände sowie zu Schäden auch an standortgerechten Baumarten wie der Rotbuche geführt hat.

Vorrangiges Ziel der Kooperation ist daher die Sicherung eines stabilen und klimaresilienten Waldökosystems mit einer großen Vielfalt standortgerechter heimischer Baumarten. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden wir im Haushalt auch weiterhin finanziell absichern.

Zum Schutz der Naturverjüngung und der Nachpflanzungen für einen stabilen Mischwald muss der Wildverbiss reduziert werden. Wir werden daher die bisherige Jagdpraxis überprüfen und effizienter gestalten.

Angesichts des steigenden Freizeitdrucks wollen wir Ruhezone für Wildtiere ausweisen und Freizeitnutzungen sowie Naherholung durch ein entsprechendes Wegekonzept und zielgruppenspezifische Aufklärung besser steuern.

Landwirtschaft und Ernährung

Wir befürworten eine Stärkung des Ökolandbaus und fördern die lokale und umweltverträgliche Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln mit diesen Maßnahmen:

- Neuvergabe von landwirtschaftlichen Pachtflächen bei Pächterwechsel nur noch an Ökolandwirtschaftsbetriebe (Ausnahmen sind bei Flächentausch möglich),
- Stärkung der landwirtschaftlichen Direktvermarktung über Hofläden, Märkte und Stände ggf. mit emissionsfreiem Lieferdienst,
- Auflage eines Förderprogramms für Kooperativen des Ökolandbaus,
- Förderung des Angebots von vegetarischen Speisen und Getränken in städtischen Einrichtungen,
- mögliche Ausgabe von Leitungswasser im Bereich der städtischen Verwaltung als Ersatz für abgefülltes, gekauftes Mineralwasser.

Um der Lebensmittelverschwendung in Wiesbaden weiter entgegenzuwirken, werden wir mit den regionalen Erzeuger*innen, dem Handel und den Organisationen, die unverkäufliche Lebensmittel verteilen, zusammenarbeiten. Organisationen und Gruppen, die sich an der Sammlung und Abgabe von nicht verkäuflichen Lebensmitteln beteiligen, sollen gestärkt werden. Wir werden Projekte und Aktionen entwickeln, um die Mengen des nicht geernteten Obstes und Gemüses, die im Handel überlagerten Lebensmittel, die im Privatbereich vorschnell aussortierten Packungen mit überschrittenem Mindesthaltbarkeitsdatum sowie die zu entsorgenden Überschüsse in der Gastronomie zu vermeiden. Wir wollen die Verbraucher*innen weiter für einen sorgsamen Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren.

Klein- und Freizeitgärten sind nicht nur ein wichtiger Teil des Ökosystems, sondern tragen auch zur gesunden Ernährung der Bürger*innen bei. Neben den gesetzlich geschützten Kleingartenvereinen gibt es in Wiesbaden eine Vielzahl an Freizeitgärten. Wir werden diese Gärten – wo sinnvoll – über Bebauungspläne sichern. Auf der anderen Seite sind illegale Bauten und ökologisch schädliche Nutzungen zu beseitigen.

Ein besonderes Merkmal der Wiesbadener Landschaft sind ihre Streuobstwiesen. Um sie dauerhaft zu erhalten, sind Pflege und Nachpflanzungen erforderlich. Wir streben an, eine Streuobst-Vermittlungsbörse einzurichten, um vernachlässigte Obstwiesengrundstücke wieder in die Pflege zu bringen, das Obst interessierten Bürger*innen zugänglich zu machen oder es sozialen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Die hierfür erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen werden wir im Rahmen der nächsten Haushaltsverhandlungen prüfen. Neue Streuobstwiesen sollen nach agroforstlichen Konzepten gefördert und Besitzer*innen finanziell bei der Pflege unterstützt werden. Hierfür werden wir eine Anpassung des Förderprogramms „Blühende Landschaften“ prüfen.

Trinkwasser

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist existentiell für jeden von uns. Nicht umsonst waren im Jahr des Wassers 2022 auch Klimaerwärmung und Wassermangel wichtige Themen. Die große Trockenheit hat den Wasserverbrauch ansteigen lassen. Dieser dramatischen Entwicklung wollen wir mit einer Wasserstrategie entgegen steuern.

Wir werden prüfen, ob die Erhebung eines „Wassercent“¹, eines progressiven Wassertarifs sowie eines Schattenpreises für Trinkwasser in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Bauprojekte einen positiven Effekt auf den Wasserverbrauch hat und welche weiteren Vorsorgemaßnahmen unsere Trinkwasserreserven schonen können. Gleichzeitig starten wir eine Kampagne zum Sparen von Trinkwasser. Die Nutzung von Regenwasser in doppelten Kreisläufen bei öffentlichen Bauten und über Zisternen zur Bewässerung der Grünanlagen wollen wir ausbauen, um den Verbrauch von Trinkwasser zu reduzieren.

Die Trockenheit der Jahre 2018 bis 2020 hatte dramatische Folgen für die Wiesbadener Bäche. Ganze Bachabschnitte fielen trocken. Bachökosysteme und angrenzende Feuchtgebiete mit ihrer Flora und Fauna wurden gefährdet. Die Trinkwasserförderung aus Taunus-Flachstollen (Goldsteintal, Unterer Pfaffenborn, Rabengrund, Theiβtal) belastet zusätzlich die Quellen der Fließgewässer. Wir wollen daher ein Konzept zur

Reduzierung der Trinkwasserentnahme auf ein ökologisch vertretbares Maß erarbeiten.

Klimaanpassung und Hitzeaktionsplan

Wiesbaden leidet seit einigen Jahren an langen und trockenen Hitzewellen, die als Folge der Klimakrise immer häufiger und stärker auftreten werden. Die Folgen betreffen fast alle Lebensbereiche: die Gesundheit der Menschen, den Zustand von Straßen und Brücken, das öffentliche Leben, die Art und Weise wie wir bauen, den Energieverbrauch und das Arbeitsleben. Die Prognosen weisen für Wiesbaden ganz besonders in der schon jetzt stark überwärmten Innenstadt mehr sehr heiße Tage und Tropennächte aus.

Die Grüne und Blaue Infrastruktur soll durch Begrünung, Baumpflanzungen und Anlage von Wasserflächen gestärkt werden. Wir wollen städtische Flächen entsiegeln und artenreich begrünen. Dies soll u.a. auf dem Elsässer Platz vorbildlich umgesetzt werden. Dach- und Fassadenbegrünungen sollen zum verpflichtenden Standard bei städtischen Bauvorhaben werden.

Die bestehenden Förderprogramme zur Entsiegelung von Hinterhöfen und anderen geeigneten Flächen auf Privatgrundstücken wollen wir evaluieren und nach Möglichkeit auf weitere Stadtgebiete ausweiten.

Insbesondere innerhalb des zweiten Rings wollen wir prüfen, ob im öffentlichen Raum grundlegende Potenziale zur Entsiegelung bestehen, etwa bei Baumscheiben und Fußwegen. Darüber hinaus werden wir einen Hitzeaktionsplan entwickeln, um Leben und Gesundheit der Wiesbadener*innen noch besser zu schützen. Dieser soll sich auf die Empfehlungen der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (GAK) als Rahmen stützen und daraus operative Maßnahmen entwickeln. Unser Vorbild dafür ist der Hitzeaktionsplan aus Mannheim, den wir ebenso unter breiter Bürgerbeteiligung bis Ende 2023 entwickeln und mit dessen Umsetzung wir 2024 beginnen wollen.

Tierschutz

Wir nehmen den Tierschutz ernst und treiben ihn voran. Konkret wollen wir dafür das Wiesbadener Tierheim bedarfsgerecht finanzieren. Bereits beschlossen haben wir die Befreiung von der Hundesteuer, wenn die Tiere aus dem Wiesbadener Tierheim kommen. Durch diesen finanziellen Anreiz soll die Vermittlung von Fundtieren gefördert werden.

In Wiesbaden wird eine Wildtierrettungsstation aufgebaut und betrieben.

Wir lehnen die Zurschaustellung, Dressur und Haltung von Wildtieren in Zirkussen ab und leisten hierfür seitens der Stadt keine aktive Unterstützung.

Abfallreduzierung und Entsorgung

Es müssen alle Maßnahmen zur Minimierung des zu verbrennenden Abfalls weiterentwickelt werden, insbesondere sind die Möglichkeiten der mechanischen Behandlung der Haushaltsabfälle, wie Sortierung und Trocknung weiter zu verfolgen. Lebensmittel und andere biogene Stoffe machen einen großen Teil des Restmülls aus, den wir durch Aufklärung und bessere Trennung bis 2026 um die Hälfte verringern wollen.

Um den Gedanken der Kreislaufwirtschaft zu fördern, sollen der Wiesbadener Bioabfall und die sonstigen Grünabfälle in Form von Kompostierung, Biogasproduktion oder zur Herstellung von Pflanzenkohle genutzt werden.

In der Weiterentwicklung des Gedankens der Nachhaltigkeit bei unseren Wertstoffhöfen sehen wir das Potenzial, Wiederverwendungs- und Recyclingquoten weiter zu erhöhen und verbleibende Reststoffe umweltverträglicher zu behandeln. Auch Bildungsangebote zur Abfallvermeidung und Möglichkeiten gebrauchsfähige und reparaturbedürftige Gebrauchsgüter zu verschenken sollen weiterentwickelt werden.

Ausbau des Hauptklärwerks

Wir setzen uns dafür ein, dass im Hauptklärwerk die 4. Reinigungsstufe zügig realisiert wird, damit schnellstmöglich Spurenstoffe wie z. B. Arzneimittelrückstände, hormonell wirksame Stoffe und Mikroplastik besser aus dem Abwasser entfernt werden.

Hierbei wollen wir alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz ausschöpfen und dafür u.a. die vom Wirtschaftsbetrieb Mainz beauftragte Abwasserstudie der TU Kaiserslautern berücksichtigen.

Soziales

Solidarität nachhaltig sichern – soziale Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen!

Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen geführt und deutlich gemacht, wie wichtig ein robustes Sozialsystem ist.

Damit Wiesbaden auch weiterhin eine solidarische Stadt bleibt, braucht es eine soziale Infrastruktur, die auch bei zukünftigen Herausforderungen trägt.

Konkret bedeutet dies, folgende sozialpolitische Weichen zu stellen: gerechte Zugänge zu Bildung, Einkommen, Wohnen und Gesundheit für alle Wiesbadener*innen ermöglichen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und körperlichen wie geistigen Einschränkungen.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Wiesbaden gut aufwachsen und bestmögliche Chancen für ihre Entwicklung haben. Es ist uns ein besonderes Anliegen, sowohl die Jüngsten als auch die Ältesten unserer Stadtgesellschaft gerecht zu fördern. Dies beinhaltet für uns die Weiterentwicklung nachhaltiger Strukturen zur Bekämpfung von Armut, insbesondere von Kinder- und Altersarmut. Wohnen wird auch in den nächsten Jahren die soziale Frage schlechthin sein. Daher wollen wir im Einklang mit ökologischen Aspekten mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Angesichts der immer unübersichtlicher werdenden Problemlagen der Kommunen möchten wir die Steuerung kommunaler Sozialpolitik nachhaltig an den Lebenswelten und Bedarfen der Menschen ausrichten. Wir setzen uns daher dafür ein, Maßnahmen konsequent auf der Grundlage von Daten und Fakten zu entwickeln, auch um präventiv sozialen Schieflagen zu begegnen. Denn eine vorbeugende Sozialpolitik kann nur gut gelingen, wenn Strategien, Programme und Projekte regelmäßig evaluiert und die Ergebnisse konsequent zur Weiterentwicklung herangezogen werden. So können Empfehlungen und Entscheidungen der Politik datenbasiert getroffen und von den Fachakteur*innen nah an den Bedarfen der Adressat*innen konzipiert werden.

Evaluation bedeutet für uns neben dem Wissen über die Wirkung sozialpolitischer Strategien, Programme und Projekte vermehrt auch aus der Perspektive der jeweiligen Adressat*innengruppen hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Wiesbaden verfügt über eine gut aufgestellte Jugendhilfe- und Sozialplanung. Wir wollen angesichts der beschriebenen Herausforderungen und des sich fortsetzenden gesellschaftlichen Wandels sozialpolitische Strategien und Programme auch mit externer Unterstützung evaluieren und weiterentwickeln. Beispielhaft zu nennen sind hier die nächste Fortschreibung des Integrationskonzepts, die Handlungsstrategie „Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“, die im kommenden Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiern wird.

Die Teilhabestandards wollen wir weiterentwickeln. Während unser Ziel weiterhin bleibt, vordringlich die Quartiere zu fördern, die am stärksten von Benachteiligungen betroffen sind, wollen wir zukünftig auch vermehrt Quartiere in den Stadtteilen mit einbeziehen, die vermeintlich nicht als benachteiligt gelten.

Wir bekennen uns klar zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im November 2019, dass die Entgelte und Zuschüsse an Träger der sozialen Arbeit regelmäßig an Sach- und Personalkosten angepasst werden. Diese Dynamisierung, die auf der Grundlage der Beschlüsse der hessischen Jugendhilfekommission basiert, wollen wir konsequent umsetzen.

Ausbau der städtischen Infrastruktur sozial und inklusiv gestalten

Inklusion ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen weiterhin Barrieren beseitigen, die Menschen mit Beeinträchtigungen daran hindern, voll und gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deshalb wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und somit insbesondere eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in der Gesellschaft sicherstellen. Außerdem wollen wir die Barrierefreiheit weiter voranbringen. Ziel ist es, dass Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen sich in unserer Stadt gleichermaßen und ohne Einschränkungen bewegen können. In einer besonderen Vorbildrolle sehen wir die Stadt Wiesbaden als Arbeitgeberin sowie die Beteiligungen der Stadt. Hier kann gezeigt

werden, wie erfolgreiche Inklusion funktioniert. Auch dafür werden wir uns einsetzen.

Spezifische Angebote der Stadt sollen für hilfsbedürftige Gruppen und Empfänger*innen von Sozialleistungen kostenfrei auf der WiesbadenCard „zugebucht“ werden können. So kann Stigmatisierung begegnet werden.

Im Scheckkartenformat und als App wollen wir eine „WiesbadenCard“, die auch die Teilhabe verbessern soll, auf den Weg bringen. Eine Vielzahl europäischer Städte arbeitet seit Jahren erfolgreich mit elektronischen Bürgerkarten, mit der alle städtischen Angebote genutzt werden können. Die „WiesbadenCard“ soll ein wertvoller Beitrag zu mehr Teilhabegerechtigkeit sein und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. So kann beispielsweise durch ÖPNV-Tickets, Zugang zu Kultur, Mitgliedschaften in städtischen Vereinen oder Mittagessen an Schulen die Teilhabe und Chancengleichheit gezielt gefördert werden. Anspruchsberechtigte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen die Karte auch zur Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung wie beispielsweise bedarfsorientierte Nachhilfe nutzen. Selbstverständlich muss dabei der Schutz personenbezogener Daten höchste Priorität haben und sowohl Sicherheit als auch Datenschutz den derzeitigen und zukünftigen Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entsprechen.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr kostenlose öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Dafür prüfen wir geeignete Modelle in Zusammenarbeit mit dem für die Außenwerbung zuständigen Anbieter oder auch gastronomischen Betrieben. Außerdem sollen auf öffentlichen Damentoiletten zusätzlich kostenlose Menstruationsprodukte ausliegen. Damit bekämpfen wir aktiv ein großes Problem und stellen sicher, dass die Hygiene nicht vom Geldbeutel abhängt. Außerdem prüfen wir, wo noch öffentliche Toiletten gebraucht werden und bauen das Angebot dementsprechend weiter aus.

Das Ziel ist ein flächendeckendes Netz aus öffentlichen Toiletten, damit jede*r jederzeit auf die Toilette gehen kann. Bei Veranstaltungen soll darauf Wert gelegt werden, dass auch für Frauen ausreichend Toiletten zur

Verfügung stehen, damit erfahrungsgemäß lange Schlangen vor zu wenigen Toiletten aufgelöst werden.

Kinder und Familie

Wir möchten, dass Wiesbaden eine gute, lebenswerte und attraktive Stadt für Familien bleibt.

Den Weg des niedrighschwelligigen und dezentralen Zugangs zu den Angeboten sozialer Arbeit, der für unser soziales Netz von elementarer Bedeutung ist, setzen wir konsequent fort und passen die Angebote an veränderte Bedarfe an.

Das gilt etwa für die erfolgreiche Arbeit der 10 Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ), die in den Stadtteilen Familien in allen Fragen der Erziehung, Bildung, Förderung der Kinder und des familiären Zusammenlebens unterstützen, sowie für die Angebote der Elternbildung. Auch die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit als wichtige Anlaufstellen in den Stadtteilen und Möglichkeiten für Treffen und Bürger*innenbeteiligung werden wir fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Die 2019 eingerichteten flächendeckenden Willkommensbesuche für alle Eltern Neugeborener wollen wir weiterführen.

Als Voraussetzung für einen gut funktionierenden Kinderschutz wollen wir eine personell gut ausgestattete Bezirkssozialarbeit. Die Fachkräfte sollen weiterhin durch verbesserte digitale Ausstattung, weiterentwickelte Konzepte der Arbeitsorganisation (Fachverfahren) und Entlastung von Verwaltungstätigkeiten in ihrer präventiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien gestärkt werden.

Wir bekennen uns zu Kinderrechten und wollen dafür sorgen, dass diese auf allen Ebenen und in allen Bereichen berücksichtigt werden. Das gilt gerade auch für den öffentlichen Raum, den wir kinderfreundlicher gestalten wollen. Anspruch muss es sein, dass Fußwege auch aus der Perspektive von Schulkindern gefahrlos funktionieren und die Bedürfnisse von Kindern in der Stadtgestaltung Berücksichtigung finden.

Schulhöfe wollen wir verstärkt am Nachmittag und in den Ferien offenhalten und niedrighschwellige Bewegungsmöglichkeiten in den

Quartieren schaffen. Das können temporäre Spielstraßen sein sowie verkehrsberuhigte Bereiche.

Kinderbetreuung

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, von welcher großer Bedeutung Kindertagesstätten und Kindertagespflege als Institutionen frühkindlicher Bildung, als Orte des gesunden Aufwachsens, aber auch als Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Wir sind uns der Bedeutung auch für unsere Stadt bewusst und haben großen Respekt vor der Arbeit der pädagogischen Fachkräfte. Hohe pädagogische Standards und die notwendige Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen sind nur umsetzbar, wenn die Stadt ihre 2015 gestartete Fachkräftegewinnung fortsetzt und weiter ausbaut – insbesondere vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 und des demographischen Wandels.

Richtschnur für den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen sind die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Versorgungsquoten (48 Prozent für unter 3-Jährige, 90 Prozent ab 3 bis Schuleintritt, 75 Prozent im Grundschulbereich). Getreu dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ wollen wir eine möglichst wohnortnahe Kindertagesbetreuung. Daher werden wir beim weiteren Platzausbau einen besonderen Fokus auf Stadtteile mit besonderen sozialen Bedarfslagen und deutlich unterversorgte Stadtteile legen.

Die Kindertagespflege ist insbesondere für Kinder unter 3 Jahren unverzichtbarer Bestandteil der Wiesbadener Betreuungslandschaft. In den letzten Jahren hat hier mit Unterstützung der Stadt eine enorme Professionalisierung der Tagespflegepersonen bei gleichzeitiger Verbesserung der Rahmenbedingungen stattgefunden. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Wir begrüßen, dass bei der Umsetzung des „Gute Kita-Gesetzes“ in Hessen der Schwerpunkt auf die Verbesserung der Personalschlüssel in den Kitas gelegt wurde. Zukünftig bekommen zudem auch die kleinen Einrichtungen wie Elterninitiativen freigestellte Leitungen. Den großen Kita-Trägern wie der Stadt oder den Kirchen werden standardmäßig Auszubildenden-Stellen

und zusätzliche pädagogische Bedarfe im Bereich Sprache, Inklusion oder Medienpädagogik finanziert.

Ein weiteres Ziel ist es, dass die positive Qualitätsentwicklung der Kitas der letzten Jahre so weitergeführt wird. Mehr Qualität in der Bildung ist unser Ziel und das bezieht sich auch auf die Kitas. Kitas sind auch ein wichtiger Bestandteil der Sprachentwicklung; daher wollen wir die bestehende Sprachförderung in Wiesbadener Kitas unabhängig von einer Finanzierung des aktuellen Bundesprogramms beibehalten und einen Ausbau prüfen.

Ohne ausreichende finanzielle Unterfütterung, vor allem aber ohne gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte, bleiben diese qualitativen Verbesserungen aber graue Theorie.

Wir werden daher die städtischen und trägerübergreifenden Programme „Quereinstieg“ und „Praxisintegrierte vergütete Ausbildung“, die es ermöglichen zusätzlich zur regulären Ausbildung bis zu 75 Ausbildungsplätze pro Jahrgang in Wiesbadener Kitas zu schaffen, fortsetzen.

Das stadtweite Vormerkssystem „WiKita“ soll für Eltern, aber auch die Kitas selbst, einfacher, übersichtlicher und intuitiver zu nutzen sein. Daher begrüßen wir die sich bereits in Umsetzung befindende Überarbeitung. Die Digitalisierung in Kitas ist angesichts der aktuellen Lebenswelt keine Frage des „ob“ sondern des „wie“. Es ist wichtig, dass Eltern und Kita-Fachkräfte gute Vorbilder in Sachen Medienkonsum sind und die Möglichkeiten, welche digitale Endgeräte und Apps bieten, gemeinsam mit den Kindern entdecken und nutzen können. Unser Ziel ist es, WLAN für Kitas bereitzustellen, die Pädagog*innen digitales Arbeiten ermöglichen.

Die Frischküchen sind für uns aus den städtischen Kitas nicht wegzudenken. Wir bekennen uns zum „Fit Kid“-Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und zu einer gesunden Ernährung aus regionaler Produktion.

Wir wollen außerdem die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zukünftig stärker bewerben und sicherstellen, so dass möglichst viele Eltern von diesen Leistungen wissen. So können wir die Inanspruchnahme erleichtern und dafür sorgen, dass möglichst viele berechnigte Familien von den Sach- und Geldleistungen des Pakets profitieren.

Als Orte der frühkindlichen Bildung sind Kitas die erste Etappe im Prozess des lebenslangen Lernens, hier werden die Grundsteine für einen gelungenen Bildungsverlauf gelegt. Auch die Sozialkompetenz und das Miteinander werden in Kitas gefördert. Deshalb sollten Kitas, genauso wie andere Bildungseinrichtungen, aus unserer Sicht kostenfrei sein, damit es allen Kindern gleichermaßen möglich ist, diese Kompetenzen und Fähigkeiten zu lernen. Die Verantwortlichkeit hierfür sehen wir beim Land Hessen. Solange von dieser Seite weiterhin nur ein geringer Betriebskostenanteil finanziert wird, setzen wir auf ein sozialverträgliches Beitragssystem mit Kostenübernahme für Transferleistungsempfänger*innen, Beitragszuschüssen für geringe und mittlere Einkommen und einkommensunabhängige Zuschüsse wie die Geschwisterbeitragsreduzierung.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit, als eine Einrichtung der Jugendhilfe an Schulen, blickt in Wiesbaden auf eine über 40-jährige Tradition zurück. Schulsozialarbeit gibt es an allen (ehemaligen) Hauptschulen, an drei der fünf Realschulen, Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, allen IGSen, sowie an einigen beruflichen Schulen. Bundesweit gibt es kaum eine Kommune, die eine solch gute Ausstattung mit Schulsozialarbeit hat.

Die Schulsozialarbeit ist Ansprechpartnerin für alle Schüler*innen einer Schule, unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung, das Gelingen der schulischen Laufbahn, bei individuellen Problemen sowie der beruflichen Orientierung und eines gelingenden Übergangs von Schule in den Beruf / die Ausbildung. Als präventives und kompensatorisches Jugendhilfeangebot nimmt sie so eine wichtige Funktion in der kommunalen Bildungslandschaft ein.

Wir wollen das bestehende differenzierte Angebot der Schulsozialarbeit nachhaltig absichern und unter Einbindung der Akteur*innen im Übergang Schule/Beruf intern evaluieren bzw. weiterentwickeln.

Gemäß des Grundsatzbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung wollen wir den Übergang von „Betreuende Grundschule“ zu „Schulsozialarbeit an Grundschulen“ fortsetzen, nachdem bereits vier

Schulen diesen erfolgreich gemeistert haben. An beruflichen Schulen wollen wir die Schulsozialarbeit bedarfsgerecht ausbauen.

Den sowohl von Lehrer*innen als auch Eltern vermehrt geäußerten Wunsch zur Einführung von Schulsozialarbeit an Gymnasien erkennen wir ausdrücklich an. Ehe Schulsozialarbeit dort modellhaft erprobt werden kann, wollen wir gemeinsam mit allen zu beteiligenden Akteur*innen eine bedarfsgerechte Konzeption erarbeiten. Eine wissenschaftliche Begleitung, erfolgreiche Beispiele aus anderen Kommunen, aber auch die Ressourcen des Landesprogramms UBUS (unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte) wollen wir dabei berücksichtigen.

Armutsprävention

Zu den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, denen sich auch Wiesbaden verpflichtet hat, gehört „Armut zu bekämpfen“. Die Armutsquote in Wiesbaden liegt seit Jahren auf einem hohen Niveau, besonders betroffen sind hiervon Kinder und ihre Familien und hier insbesondere Alleinerziehende sowie große Familien. Mehr als jedes fünfte Kind ist in Wiesbaden von Armut betroffen. In den nächsten Jahren wird die Altersarmut deutlich zunehmen.

Armut bedeutet im Alltag nicht nur häufig materielle Entbehrungen, sondern die Betroffenen haben Nachteile bei Bildungschancen, sind gesundheitlich stärker belastet und können nicht angemessen am sozialen Leben teilhaben. Wir wollen uns entschieden gegen Armut in Wiesbaden stellen, bestehende Konzepte absichern und gezielt weitere präventive Maßnahmen fördern.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gut aufwachsen und gleichwertige Chancen für ihre Entwicklung haben. Alle Bürger*innen unserer Stadt sollen gleichwertige Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben. Um dies zu erreichen, werden wir „Ungleiches ungleich behandeln“ und diejenigen Stadtteile und Bevölkerungsgruppen mit besonderen Angeboten und Maßnahmen stärken, die diese Unterstützung benötigen. Selbstverständlich ist für uns dabei, dass für alle Wiesbadener*innen ein gutes soziales Netz vorhanden ist.

Konkret werden wir unter anderem:

- die „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“, das bestehende Wiesbadener Programm gegen Kinderarmut, absichern und weiterentwickeln
- einen Sozial- beziehungsweise Partizipationsindex einführen, der soziale Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen mit hohen Armutsquoten mit zusätzlichen Personal- und Finanzressourcen ausstattet, damit besondere Förderangebote (wie z.B. Lernunterstützung, Sprachförderung, kulturelle, musische und kreative Bildungsangebote) durchgeführt werden können

Gemeinsam mit dem bereits bestehenden Bündnis gegen Kinder- und Jugendarmut wollen wir ein Bündnis gegen Armut in Wiesbaden gründen. Ziel des Bündnisses soll sein, Armut in Wiesbaden stärker bewusst zu machen und Empfehlungen für eine gemeinsame Strategie gegen Armut in Wiesbaden zu formulieren. Neben der Gründung eines Bündnisses gegen Armut wollen wir die Umsetzung einer integrierten kommunalen Präventionsstrategie gegen Armut auf dem Weg bringen.

In diesem Zusammenhang wollen wir ein Sonderprogramm zur Bekämpfung von Kinderarmut auflegen, das finanziell abgesichert wird. Dabei werden wir auch die Erkenntnisse aus der Evaluation der Handlungsstrategie berücksichtigen. Außerdem begrüßen wir die bereits beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen, um Kindern eine Teilhabe zu ermöglichen. Beispielsweise das kostenlose Schwimmen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in städtischen Bädern oder das Kinder- und Jugendticket für den ÖPNV.

Die Sozialberichterstattung soll einen Berichtsteil zur Verteilung von Armut und Reichtum in Wiesbaden ausweisen, der neben Faktoren der Einkommensarmut auch die Unterversorgung in den Lebenslagen der einzelnen Bevölkerungsgruppen auswertet.

Wir setzen uns das klare Ziel: Es sollen stets alle Mittel ausgeschöpft werden, damit es möglichst nicht zu Sanktionierungen wie etwa Zwangsräumungen oder Stromsperrungen kommt. Diese müssen der letzte Weg sein, der genutzt wird. Stattdessen setzen wir gezielt auf das Prinzip

des Förderns, damit betroffene Menschen durch sachgerechte Unterstützung in schwierigen Lebenslagen geholfen werden kann.

Obdachlosigkeit

Wir wollen beim Thema Obdachlosigkeit bessere Aufklärungsarbeit leisten, damit das Thema mit all seinen Facetten für die Bevölkerung verständlich wird. Weitergehend wollen wir, dass Wohnungslose nicht vertrieben werden. Eine Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit soll eingerichtet werden, um Wohnungslosigkeit von vornherein zu verhindern. Hierzu soll ein Konzept entwickelt werden, damit armutsbedingte Zwangsräumungen nicht zur Obdachlosigkeit führen. Ebenso wollen wir ein Präventionskonzept zur Vermeidung von Obdachlosigkeit von jungen Menschen erarbeiten. Wir haben „Housing First“ als Modellprojekt auf den Weg gebracht und wollen diesen Ansatz bei erfolgreicher Erprobung ausbauen. Aktuell herrscht eine akute Unterversorgung an Unterkunftsplätzen für wohnungslose Frauen. Diese wollen wir ebenso beheben wie den Mangel an Plätzen für die Hilfe nach §§ 67 ff. SGB XII (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).

Zudem soll es zukünftig weiter bedarfsgerechte spezifische ambulante und niedrigschwellige Hilfsangebote geben, sodass sich wohnungslose Menschen gezielt von geschultem Fachpersonal helfen lassen können, sollten sie dies benötigen. Dazu zählt eine zweite Teestube. Besonders wichtig sind dabei Hilfsangebote für starke psychische Probleme und Drogenabhängigkeit. Außerdem wollen wir die jetzt vorhandenen Dusch- und Bademöglichkeiten für Wohnungslose ausbauen.

Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage der nächsten Jahre

Seit Jahren steigen Mieten und Grundstückspreise in Wiesbaden kontinuierlich an. Für viele Haushalte wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Gleichzeitig fallen, trotz erheblicher Anstrengungen in den letzten Jahren, noch immer mehr Wohnungen aus der Sozialbildung als neue Sozialwohnungen errichten werden.

Unsere Stadt zählt deshalb zu den 10 Städten in Deutschland mit der höchsten Mietbelastung. 57,5% aller Mieterhaushalte müssen mehr als 30% ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden; 32,5% zahlen mehr als 40% und 17,4% mehr als 50% ihres Einkommens. Betroffen sind vor allem Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Insbesondere für Auszubildende und Studierende wird die Lage immer problematischer, durchschnittlich kostet die Miete eines WG-Zimmers fast 450 Euro im Monat. Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist die Kommune vor allem für die Teile der Stadtbevölkerung zuständig, die sich nicht adäquat auf dem Wohnungsmarkt versorgen können. Aktuell sind ca. 2.800 Haushalte bei der kommunalen Wohnungsvermittlung als wohnungssuchend für eine geförderte Wohnung (untere Einkommen) registriert.

Wir wollen eine Stadt für alle! Bezahlbares Wohnen ist für uns ein Grundrecht. Hier bedarf es eines ganzen Bündels an Maßnahmen. Die neue Mehrheit aus Grünen, SPD, Linke und Volt hat dem Beschluss „Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Entlastung für Mieterinnen und Mieter ermöglichen“ bereits einen wichtigen Schritt zur Neuorientierung der Wiesbadener Wohnungspolitik eingeleitet.

Einer zunehmenden sozialen Segregation wollen wir entgegenwirken – wir wollen gut funktionierende und lebenswerte Stadtviertel, in denen es Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit vielfältigen Wohnformen gibt. Wir wollen neue Quartiere entwickeln, die Wohnraum für verschiedene Bevölkerungs- und Einkommensgruppen in einer guten sozialen Durchmischung bieten. Der Erhalt bezahlbaren Wohnraums ist

eine ebenso zentrale Aufgabe, wie die Schaffungen neuer bezahlbarer Wohnungen.

Da Grund und Boden nicht vermehrbar ist, er wichtige ökologische und ökonomische Funktionen hat und zudem vielfältige Nutzungsinteressen konkurrieren, achten wir auch im Wohnungsbau auf einen sparsamen Umgang mit Flächen. Damit entsprechen wir auch den Rahmensetzungen des Bundes und des Landes Hessen wonach der Flächenverbrauch perspektivisch bis zu „Netto-Null“ (Kreislaufwirtschaft) reduziert werden soll.

Wir wollen die Wiesbadener Sozialgerechte Bodennutzung um eine sozialökologische Bodennutzung ergänzen. Neubau und Sanierungen von Wohngebäuden werden wir an unserem Ziel Klimaneutralität bis 2035 ausrichten, indem wir klimagerechtes und energieeffizientes Bauen verbindlich machen. Wir werden die Sanierungsquoten im städtischen Wohnungsbestand erhöhen. (Vgl. Abschnitt Klimaschutz beim Bauen)

Ein weiterer Faktor für bezahlbares Wohnen ist nachhaltiges und günstiges Bauen. Serielles Bauen, das sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt hat, kann hier einen kostensparenden Beitrag leisten. Hierdurch können u.a. Baukosten und Bauzeit und auch die Belastung der Nachbarschaft durch die Baustelle deutlich reduziert werden. Modulbauweise kann dabei helfen, die Recycling-Quote des Baumaterials deutlich zu erhöhen. Es sollen deshalb nachhaltigere Baumaterialien wie Holz und Stahl zum Einsatz kommen.

Raum für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

Eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen sind Grundstücke und Wohnungsbauflächen in öffentlicher oder gemeinwohlorientierter Verfügung. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass für eine wirksame Preisdämpfung der kommunale Einfluss möglichst stark sein muss. Dies gilt insbesondere für die Flächen- und Grundstücksfrage.

Wir wollen deshalb diesen Bestand durch eine aktive Bodenpolitik und Bodenbevorratung schrittweise erweitern und grundsätzlich keine Wohnbaugrundstücke verkaufen. Im Fall eines Verkaufs werden wir ein

Rückkaufsrecht zum Verkaufspreis vertraglich verankern und vorab prüfen, ob das Grundstück unter stadtplanerischen Gesichtspunkten nicht benötigt wird.

Wir wollen verstärkt das Instrument der Erbpacht einsetzen und dies mit dem Verfahren der Konzeptvergabe verbinden. Wir wollen dabei die vielfältigen Möglichkeiten der Konzeptvergabe ausschöpfen und Grundstücke für preisgünstigen Wohnraum im Geschosswohnungsbau, für innovative Konzepte des Wohnens vergeben, z.B. für alte Menschen (z.B. Bielefelder Modell), studentisches Wohnen, Verbindung von Wohnen und sozialer / quartiersbezogener Infrastruktur. Dabei soll sowohl gemeinschaftliches wie genossenschaftliches Wohnen ermöglicht werden.

Lebenswerte Quartiere – Wohnen im Bestand

Lebenswerte Quartiere heißt für uns auch das Wohnumfeld einzubeziehen und die Infrastruktur in bestehenden Wohngebieten zu erhalten und zu verbessern. Dabei geht es uns einerseits um Grün- und Freiflächen als öffentlicher Raum für die Bewohner*innen sowie um ihre Klimawirkung, besonders in stark verdichteten Stadträumen. Andererseits wollen wir im Sinne des Leitbilds der Stadt der kurzen Wege die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sicherstellen, die soziale Infrastruktur verbessern und für eine gute verkehrliche Anbindung mit dem ÖPNV sorgen.

Soziale Wohnungspolitik setzt auf den Erhalt und die Sicherung des bezahlbaren Wohnraums. Wir werden daher alle Instrumente nutzen, die diesem Ziel dienen, insbesondere

- Belegrechte: Neuerwerb und Verlängerung der Belegungsbindung für sozial geförderte Wohnungen – hierzu stellen wir ausreichende Mittel zur Verfügung
- Die bereits beschlossene Wohnungstauschbörse soll beim Umzug aus einer zu groß gewordenen in eine kleinere Wohnung unterstützen durch Beratung, Vermittlung und wo nötig mit einem Umzugszuschuss. Dieses Angebot beschränkt sich nicht auf Haushalte von Senior*innen.

- Sobald eine entsprechende Rechtsverordnung des Landes vorliegt, werden wir die Möglichkeiten des § 250 BauGB ausschöpfen – Genehmigungsvorbehalt der Kommune in Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – und somit Mietwohnungen insbesondere in innerstädtischen Quartieren erhalten.
- Wir wollen die Einführung von Milieuschutzsatzungen prüfen. Eine Milieuschutzsatzung bietet verschiedene Möglichkeiten, Spekulationen mit Mietwohnungen zu erschweren. So müssen Modernisierungsmaßnahmen angemeldet und genehmigt werden.
- Sobald das Land uns ermöglicht Maßnahmen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum zu ergreifen, werden wir dies umsetzen und dann auch ein Leerstandskataster einrichten
- Mieterhöhungen kommunaler Gesellschaften sollen weiterhin gebremst bleiben. Die bisherige Praxis wird überprüft.

Wohnungsneubau: Innenentwicklung – Nachverdichtungen – Großsiedlungen

Wir werden die Potentiale der Innenentwicklung systematisch ermitteln. Die Möglichkeiten einer behutsamen Nachverdichtung in bestehenden Quartieren und auch Großsiedlungen durch Anbau und Aufstockung sowie die Nutzung von Baulücken wollen wir möglichst ausschöpfen.

Voraussetzung ist dabei, dass die Freiraum- und Lebensqualität in diesen Gebieten erhalten bleibt oder wenn möglich verbessert wird.

Klimaauswirkungen und eventuell vorrangige Bedarfe der sozialen Infrastruktur sind vorab zu prüfen.

Bei Nachverdichtung werden wir, wie beim Neubau generell, auf eine gute soziale Durchmischung achten. Wichtig ist uns, dass die Bewohner*innen von Beginn an über die Vorhaben informiert werden, ihre Anliegen einbringen können und in geeigneter Form breit beteiligt werden.

Wohnungsbau auf neuen Flächen

Die Potentiale der Innenentwicklung reichen für den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen nicht aus. Deshalb müssen auch zusätzliche Flächen entwickelt werden, hier setzen wir Maßstäbe für nachhaltiges, klimagerechtes und energieeffizientes Bauen. Angesichts massiv steigender (fossiler) Energiekosten stellt dies mit Blick auf die Warmmiete einen wichtigen Beitrag für bezahlbaren Wohnraum dar.

Für neue Flächen soll Planungsrecht erst geschaffen werden, wenn sich die Grundstücke überwiegend in kommunalem oder gemeinwohlorientiertem Besitz befinden (Ulmer Modell).

In neuen Baugebieten wird soziale und grüne Infrastruktur sowie die Infrastruktur für den täglichen Bedarf mitgeplant und gleichzeitig mit den Wohnungen errichtet.

Konkret werden wir

- die Quote von 40% sozialer Wohnungsbau in Neubaugebieten (neuer B-Plan), die für stadtnahe Gesellschaften schon beschlossen ist, auch für private Investoren vorgeben.
- 30% der Wohnungen in Neubaugebieten sollen Größen haben, die denen des sozialen Wohnungsbaus entsprechen; damit generieren wir bezahlbaren Wohnraum auch für die Haushalte, die über den Einkommensgrenzen für sozialen Wohnungsbaus liegen.
- gemeinschaftliche Wohnprojekte fördern, indem Vorhabenträger von den 40 Prozent des geförderten Wohnungsbaus (siehe oben) bis zu 10 Prozent als bezahlbare, gemeinschaftliche Projekte realisieren können;
- den Mix der Wohnungsgrößen bedarfsgerecht entsprechend den Haushaltsgrößen gestalten
- die Möglichkeiten der hessischen Rechtsverordnung des Baulandmobilisierungsgesetzes für Wiesbaden prüfen und geeignete Maßnahmen daraus anwenden

- bedarfsgerechte Wohnmöglichkeiten für Auszubildende und Studierende schaffen z.B.
 - o Bau eines ersten Wohnheims, speziell für Auszubildende. So stärken wir auch den Wirtschaftsstandort Wiesbaden.
 - o Bau von neuen Studierenden-Wohnheimen durch die Stadt mit einer Miete, die sich an dem BAföG-Höchstsatz für das Wohnen orientiert. Dieser liegt aktuell bei 325€ im Monat.

Stadtentwicklung

Wiesbaden ist eine lebenswerte Stadt. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass das für alle Menschen in Wiesbaden gilt: für alle Generationen, Gender, Einkommensschichten und Nationalitäten.

Wir werden deshalb eine kriteriengeleitete Politik für den Wohnungsbau und die wirtschaftliche Entwicklung in einer wachsenden Stadt und Region entwickeln, die als Leitlinie bei allen anstehenden Bebauungsvorhaben dienen soll. Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Gerechtigkeit durch Errichtung insbesondere von bezahlbarem Wohnraum, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuerereinnahmen sowie Sozialverträglichkeit im Sinne der Beachtung nachbarschaftlicher Belange sind für uns die wichtigsten Kriterien.

Wir streben weiter den Bau von durchschnittlich 1.200 Wohnungen bzw. die Schaffung entsprechender planungsrechtlicher Grundlagen pro Jahr an. Dabei verfolgen wir den Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung und setzen wir auf Nachverdichtung, bevorzugt auf bereits versiegelten Flächen sowie durch Aufstockung von bereits vorhandener Bebauung. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht ausreicht, um alle Bedarfe zu decken und die Neuausweisung von Flächen für den Neubau notwendig ist.

Deshalb werden wir uns der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse (aktuell in der Erstellung befindliche gesamtstädtische Klimastudie als Nachfolge zu Klimprax) und praxisbewährter Beispiele (Spielräume nachhaltiger Stadtentwicklung) bedienen. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung und unter Zuhilfenahme bestehender Planungsgrundlagen wie Wiesbaden 2030+, unter Beachtung vorhandener und ggf. herzustellender Verkehrsinfrastrukturen, insbesondere Anbindung an das ÖPNV-Netz, identifizieren wir diejenigen Gebiete, in denen wir neuen Wohnungsbau, Gewerbe und die Sicherung von Behördenstandorten ermöglichen wollen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans werden wir für den jeweiligen Nutzungszweck konkrete Flächen ausweisen. Flächen, die wir dauerhaft von der Bebauung freihalten wollen, werden zu einem Wiesbadener Grünzug verbunden.

Ein neuer Flächennutzungsplan für Wiesbaden

Wir werden einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) für Wiesbaden erstellen. Die bereits 2021 begonnene Aufstellung dient der programmatischen Neuausrichtung der Stadtentwicklung in Wiesbaden gemäß den Grundsätzen der Neuen Leipzig-Charta 2020, die die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt. Ziel ist, in den nächsten Jahren eine nachhaltigere, also sozialere, gerechtere und ökologischere Stadt mit hoher Wertschöpfung zu werden, die auch eine ökonomische Entwicklung möglich macht. Der Flächennutzungsplan wird im engen Dialog zwischen Bürger*innen, Stadtpolitik und Verwaltung erarbeitet. Alle Entscheidungsgrundlagen, insbesondere hinsichtlich Klima und Stadtklimawirkung, Auswirkungen von Starkregen, Wohnungsbedarf, Mobilität (insbesondere ÖPNV-Erschließbarkeit), Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen Trends werden frühzeitig offen gelegt und können in der Stadtgesellschaft breit diskutiert werden.

Mit unserer Stadtplanung wollen wir den gesellschaftlichen, sozialen und interkulturellen Zusammenhalt festigen und fördern. Der Flächennutzungsplan dient hier als strategisches Element der Stadtentwicklung mit Steuerungswirkung. Wir verfolgen dabei einen integrierten Ansatz, der Infrastruktur, Mobilität, Architektur, Ökonomie, Ökologie und die sozialen Fragen zusammenbringt. Hierzu werden wir verbindliche Leitlinien erarbeiten. Die Innenentwicklung hat hierbei grundsätzlich Vorrang vor der Außenentwicklung.

Ökologische Quartiersentwicklung

Wir setzen auf Quartiere, die effizient und nachhaltig lebenswert sind. Deshalb wollen wir das kommunale Planungsrecht verstärkt für Klima- und Umweltbelange nutzen, hierbei stehen insbesondere Auswirkungen auf das Stadtklima aber auch die Folgen bei Starkregenereignissen besonders im Fokus. Wir setzen uns das Ziel, die Bundesvorgaben für die Energieeffizienz und die regenerative Energieerzeugung und -Nutzung bei Bauvorhaben möglichst zu übertreffen und damit der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden. Wir streben eine energetische Sanierungsquote bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften von 4% pro

Jahr an – mit der Zielvorgabe, die Gebäude mit der schlechtesten Energiebilanz zuerst energetisch zu modernisieren („worst first“). Dabei werden auch weiterhin die Möglichkeiten der Umlage der Kosten auf die Mieter*innen nicht ausgeschöpft.

Optimierte Flächennutzung

Mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) haben wir die Chance, eine flächenoptimierte und zugleich bodenschonende Stadtentwicklung zu betreiben, die sich an den Bedarfen unserer Stadt orientiert. Alle im Rahmen der Erstellung des FNP zur Bebauung betrachteten Flächen werden inkl. Fachdaten, Gutachten und Abwägungsprozesse dokumentiert. Als Teil der wachsenden Metropolregion Rhein-Main setzen wir dabei auf eine ganzheitliche Stadtentwicklung, die neben der Innenstadt auch die Stadtteile und Vororte als lebenswerte Mittelpunkte stärkt. Zugleich wollen wir den Menschen auch in Arbeitsplatznähe attraktiven und bezahlbaren Wohnraum anbieten. Ganz im Sinne der „Stadt der kurzen Wege“ wollen wir kompakte, sozial und wirtschaftlich gemischte Stadträume mit gut ausgebauten Infrastrukturen, ausreichenden Grün- und Freizeitflächen und einem gesunden Stadtklima schaffen, die den Menschen auch weiterhin die Möglichkeit zur Identifikation bietet. Erklärtes Ziel sind zumindest autoarme Quartiere. Das bedeutet kurze, direkte Wegeverbindungen für Fußgänger*innen und den Radverkehr. Die Grün- und Freiraumplanung werden wir dahingehend weiterentwickeln, dass die quantitativen Vorgaben durch Gewährleistung einer höheren Qualität der Flächen und ihrer Umgebung mit entsprechender Funktion flexibler gestaltet werden können. Wir wollen hierfür

- Innenentwicklungspotenziale aktivieren: Qualifizierung und Weiterentwicklung des Siedlungs- und Wohnungsbestands (hierzu zählen auch behutsame Nachverdichtung und Aufstockung) sowie Reaktivierung von Brach- und Konversionsflächen;
- städtebauliche Entwicklungen bevorzugt auf städtischen Flächen: hierzu intensivieren wir die begonnene, aktive Bodenpolitik und das Konzeptverfahren;

- einen Baulandbeschluss (siehe aktive Bodenpolitik) herbeiführen.

Um weitere Versiegelung verantwortungsvoll zu reduzieren, beginnt Wiesbaden mit einem Bodenmanagement, wie es sich in Stuttgart mit dem Bodenschutzkonzept bewährt hat. Dieses Konzept ermöglicht einen schnellen Einstieg in eine nachhaltige Bodenpolitik, nimmt jedoch (selbst bei wertvollen Böden) keine Entscheidungen vorweg. Mittelfristig ergibt sich durch eine konsequente Bodenpolitik nach dem Stuttgarter Modell (BOKS) ein Netto-Null-Verbrauch. Auch dann ist eine Inanspruchnahme von Flächen für den Wohnungsbedarf oder für Infrastrukturprojekte noch möglich, aber nur innerhalb einer Flächenkreislaufwirtschaft. Kurzfristig ist zu prüfen, ob die vorhandenen gesetzlichen Instrumente zur Entsiegelung (§ 5 Bundesbodenschutzgesetz, § 179 Baugesetzbuch) in geeigneten Fällen zur Anwendung kommen können, um die Natur zu stärken und die Leistungsfähigkeit der Böden wiederherzustellen.

Lebenswerte Wohnquartiere

Wir wollen unsere Bestandsquartiere lebenswerter gestalten und auf ihre Aufenthalts- sowie Lebensqualität überprüfen. Dabei geht es um Grün- und Freiflächenentwicklung – ggf auch Entsiegelung –, Sanierung von Wohnungen, etc.). Wo nötig wollen wir auch Maßnahmen ergreifen, um die sozialen und kulturellen Angebote aufzuwerten und auszubauen sowie Investitionen in die Infrastruktur vorantreiben. Plätze und ihre eventuell notwendige Umgestaltung müssen in diese Betrachtungen ebenfalls miteinbezogen werden. Grün-blaue Infrastruktur hat im Bestand eine besondere Bedeutung für Aufenthaltsqualität und Klima.

Bei möglichen behutsamen Nachverdichtungen achten wir darauf, dass die Freiraum- und Lebensqualität erhalten bleibt bzw. verbessert wird, eine soziale Durchmischung der Siedlung gewährleistet ist, die Bewohner*innen umfassend in den Prozess einbezogen werden und sich die Wohnsituation für alle verbessert. Die Innenentwicklung muss die Beachtung lokaler Gegebenheiten in den Blick nehmen.

Bei allen neuen Wohnbaugebieten planen wir grundsätzlich mit einer Mindestdichte von 80 Wohneinheiten/ha, sofern es den Charakter des Viertels und die Siedlungsstruktur nicht verändert. Bei neuen

Wohnbaugebieten in den eher dörflich geprägten Stadtteilen, wie zum Beispiel Medenbach oder Kloppenheim, die 2 ha Größe nicht überschreiten, gilt eine Minstdichte von 50 Wohneinheiten/ha. Wenn das Erdgeschoss überwiegend gewerblich genutzt wird, kann die Zahl der Wohneinheiten in entsprechendem Maße unterschritten werden, um eine Zersiedelung zu vermeiden.

Freiraumplanung für Mensch und Umwelt

Eine lebendige Stadt braucht ein attraktives, direktes Umfeld ohne weite Wege. Gerade die Stadtviertel mit hoher Wohndichte sind auf wohnortnahe Natur in hoher Qualität angewiesen.

Innerstädtisch sollen die vorhandenen Grünflächen und Achsen miteinander verbunden und aufgewertet werden (z.B. Salzbachtal, Wellritzal – Elsässer Platz, Wäschbach).

Den Außenbereich werden wir schützen und aufwerten. Dies gilt insbesondere für die wertvollen Flächen: Wald, Gewässerflächen, Bachläufe und Flächen mit großer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz.

Im Rahmen der städtischen Klimaanalyse werden wir neben den Klimaleitbahnen weitere, klimatologisch wertvolle Flächen identifizieren und entscheiden, ob und wie diese von Bebauung freigehalten werden.

Zur Sicherung der Biodiversität werden vorhandene Biotop erhalten und ökologisch fortentwickelt (z.B. Kiesgrube Delkenheim); zudem ist eine Vernetzung der Biotop anzustreben, wobei auch neue Biotop denkbar sind und in den Verbund aufgenommen werden können.

Experimentierräume

Im Sinne einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadtentwicklung wollen wir die Experimentierräume in Klarenthal (südlich der Ernst-von-Harnack-Straße), in Dotzheim (Auf dem Hahnenkamm), in Mainz-Kostheim (Im Sampel/ Römerfeld) und in Biebrich (Bahnhofs-Quartier) umsetzen und wissenschaftlich begleiten lassen, um Empfehlungen für künftige Projekte und weitere Experimentierräume abzuleiten. Zugleich bieten diese Räume die Möglichkeit, alle fünf

Themenfelder der nachhaltigen Quartiersentwicklung (Lebendige Stadt, klimaoptimiertes Stadtgrün, Sensibles Wassermanagement, Erneuerbare & Graue Energie und Neue Mobilität) in dem jeweiligen Quartier mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu realisieren.

Flächenentwicklung für Gewerbe, Industrie und Behördenstandorte

Wir werden ein Gewerbeflächenkataster aufbauen, um einerseits Leerstand und Mindernutzungen erkennen zu können und andererseits eine bessere Vermarktung von Flächen zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren hat der Gewerbebereich Flächen verloren. Wir werden deshalb eine Studie in Auftrag geben, die konsequent Flächenbedarfe und Flächenpotenziale für Gewerbe und Industrie ermittelt und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Mögliche und zu prüfende Ansätze dabei sind:

- Überarbeitung von bestehenden Bebauungsplänen
- Flächenausgleich bei Verlust von Gewerbeflächen
- Vorrang für auf Gewerbeflächen angewiesene Nutzungen
- Nachhaltigkeit als Grundprinzip der Flächenentwicklung und Bebauung

Bei der Neuausweisung von Gewerbegebieten sind vorrangig Konversionsflächen zu nutzen; auch die Innenentwicklung geht vor. Großflächige Nutzungen sind möglichst zu vermeiden, Ausnahmen bleiben in engen Grenzen bei besonderer beschäftigungspolitischer Bedeutung (z.B. ein hoher Anteil an Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte) möglich. Bei der Ansiedlung wird die für Wiesbaden typische Vielfalt klein- und mittelständischer Unternehmen wie Handwerksbetriebe und Dienstleister besonders gefördert. Auch Start-Ups sollen dabei Berücksichtigung finden und bereits vorhandene Gewerbeeinheiten die Möglichkeit zur Erweiterung erhalten. Ziel ist die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen auf allen Qualifizierungsebenen. Folgende Projekte wollen wir hierbei angehen:

- Wir werden im Rahmen eines Modellprojekts ein „Nachhaltiges Gewerbegebiet“ nach dem Vorbild der Gewerbebestandorte Fechenheim

Nord und Seckbach in Frankfurt am Main schaffen. Dieses Projekt soll in einem Bestandsgebiet oder bestenfalls auf einer Konversionsfläche umgesetzt werden, aber auch eine Erweiterung eines bestehenden Gewerbequartiers im Bereich der A66 ist dabei nicht ausgeschlossen. Ziel ist es, den Standort nach ökologischen, ökonomischen, digitalen und sozialen Kriterien (im Sinne einer Arbeitsplatzstärkung) zu realisieren. Wir wollen zudem einen effizienten Umgang mit den Ressourcen und Flächen sowie eine Reduzierung von Belastungen für die Umwelt wie etwa Schadstoff-, Lärm- oder CO₂-Emissionen. Davon profitieren auch die sich ansiedelnden Unternehmen. Hierbei müssen auch die Aspekte einer verträglichen verkehrlichen Anbindung betrachtet werden und Berücksichtigung finden.

Wir unterstützen Wiesbadener Unternehmen mittels Beratung und gegenseitigem Austausch, nachhaltiger zu werden und das Klima zu schützen (z.B. Programm Ökoprofit). Hierzu werden wir einen Katalog von Best-Praxis-Beispielen (z.B. zum Thema Wasser- und Stoff- sowie Abfallmanagement) bereitstellen. Zusätzlich streben wir an, für Gewerbestandorte Anreize zur Entsiegelung und Begrünung zu setzen.

- Wohnen und Arbeiten sollen, soweit dies möglich ist, enger verbunden werden. Ziel ist – auch in neuen Quartieren – keine reinen Wohngebiete zu schaffen, sondern das Wohnen durch Handwerksbetriebe und andere Dienstleister zu ergänzen „urbanes Gebiet“. Diese können zum Beispiel in Handwerkshöfen im Quartier angesiedelt werden, so dass Wohnen und Arbeiten in direkter Nachbarschaft möglich ist.
- Dem begründeten Flächenbedarf von Bundes- und Landesbehörden werden wir entsprechen.
- Die vorhandenen Industrieflächen werden wir mit Blick auf ihre Nutzung sichern

Die 15-Minuten-Stadt („Stadt der kurzen Wege“)

Das Quartier und die Bedarfe seiner Bewohner*innen wird Ausgangspunkt der Stadtplanung. Die direkte räumliche Umgebung hat großen Einfluss darauf, welche Chancen wir vor Ort haben, um uns persönlich zu entfalten und uns mit unserem Quartier zu identifizieren. Die unmittelbare Wohnumgebung, die Verkehrsanbindung, die Bildungsmöglichkeiten, Versorgungsstrukturen und die Ausgestaltung und Sicherheit öffentlicher Räume bestimmen unsere Lebensqualität und Perspektiven. Deshalb setzen wir uns für lebenswerte nachhaltige Quartiere mit kurzen Wegen für die nicht motorisierte Mobilität ein; hierzu gehört auch die Weiterentwicklung des Fuß- und Radwegekonzeptes. In einer Viertelstunde sollen alle künftig ohne motorisierten Individualverkehr zum Einkaufen, zu anderen alltäglichen Dienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung), Kitas, Schulen und Freizeitangeboten gelangen können. Damit orientieren wir uns am Leitbild einer menschengerechten Stadt und wollen dies im Experimentierraum „Bahnhofs-Quartier“ in Biebrich erstmals umsetzen.

Aktive Bodenpolitik in Wiesbaden

Wir werden das Konzept für eine aktive Flächenbevorratung priorisiert weiterverfolgen. Unser Ziel ist, dass die Stadt aktiv und antizyklisch (auch ohne unmittelbare Verwendung) Flächen aufkauft und im Eigentum behält. Eine Vergabe zur Bebauung erfolgt sozial verträglich und in der Regel im Erbbaurecht. Der Verkauf von Flächen aus dem öffentlichen Besitz darf künftig nur aufgrund einer transparenten stadtplanerischen Bewertung erfolgen, mit vertraglichem Rückkaufsrecht. Hierfür braucht es die vorgesehene personelle Ausstattung der Stabstelle „Aktive Bodenpolitik“ sowie einen breiten, politischen Diskurs.

Zu einer aktiven Bodenpolitik gehört für uns auch die Evaluation der 2018 beschlossenen Wiesbadener Sozialen Bodenordnung (WiSoBoN) – insbesondere die Präzisierung hinsichtlich der Kostenbeteiligung an den Folgekosten sozialer Infrastruktur – sowie die Evaluation und Fortführung der bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Konzeptvergabe. Unser Ziel ist, dass künftig auch weitere Gebiete in einem Konzeptverfahren (beispielsweise mit Fokussierung auf Geschosswohnungsbau,

studentisches oder altersgerechtes Wohnen, etc.) zur Umsetzung kommen. Außerdem wollen wir WiSoBoN um den Aspekt einer klimagerechten Bauweise und ressourcenschonenden Bodennutzung ergänzen (Arbeitstitel WiKliBoN).

All diese einzelnen Maßnahmen (aktive Bodenpolitik, Konzeptverfahren, Fortschreibung WiSoBoN, Handlungskonzept Wohnen, Spielregeln der Nachhaltigkeit, etc.) wollen wir nach einem entsprechenden Prozess als Leitlinien in einem umfassenden Baulandbeschluss zusammenführen.

Stadtentwicklungsprojekte in Wiesbaden erfolgreich umsetzen

Wir wollen die begonnenen Stadtentwicklungsmaßnahmen und Modellprojekte auch weiterhin unterstützen und aktiv begleiten: z.B. Im Rad, in Kastel-Housing (Holzturm, Clusterwohnen und andere alternative Wohnformen), auf dem Dyckerhoff-Gelände, unterhalb der Schiersteiner Brücke, die Begrünung des Elsässer Platzes inkl. Anwohner-Garage, das Kreativ- und Innovationszentrum Altes Gericht inkl. eines würdigen Entrées Fußgängerzone Gerichtsstraße.

Darüber hinaus wollen wir folgende neuen Projekte voranbringen (diese Liste ist nicht abschließend):

- Mainzer Straße 166, die wir als neuen Stadteingang und Mobilitätsdrehkreuz entwickeln wollen.
- Zollspeicher Biebrich. Wenn es eine Möglichkeit gibt, die Immobilie für die Stadt Wiesbaden zurückzuerlangen, wollen wir sie in öffentlicher Hand halten und entwickeln.
- Abriss Altes Arbeitsamt, Ersatzneubau, Vollendung Platzgestaltung unter Erhalt der großen Platane; möglichst ohne Tiefgarage, soweit eine Ablöse der nachzuweisenden Stellplätze möglich ist.
- Entwicklung des Real-Geländes im Rahmen des geltenden Planungsrechts mit Nutzungsmischung Gewerbe und Wohnen. Die Fortsetzung der Arbeit in den dezernats- und ämterübergreifenden Arbeitsgruppen, die sich hierzu in den vergangenen Jahren etabliert haben, unterstützen wir ausdrücklich.

- Den Paulinenhang werden wir dauerhaft von Bebauung freihalten und die entsprechende Grünfläche weiterentwickeln.
- Klinik am Bingert: Die Entwicklung wird, auf Basis der Überarbeitung des bisherigen Konzeptes, bei Berücksichtigung der Hinweise aus den Gremien – z.B. Planungsausschuss, Ortsbeiräte und Gestaltungsbeirat – unterstützt.
- Das Potential der Perspektivfläche West für Wohnen, Gewerbe und als Behördenstandort wird in der Aufstellung des Flächennutzungsplans insbesondere unter Klima- und Umweltgesichtspunkten vertieft geprüft.
- Für die Standorte der Landespolizeibehörden wird die Kooperation die begründeten notwendigen Flächen an geeigneter Stelle anbieten. Hierzu wird zeitnah eine Letter of Intent mit dem Land geschlossen.
- Abriss der Citypassage und Neubau der geplanten Mauritius-Höfe als neuer Leuchtturm der Innenstadtentwicklung
- Sanierung und kulturelle Nutzung der Walhalla als städtebaulicher Schlussstein der Entwicklung rund um die Mauritiusstraße und Hochstättenstraße

Stadtentwicklung und Denkmalschutz

In einer Stadt wie Wiesbaden kommt dem Denkmalschutz besondere Bedeutung zu, auch im Kontext der Stadtentwicklung. Das historische Erbe verpflichtet uns zum sorgsamem Umgang mit der Bausubstanz, aber auch der Stadtstruktur, die ein Stück weit auch die Wiesbadener Identität spiegelt.

Die Stadt nimmt die Bedenken des Denkmalschutzes beim Ausbau der Solarenergie und Sanierung von Gebäuden ernst, sieht aber gleichzeitig die Notwendigkeit, bestehende Hindernisse abzubauen. Hierbei wird bis Ende 2023 eine mit dem Denkmalschutz zu vereinbarende Leitlinie Klarheit für Eigentümer*innen schaffen und Abstimmungsverfahren vereinfachen.

Dies betrifft die Installation von Photovoltaik und die energetische Sanierung von Gebäuden genauso wie die Umsetzung zeitgemäßer Infrastruktur im Bereich Mobilität. Stadtentwicklung heißt auch hier

behutsame Entwicklung des Bestandes. Als ersten Schritt wollen wir auf Basis der Erfahrungen mit dem Quartierskonzept Alt-Biebrich eine Wärmeplanung in allen historischen Quartieren vornehmen.

Barrierefreiheit muss in Wiesbaden so selbstverständlich wie innovativ sein. Dies bedeutet auch, dass dieser Gedanke stets frühzeitig in alle Planungen eingebunden wird. Dabei gilt es auch Wege zu finden, wie Barrierefreiheit und Denkmalschutz vereinbart werden können.

Zahlreiche Denkmäler der Industriekultur verweisen auf die lebendige Geschichte Wiesbadens. Auch diese Bau- und Stadtkultur gilt es zu bewahren und noch deutlicher als bisher hervorzuheben. Das „Jahr des Wassers“ mit den vielfältigen Themen auch zu diesem Aspekt (Thermalquellen, Taunusstollen, Wasseranalytik, aber auch Gewässerschutz und Hochwasserschutz) kann hier beispielhaft und identitätsstiftend sein. Eine aktive Rolle im Rahmen der „Route der Industriekultur“ ist anzustreben.

Verkehr und Mobilität

Für ein nachhaltiges und lebenswertes Wiesbaden ist eine sozial-ökologische Verkehrswende, in der klimaverträgliche und emissionsarme Fortbewegungsmittel attraktiv sind, unerlässlich. Obwohl schon eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden konnten, ist Wiesbadens Verkehrsinfrastruktur weiterhin hohen Belastungen ausgesetzt. Seit dem Ausfall der Salzachtalbrücke hat sich die Situation weiter verschärft. Wir wollen darum weitere effektive Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen der hohen Verkehrsbelastung zu mindern und nachhaltige Mobilität zu fördern. Wir möchten die Bemühungen intensivieren und öffentlichen Raum in Wiesbaden den Bürger*innen zurückgeben. Daher setzen wir uns für ein modernes Mobilitätsangebot ein, in dem

- Fuß-, Radverkehr und ÖPNV gestärkt und besser mit dem Umland vernetzt wird,
- Verkehrsflächen für die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gerechter verteilt werden,
- Wohnquartiere vom Durchgangs- und Ausweichverkehr befreit werden,
- die Mobilitätsangebote digitalisiert und smart vernetzt und Sharing-Angebote gefördert werden,
- und Barrierefreiheit sowie Verkehrssicherheit verbessert wird.

Fußverkehr

Schon jetzt werden rund 30% der Wege in Wiesbaden zu Fuß zurückgelegt. Darauf wollen wir aufbauen und Wiesbaden zu einer erlaufbaren Stadt machen, in der Wege unter zwei Kilometer am direktesten und bequemsten zu Fuß oder mit dem Rad zu bewältigen sind. Dafür ist die Infrastruktur für den Fußverkehr deutlich zu verbessern, indem wir

- bestehende Fußgängerzonen erweitern (z.B. in der Wellritzstraße, Mühlgasse und der Häfnergasse),
- neue Fußgängerzonen (z.B. Gerichtsstraße) schaffen.

Zu einer fußgängerfreundlichen Stadt gehören ein hoher Sicherheitsstandard und Barrierefreiheit. Um diese Aspekte zu verbessern, wollen wir

- ausreichende Gehwegbreiten sicherstellen,
- Querungsmöglichkeiten beispielsweise durch abgesenkte Bordsteine sicher und barrierefrei gestalten,
- Ampelphasen so optimieren, dass Wartezeiten für zu Fuß Gehende verkürzt oder der Fußverkehr priorisiert wird,
- präventive Maßnahmen und verstärkte Kontrollen durchführen, um rechtswidriges Parken auf Gehwegen und in Kreuzungen konsequent zu unterbinden.
- Feste Abstell-Zonen für E-Scooter im gesamten Stadtgebiet, um die Bürgersteige für die Fußgänger freizuhalten

Radverkehr

Immer mehr Menschen in Wiesbaden entdecken das Fahrrad wieder. Der bisherige Ausbau der Fahrradinfrastruktur, sowie die Umweltspuren auf dem 1. Ring sind wichtige Stützen der Wiesbadener Verkehrsentwicklung. Dennoch bleibt weiterhin viel zu tun. Wir setzen auf ein kontinuierliches und sicheres Radwegenetz. Dafür ist es notwendig, den Ausbau der Infrastruktur weiter zu befördern. Das betrifft konkret

- die Förderung von überregionalen Radschnellwegen aus Mainz, Frankfurt, Taunusstein und dem Rheingau bis in die Innenstadt
- der Ausbau des städtischen Radwegenetzes und die Schließung vorhandener Lücken,
- Ausbau von Fahrradstraßen

- die Schaffung sichererer Radinfrastruktur beispielsweise in der Erich-Ollenhauer-Straße, der Taunusstraße, der Hochheimer Straße und der Wilhelmstraße.

Fahrradfahrer*innen müssen sich im Straßenverkehr sicher bewegen können. Zu schmale Radwege mit unzureichendem Abstand zu seitlich parkenden Pkw beinhalten ein großes Gefahrenpotential für Doorings-Unfälle und gefährliche Überholmanöver. Markierte Radwege und Schutzstreifen werden in der Praxis oftmals für Park- und Haltevorgänge missbraucht und stellen so eine Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer*innen dar. Unter diesen Umständen ist es für viele Wiesbadener*innen schwer, das Radfahren für sich zu entdecken. Daher werden wir

- den Ausbau von Protected Bike Lanes voranbringen,
- uns für einen zuverlässigen und sicheren Mindeststandard in der Radwegbreite einsetzen, in dem ein Sicherheitsraum für die Doorings-Zone berücksichtigt wird,
- unsichere Schutzstreifen vermeiden,
- Kreuzungen sicherer gestalten.

Vor allem im Innenstadtbereich sind sichere und witterungsgeschützte Fahrradabstellanlagen essentiell. Daher wollen wir zukünftig

- ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenfahrräder, auch in Form von Fahrradboxen mit Lademöglichkeiten, prüfen und umsetzen
- am Wiesbadener Hauptbahnhof und an den zukünftigen Mauritiushöfen Fahrradparkhäuser bauen,
- bei Großveranstaltungen eine nachhaltige Anreise durch die Einrichtung von Pop-up Fahrradabstellplätzen fördern.

Mehr Förderung und Zugang zum Radverkehr

Wir erachten ein flächendeckendes Bike-Sharing als zukunftsweisende Ergänzung zum Mobilitätsmix. Wie überall in Deutschland ist hierfür ein kommunaler Zuschuss erforderlich. Diese Kosten müssen aber im Verhältnis zum verkehrlichen Mehrwert stehen.

Da wir ESWE MeinRad in seiner bisherigen Form nicht weiterführen, wollen wir eine Kooperation mit einer/m Dienstleister*in herbeiführen; entscheidende Bewertungskriterien sind dabei für uns die Erhöhung der Zahl der aktiven Kunden und somit der Erlöse, die Senkung von Zugangshürden (insb. unkomplizierte Online-Sofortregistrierung) und der Erschließung neuer Nutzergruppen (bspw. Hochschulen, Arbeitgeber*innen, Hotels).

Wir unterstützen weiter die städtische Förderung für die Anschaffung von Lastenrädern, unseren Fokus legen wir dazu verstärkt auf gewerbliche Nutzer*innen. Bei Neubauprojekten ab einer bestimmten Größe soll zukünftig Raum für Leihlastenräder zur kostengünstigen oder kostenfreien Nutzung für Mieter*innen vorgesehen werden.

Durch Fahrrad-Zählstellen wollen wir den Radverkehr sichtbarer und transparenter gestalten.

Bus- und Bahnverkehr

Bezahlbares Bus- und Bahnfahren zu einem verlässlichen Takt ist für uns nicht nur Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe, sondern auch der Schlüssel zur ökologisch notwendigen Stärkung einer nachhaltigen Mobilität. Dazu gehören unter anderem

- bessere Verknüpfungen der östlichen Stadtteile untereinander,
- bessere Verbindungen nach Mainz und in den Rheingau-Taunus-Kreis,
- ein Ausbau der Nachtbus-Angebote,
- mehr Expressbuslinien,
- und ein verständlicher Liniennetzplan.

Diese und weitere Maßnahmen wollen wir im Zuge des neuen Nahverkehrsplans umsetzen. Um perspektivisch die Angebotslücke zwischen Bus und Taxi zu schließen, beobachten wir die Entwicklungen der autonomen Mobilität und der Bus-on-Demand-Projekte in der Region.

Wir werden prüfen, an welchem Standort ein weiterer Betriebshof für ESWE Verkehr eingerichtet werden kann. Ziel ist dabei die Lösung der logistischen Probleme am bisherigen Standort und eine höhere Effizienz des Betriebes.

Soziale Tarifgestaltung

Mobilität muss für alle Menschen bezahlbar sein. Wir arbeiten weiter an sozial gerechten Ticketpreisen. Dazu werden wir

- für Wiesbadener Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren weiterhin ein vergünstigtes Schülerticket Hessen für 15 Euro pro Monat anbieten. Kinder und Jugendliche aus einkommensgeminderten Haushalten erhalten das Ticket für 10 Euro pro Monat;
- über ESWE Verkehr die Kundenkarte/S für das Tarifgebiet Wiesbaden/Mainz zum Preis des jeweiligen Regelsatzes für Mobilität des ALG II anbieten. Diese beinhaltet zukünftig auch eine Mitnahmeregelung für eigene Kinder.
- uns weiter beim RMV für einen Stopp von Preiserhöhungen einsetzen,
- uns bei Bund und Land für die mittelfristige Umsetzung eines 365 Euro-Tickets für alle einsetzen.
- neben den städtischen Beschäftigten auch den Mitarbeitenden aller städtischen Beteiligungen ein Jobticket anbieten.

Für Nutzung von Bus und Bahn ohne Fahrschein wird weiter ein erhöhtes Beförderungsentgelt erhoben. Von einer zusätzlichen, strafrechtlichen Ahndung wollen wir aber absehen, um so die Verwaltung und die Ermittlungsbehörden zu entlasten. Wir setzen uns in den Gremien des RMV dafür ein, die Beförderungsbedingungen entsprechend anzupassen.

Schienenverkehr

Die Schieneninfrastruktur bildet besonders für die täglichen Pendlerströme das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs. Der Bahnverkehr ist nicht nur eine der ökologischsten Formen der Mobilität, er verspricht durch hohen Komfort und große Kapazitäten auch besonders viel Potential. Die nicht genutzten Möglichkeiten vor allem unserer peripheren Bahnhöfe wurden uns durch die monatelange Sperrung des Hauptbahnhofes schmerzlich bewusst.

In den kommenden Jahren wollen wir gemeinsam mit dem RMV und den Bahnunternehmen die Weichen für die Stärkung und den Ausbau des Schienenverkehrs in Wiesbaden stellen. Das umfasst beispielsweise

- die Realisierung und Anbindung der Wallauer Spange,
- den Ausbau und eine häufigere Taktung der Ländchesbahn,
- die Verbesserung der Regionalverbindungen in den Rheingau, nach Mainz, Darmstadt, Frankfurt, Worms und Mannheim,
- eine bessere Anbindung an den Fernverkehr,
- eine möglichst zügige Reaktivierung der Aartalbahn, beginnend mit der Verbindung Wiesbaden – Bad Schwalbach

An neuen und an bestehenden Strecken werden wir zusätzliche Bahnhöfe prüfen.

Verbesserung der Infrastruktur für den Busverkehr

Wiesbadens Busverkehr ist bereits gut – und wird noch besser. Die Bus-Infrastruktur hat allerdings Nachholbedarf, um Zuverlässigkeit und Barrierefreiheit zu verbessern. Dazu werden wir

- auf stauanfälligen Streckenabschnitten weitere Busspuren oder Busschleusen realisieren,
- Haltestellen priorisiert barrierefrei und überdacht ausbauen,
- komplexe Haltestellen wie den Hauptbahnhof oder den Platz der Deutschen Einheit übersichtlicher gestalten und die Aufenthaltsqualität verbessern,

- gute Ideen zur Begrünung von Haltestellen umsetzen.

Wir halten am Ziel eines emissionsfreien Nahverkehr fest, wählen dafür aber einen pragmatischen Ausbauweg. Hierzu muss zunächst eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden.

Kfz- und Lieferverkehr

Besonders die Bewältigung des motorisierten Individualverkehrs stellt die Stadt Wiesbaden immer wieder vor große Herausforderungen. Wiesbadens Straßen haben ihr Belastungslimit teilweise schon überschritten. Es sind nun effektive Maßnahmen notwendig, um mehr Menschen echte Alternativen zum PKW anbieten zu können und so die Lebensqualität für alle zu sichern.

Ein Schlüssel hierzu liegt in der Regulierung der Höchstgeschwindigkeiten, die einen direkten Einfluss auf Lärm, Schadstoffe und Verkehrssicherheit haben, die aber auch darüber entscheidet, ob die Stadt für den Durchgangsverkehr attraktiv ist oder nicht. Als Mitglied der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen hier mehr Handlungsspielraum erhalten, und werden das bereits angestoßene Pilotprojekt von Tempo 40 auf den Hauptachsen und Tempo 30 nachts vorantreiben, während in den Wohnvierteln 30er Zonen oder verkehrsberuhigte Bereiche die Regel sein sollen.

Die anstehende Antriebswende hin zur E-Mobilität stellt uns insbesondere in den dicht besiedelten Vierteln vor eine große Herausforderung. Wir wollen den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur daher konsequent vorantreiben und setzen dabei primär auf eine Elektrifizierung von Parkhäusern und Tiefgaragen.

Entlastung der Wohngebiete vom Durchgangs- und Pendlerverkehr

Im Sinne einer lebenswerten Stadt gehören die Durchgangs- und Pendelverkehre auf die Hauptstraßen – und nicht in die Wohnquartiere. Auch Wiesbadens Hauptstraßen und Kreuzungen sind allerdings

überlastet; der Straßenverkehr muss daher stadtweit und darüber hinaus gesteuert werden. Dazu wollen wir

- weiter Verkehr vom 1. Ring auf den 2. Ring sowie auf die Autobahnen verlagern
- weitere Autobahnanschlüsse an der A 66 und A 671 prüfen
- die Pförtnerung der Einfallstraßen konsequent ausbauen, um so Stau in der Stadt zu vermeiden und den Durchgangsverkehr zu reduzieren
- ein stadtteilbezogenes Verkehrskonzept für den Wiesbadener Osten entwickeln und umsetzen
- mit Blick auf die westlichen Stadtteile Schierstein, Frauenstein und Dotzheim ebenfalls Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung erarbeiten
- Neubauprojekte autoarm konzipieren und von vornherein leistungsfähig an das Radverkehrs- und ÖPNV-Netz anbinden.

Nach der Wiedereröffnung der Salzachtalbrücke müssen schnellstmöglich Maßnahmen umgesetzt werden, um die eingefahrenen Schleich- und Durchgangsverkehre wieder aus den Quartieren zurück auf die Hauptstraßen und von den Hauptstraßen wieder auf die A66 zu verlagern.

Stadtinseln („Superblocks“) und autoarmes Historisches Fünfeck – mehr Platz für Menschen

Gemeinsam mit den Bewohner*innen werden wir geeignete Quartiere in Stadtinseln umwandeln. Mit Hilfe einer entsprechenden Verkehrsführung und Straßengestaltung, z.B. Einbahnstraßen, wird der motorisierte Durchgangsverkehr aus dem Quartier gehalten, sowie der Fuß- und Radverkehr priorisiert. Durch das reduzierte Verkehrsaufkommen und die Rückgewinnung öffentlichen Raums innerhalb der Stadtinseln erhöht sich die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner*innen. Auch Nahversorger*innen profitieren vom sicheren Fuß- und Radverkehr. Einsatzfahrzeuge oder Anwohner*innen erreichen natürlich weiterhin ihr Ziel.

Insbesondere der Bereich des Historischen Fünfecks soll durch diese Maßnahmen autoarm gestaltet und (mit Ausnahme des Bergkirchenviertels) weitestgehend vom Straßenrandparken entlastet werden. Dies werden wir stufenweise umsetzen.

Die Straßen um die Ringkirche wollen wir in einen Platz von hoher Aufenthaltsqualität, frei vom Durchgangsverkehr, umwandeln.

Effizientes Parkraummanagement

Öffentlicher Raum ist besonders in den dicht bewohnten Vierteln knapp. Parken, sei es von Anwohner*innen, Besucher*innen oder Pendler*innen, steht hier stets im Konflikt mit einer Vielzahl anderer Nutzungen, die eine Stadt gesund und lebenswert machen. Die Nutzung für barrierefreie Gehwege, Radinfrastruktur, Außengastronomie und Begrünung betrachten wir deshalb als prioritär gegenüber Parkplätzen am Straßenrand.

Um Parkraum für Bewohner*innen zu schaffen und Parksuchverkehr zu vermeiden, wird in den Bewohnerparkgebieten die Regelung für Fremdparker sukzessive vom Parkscheibenparken hin zum kostenpflichtigen Parkscheinparken umgestellt.

Um die Innenstadt attraktiver zu gestalten, sollen im historischen Fünfeck (exkl. Bergkirchenviertel) abgesehen von Car-Sharing oder Behindertenparkplätzen keine straßenbündigen Parkplätze mehr vorgehalten werden.

Wer parken muss, soll parken können – wir werden daher eine Vielzahl an Maßnahmen ergreifen, um das Parken in unserer Stadt besser zu organisieren. Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung einer entsprechenden Ladeinfrastruktur.

Wesentliche Eckpfeiler dazu bilden Parkhäuser und Quartiersgaragen. Deshalb werden wir

- Quartiersgaragen dort bauen, wo es erforderlich und finanzierbar ist,
- Wiesbadener Parkhäuser städtisch betreiben, hierzu werden wir eine geeignete Organisationsform für ein umfassendes Parkraummanagement entwickeln,

- die Kapazitäten privater Parkhäuser und -plätze nachts für Bewohner*innen zugänglich machen,
- das Parkhaus Klarenthaler Straße bauen, um so den Elsässer Platz zu einer Grünfläche aufzuwerten,
- das Parkleitsystem auf weitere Parkhäuser und Parkplätze ausweiten.
- Die derzeitige Parkplatzfläche Balthasar Neumann Straße soll im Interesse der Innenverdichtung als Wohnbaufläche entwickelt werden. Die daraus resultierenden Stellplatzbedarfe sollen zusammen mit den Bedarfen aus den umliegenden Nutzungen und mit Blick auf ein Parkraumbewirtschaftungskonzept in einem Parkhaus an der Berliner Straße auf dem derzeitigen P&R Parkplatz gedeckt werden.

Das Bewohnerparken wird künftig angemessen bepreist und flexibler auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen zugeschnitten. In Rücksprache mit den Ortsbeiräten werden wir das Bewohnerparken zukünftig auf weitere Viertel mit hohem Parkdruck ausweiten. Wir werden die Parkraumkontrolle stärken und – wo notwendig – bauliche Maßnahmen zur Verhinderung von Falschparken, beispielsweise in Kreuzungen, ergreifen. Gleichzeitig wollen wir für bestimmte Fahrzeugtypen wie beispielsweise Wohnmobile, Transporter oder Trailer alternative Angebote schaffen, um diese aus den Bewohnerparkgebieten herauszuhalten.

Die derzeitige Stellplatzsatzung wird den heutigen Ansprüchen an eine moderne, nachhaltige und effiziente Erschließung nicht mehr gerecht. Wir wollen diese daher mit Priorität überarbeiten und unter Berücksichtigung der geänderten, verkehrlichen Anforderungen moderner und ökologischer ausgestalten. Dazu gehören auch qualitative Vorgaben für Fahrradabstellplätze.

Ausbau von Car-Sharing

Wir werden weiter den Ausbau eines flächendeckenden Netzes an Car-Sharing-Angeboten fordern und fördern. Das beinhaltet eine Erhöhung der Zahl der Car-Sharing-Stellplätze im gesamten Stadtgebiet.

Um mittelfristig auch Car-Sharing-Fahrzeuge zu elektrifizieren, wollen wir Stellplätze und Ladesäule verstärkt gemeinsam denken. Die Fahrzeuge sollen wie andere Sharing-Angebote auch über ein gemeinsames, digitales Angebot niedrigschwellig buchbar sein.

Stadtgerechte Logistik und Wirtschaftsverkehr

Auch Viertel mit hohem Parkdruck müssen für Handwerksbetriebe, Pflegedienste und Paketzustellung, sowie zum Be- und Entladen, erreichbar sein. Das wollen wir durch eine ausreichende Dichte an Lade- und Kurzparkzonen erreichen. Wir wollen außerdem das laufende Projekt Stadtlogistik fortführen und so, beispielsweise über weitere Mikrohub, für eine Entlastung der Straßen und der Umwelt sorgen. Wir wollen Gewerbedienstleistende dabei unterstützen und bestärken, ihre Dienstleistungen auch ohne Kfz durchführen zu können.

Sicherheit im Straßenverkehr

Menschen im Straßenverkehr machen Fehler. Um schwere Unfälle zu vermeiden, benötigen wir Infrastruktur und Maßnahmen, die auf präventive Verkehrssicherheit ausgelegt sind. Das ist das Ziel von Vision Zero (gemäß der Ziele des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR)), dem wir ein Stück näher kommen möchten. Fußgänger*innen und Radfahrende sind dabei einem besonders hohen Risiko ausgesetzt und verdienen daher einen besonderen Schutz. Daher wollen wir vorhandene Geh- und Radwege konsequent sicher benutzbar halten. Dies gelingt uns durch

- die Etablierung klarerer Abschleppkriterien (z.B. bei Unterschreiten von 1,50m verbleibender Restgehwegbreite oder sichtbehinderndes Parken im Kreuzungsbereich oder an Zebrastreifen) und deren konsequenter Umsetzung
- den Ausbau der Verkehrsüberwachung
- einen zuverlässigen Winterdienst auf Radwegen

Wir wollen die Sicherheit auf dem Schulweg erhöhen und die negativen Auswirkungen von „Elterntaxis“ eindämmen. In Rücksprache mit den Ortsbeiräten werden wir entsprechende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen

vor Schulen, Kitas und anderen sozialen Einrichtungen erarbeiten und umsetzen.

Der Hauptbahnhof ist der wichtigste Wiesbadener Knotenpunkt für Nutzer*innen von Bussen und Bahnen. Eine sichere, komfortable, barrierefreie und leistungsfähige Anbindung auch für Fußgänger*innen und Radfahrende an die Innenstadt ist daher essenziell. Um diese auch zukünftig sicherzustellen, werden wir die Möglichkeit einer kreuzungsfreien Querung des 1. Rings vor dem Hauptbahnhof prüfen. Idealerweise erfolgt dies im Rahmen der Radschnellwege-Planungen und mit entsprechender Förderungsmöglichkeit.

Um das Risiko von Abbiegeunfällen zu reduzieren, wollen wir die städtischen Nutzfahrzeuge sukzessive auf den Direct Vision Standard (gute Rundumsicht) umstellen, sobald entsprechende Fahrzeuge verfügbar sind.

Wirtschaft und Beschäftigung

Wiesbaden ist ein vielfältiger und heterogener Wirtschaftsstandort. In einer sich in rasantem Tempo verändernden Welt wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Wiesbaden sichern, verbessern und ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Beschäftigte schaffen.

Kommunalpolitisch für gutes Wirtschaften und Arbeiten einzutreten, heißt für uns, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte zusammenzudenken und auch die «weichen» Standortfaktoren im Blick zu haben – wie bezahlbares Wohnen, Mobilität für alle, kulturelle Angebote, Betreuungsplätze, Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten, eine attraktive Urbanität und intakte Umwelt.

Wir setzen auf Dialog und wissen, dass unternehmerischer Geist, Innovationsbereitschaft und Offenheit genauso unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sind, wie „Gute Arbeit“ für die Beschäftigten. „Gute Arbeit“ steht dabei für sichere Arbeitsplätze und die gelebte Sozialpartnerschaft in Form von Mitbestimmung und Tariftreue.

Angesichts begrenzter Flächen kommt der strategischen Steuerung von Unternehmensansiedlungen und der optimalen Nutzung vorhandener Flächen- und Infrastrukturressourcen große Bedeutung zu. Auf Basis einer detaillierten Bestands- und Potenzialanalyse wollen wir Kriterien für Unternehmensansiedlungen definieren und so das Profil des Standorts schärfen. So soll eine belastbare Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung entstehen, die von dem Anspruch getragen ist, Wiesbaden als attraktiven und leistungsfähigen Wirtschaftsstandort nicht nur zu erhalten, sondern zukunftsfähig zu entwickeln.

Von grundlegender Bedeutung sind hierbei neben dem so ermittelten Branchenmix Aspekte wie die Schaffung „Guter Arbeit“ sowie innovative Antworten auf Fragen der Energiewende und der Kreislaufwirtschaft. Ein Schwerpunkt in Wiesbaden ist zudem die Gesundheitswirtschaft, daher sollen die Ergebnisse des Masterplans Gesundheit in die Standortanalyse einbezogen werden. Um die Ansiedlung europäischer und internationaler Institutionen und Unternehmen werden wir uns dabei gerade auch in den

Kompetenzbereichen Verwaltungswirtschaft und Nachhaltigkeit aktiv bewerben.

Industriestandort stärken

Wir bekennen uns zu dem bedeutenden Industriestandort Wiesbaden im Rhein-Main-Gebiet, den es unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte zu erhalten und stärken gilt.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Gewerkschaften die Industriestudie fortschreiben und die vorgeschlagenen Handlungsprogramme umsetzen. Den Industriebeirat wollen wir als partnerschaftliches, beratendes Gremium stärken, weil dieser eine wichtige Rolle bei den anstehenden Transformationsaufgaben übernehmen kann.

Zudem wollen wir dafür sorgen, dass gemäß der Wasserstoffstrategie des Bundes zügig eine ausreichende Versorgung mit grünem Wasserstoff ermöglicht wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fördermittel für innovative Pilotprojekte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft für Wiesbaden eingeworben werden.

Wirtschaftsförderung zukunftsfähig aufstellen

Die kommunale Wirtschaftsförderung muss in der Lage sein, die richtigen Weichen für einen auch zukünftig prosperierenden Wirtschaftsstandort zu stellen. Hierfür wollen wir sie als Querschnittsfunktion stärken, bestehende Instrumente und Abläufe schärfen sowie nach Bedarf organisatorische Anpassungen vornehmen. Anspruch muss es sein, die dezernats- und ämterübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung deutlich zu verbessern und eine gute Vernetzung mit den verschiedenen Akteur*innen sicherzustellen.

Wir wollen Bürokratie abbauen und Antrags- und Genehmigungsprozesse auch mithilfe digitaler Tools zügig vereinfachen. Den Standort Wiesbaden wollen wir durch ein aktives, strategisch ausgerichtetes Marketing voranbringen.

Urbanen Charme neu beleben

Der Wiesbadener Innenstadt kommt eine herausgehobene Bedeutung zu – für die Stadt und die Region. Allerdings steckt sie vor allem durch den Trend zum Online-Handel mitten in einem gravierenden Strukturwandel. Der Schlüssel für die Zukunft liegt in mehr Aufenthalts- und Erlebnisqualität. Mit anderen Worten: Um den stationären Einzelhandel zu stärken, gilt es, den urbanen Charme Wiesbadens neu zu beleben. Der Masterplan Innenstadt ist hierfür die Grundlage. Jetzt müssen priorisierte Maßnahmen zügig ämterübergreifend sowie im Dialog mit Anwohner*innen, Gewerbetreibenden, Gastronom*innen, der Immobilienbranche und weiteren Partner*innen umgesetzt werden. Hierbei kommt dem/der City-Manager*in eine zentrale koordinierende Funktion zu. Dazu ist er/sie mit den nötigen Befugnissen auszustatten.

Wir setzen uns dafür ein, das bestehende Leerstandsmanagement zu einem proaktiven Ansiedlungsmanagement weiterzuentwickeln. Innerstädtische Leerstände wollen wir zeitweise für innovative Neugründungen und Pop-up-Konzepte in den Bereichen Handel-, Gastro-, Kultur- und Kreativwirtschaft nutzen. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit die Stadt Schlüsselimmobilien erwerben kann, um einen breiten Nutzungsmix und eine Attraktivität für unterschiedliche Zielgruppen sicherzustellen.

Der öffentliche innerstädtische Raum soll attraktiver werden, indem der motorisierte Verkehr reduziert und Fußgängerzonen ausgeweitet werden (vgl. Kap. Mobilität). Wir wollen mehr Sitz- sowie Spielgelegenheiten schaffen und durch Begrünungen sowie den Einsatz des Elements Wasser den Aufenthalt in der Innenstadt auch in klimatischer Hinsicht angenehmer machen.

Die im Zuge der Corona-Pandemie erweiterten Möglichkeiten für die Außengastronomie wollen wir verstetigen und ausweiten. Entsprechend sollen geltende Satzungen angepasst und die Gestaltungsrichtlinie erneuert werden. Innerstädtische Plätze wollen wir mit Anlieger*innen wie etwa gastronomischen Betrieben entwickeln und dabei ihren Charakter als offene Begegnungsorte für die Bürger*innen stärken.

Neue Ideen für Einzelhandel und Gastronomie

Um Wiesbadens Geschäfte und Gastronomie zu unterstützen, streben wir den Ausbau eines „Buy Local – Eat Local“-Konzeptes über die WiesbadenCard an. Die Idee ist, uns Wiesbadener*innen, die lokal konsumieren, zu belohnen und so einen Anreiz zu schaffen, Wiesbadens Wirtschaft zu stärken. Die Vergünstigungen können sowohl über Angebote der Unternehmen selbst als auch über die Stadt gefördert werden. Es sollen möglichst viele Partner*innen dafür gefunden werden, um das System breit und damit attraktiv zu gestalten.

Zudem wollen wir prüfen, inwieweit wir die zahlreichen Wiesbadener landwirtschaftlichen Betriebe mithilfe lokaler Vermarktungsinitiativen besser unterstützen und so einen Beitrag zur regionalen Versorgung mit frischen Lebensmitteln und zu einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft leisten können.

Auch das Wiesbadener Nachtleben braucht neuen Schwung. Hier suchen wir einen engen Austausch mit den beiden Nachtbürgermeistern und werden diese aktiv bei der Umsetzung neuer Konzepte unterstützen.

Stadtteile entwickeln

Wiesbaden ist mehr als die Innenstadt und so vielfältig wie seine 26 Stadtteile. Besondere Aufgaben stellen sich in den Vororten, wo es dem Schwund von wirtschaftlicher Infrastruktur – vom Einzelhandelsgeschäft bis zum Bankautomaten – entgegenzuwirken gilt. Wir wollen die lokale Vernetzung von Gewerbetreibenden und weiteren Akteur*innen voranbringen und unterstützen bürgerschaftliche Initiativen – etwa für eine mobile Nahversorgung oder für Wochenmärkte. Hierfür wollen wir uns gezielt um Fördermittel bemühen. Auch die verkehrliche Anbindung (vgl. Kap. Mobilität) und eine nachhaltige Weiterentwicklung der Gewerbegebiete in den Vororten haben wir im Blick (vgl. Kap. Stadtentwicklung).

Märkte und Feste als Anziehungspunkte

Die Rheingauer Weinwoche, das Theatrium, der Sternschnuppen- und Kinderweihnachtsmarkt, das Stadt- und das Wilhelmstraßenfest sind nur

einige Beispiele für Veranstaltungen, die sich großer Beliebtheit erfreuen und die wir erhalten wollen. Zusätzlich sollen im Dialog mit den Marktbeschicker*innen das gastronomische Angebot sowie die Öffnungszeiten auf dem Wiesbadener Wochenmarkt ausgeweitet werden. Unser Anspruch ist es darüber hinaus, solche Veranstaltungen unterstützen, die wesentlich auf ehrenamtlichem Engagement fußen: kleinteilige Quartiers- und Straßenfeste, Kerben sowie die traditionsreiche Wiesbadener Fastnacht mit ihrem Fastnachtssonntagsumzug und andere Kultur-Festivals.

Start-ups fördern, Gründerökosystem entwickeln

Wir wollen Wiesbaden als attraktiven Standort für Unternehmensgründungen und Start-ups in der Metropolregion Rhein-Main stärken. Unser Anspruch ist es, dass Gründungswillige und junge Unternehmen ein gut funktionierendes Gründerökosystem in Wiesbaden vorfinden, das ihnen einen niedrighschwelligen Zugang zu Wissen und bedarfsgerechten Fördermöglichkeiten sowie Wachstums- und Vernetzungspotenziale bietet. Die bestehende Förderlandschaft wollen wir analysieren, um ein genaueres Bild von den Bedürfnissen der Gründerszene zu erhalten und Verbesserungen umzusetzen.

Vor allem für innovative Start-ups mit Schwerpunkt auf Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlorientierung wollen wir passgenaue Angebote entwickeln und in Wiesbaden einen „Social- and Sustainability Start-up-Hub“ schaffen. Hierbei haben wir nicht nur wissensbasierte Geschäftsmodelle im Blick, sondern beziehen auch Handwerksdienstleistungen und das produzierende Gewerbe mit ein, indem wir auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer intensivieren und Ideen für die gemeinsame Nutzung von Lagerflächen, aber auch Maschinen und Technik entwickeln. Außerdem rufen wir einen jährlichen Ideathon und einen angeschlossenen Hackathon für konkrete Probleme der Stadt Wiesbaden ins Leben.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit und Vernetzung der Gründerszene mit etablierten Unternehmen, Investor*innen und anderen Akteur*innen der Stadt und wollen den zu diesem Zweck gegründeten „runden Tisch“ verstetigen. Außerdem werden wir den Mietzuschuss für Gründer*innen

fortführen und halten mit städtischen Co-Working-Angeboten bezahlbare Büroräume bereit. Das Gründer- und Innovationszentrum „Altes Gericht“ werden wir weiter fördern, damit es sich zu einem echten Inkubator weiterentwickeln kann.

Wiesbadener Gründerpreis

Wir schaffen einen Wiesbadener Gründerpreis, der auch die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko in wirtschaftlich angespannten Zeiten honorieren soll. Eine florierende Gründerszene schafft nicht nur Arbeitsplätze, bzw. erhöht die Attraktivität des vorhandenen Arbeitsmarktes, sie kann auch mittelfristig wichtige Innovationen hervorbringen, von denen auch die Stadt und die Verwaltung profitieren können.

Wiesbaden als touristisches Ziel stärken

Die touristische Entwicklung unserer Stadt im Herzen einer der besten Wein- und Ausflugsregionen Europas wird immer wichtiger. Wir wollen Wiesbaden in Verbindung mit dem Rheingau als Destination wirkungsvoll positionieren. Diese Stärke wollen wir gemeinsam mit den Akteur*innen nutzen und neue touristische Impulse setzen, die für jeden Geldbeutel finanzierbar sind. Dabei setzen wir auf ein professionelles Stadtmarketing, das mit wirkungsvollen Aktivitäten die Vorzüge Wiesbadens als eine lebendige, und moderne Stadt mit historischem Charme und vielfältigen Möglichkeiten für Freizeit- und Geschäftsreisende vermittelt. Hierfür wollen wir uns an der Tourismusstrategie 26plus orientieren und auf die Erkenntnisse aus der Tourismusstudie der IHK zurückgreifen. Außerdem wollen wir die noch nicht genutzten Potentiale aus dem gemeinsamen Tourismusmarketing mit dem Rheingau-Taunus-Kreis nutzen.

Etablierte Veranstaltungen wollen wir erhalten und neue hinzugewinnen. Als „Messe- und Kongressstadt“ muss Wiesbaden weiter gestärkt werden, die Verzahnung von Tourismus und Kongress soll weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt und ihr öffentlicher Raum stärker zum Flanieren, Entdecken und Verweilen einladen. Wir wollen die

Wegeführung im Sinne der Barrierefreiheit verbessern und ein neues analoges wie digitales Leitsystem entwickeln, das Wissenswertes zu Sehenswürdigkeiten und Stadtgeschichte bereithält.

Außerdem arbeiten wir daran, die Verkehrsinfrastruktur für alle, die gerne ohne ein eigenes Auto anreisen, zu optimieren (vgl. Kap. Mobilität). Eintrittskarten wollen wir mit integriertem ÖPNV-Ticket anbieten und fördern, sodass Besucher*innen nachhaltig nach Wiesbaden an- und wieder abreisen. Wir prüfen zudem, inwieweit die Kurkarte mit einem attraktiven ÖPNV- und Leihfahrrad-Angebot verbunden werden kann.

Fachkräftestrategie entwickeln

Die demografische Entwicklung stellt Unternehmen und die Stadtverwaltung vor große Herausforderungen. Gemeinsam mit den Wiesbadener Unternehmen und Handwerksbetrieben wollen wir ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen schaffen, damit wir unserer Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs gerecht werden und gleichzeitig Berufschancen eröffnen.

Im Austausch mit Unternehmen, Schulen, Schulsozialarbeit und anderen Akteur*innen wie IHK und Gewerkschaften, wollen wir eruieren, wie der Übergang von Schule zu Beruf optimiert werden kann. Zugleich wollen wir bestehende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprogramme evaluieren und gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern, Unternehmen, Hochschulen und der Agentur für Arbeit eine zukunftsfähige Fachkräftestrategie auf den Weg bringen. Dabei geht es darum, insbesondere für die Bereiche passgenaue Angebote zu entwickeln, in denen der Fachkräftemangel gravierend ist oder neue fachliche Bedarfe entstehen. Die genauen Bedarfe und Herausforderungen der Wiesbadener Unternehmen sollen in einer Umfrage ermittelt werden. Ebenfalls wollen wir die Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Hochschulen vertiefen, um ausgebildete Nachwuchskräfte am Ort zu halten und Studienabbrecher*innen Perspektiven etwa in Ausbildungsberufen aufzuzeigen.

Die Stadtverwaltung Wiesbaden benötigt in den nächsten Jahren qualifiziertes Personal, um ihrem Dienstleistungsauftrag gut nachzukommen und steht bei der Suche nach geeigneten

Mitarbeiter*innen vor großen Herausforderungen. Um die Attraktivität der Stadtverwaltung für Beschäftigte zu steigern, wollen wir prüfen, ob wir für bestimmte Mangelberufe (z.B. im IT-Bereich) eine „Wiesbadenzulage“ einführen. Das Modell der Ballungsraumzulage hat sich in anderen Städten, wie München, bewährt. Darüber hinausgehende Unterstützungsmaßnahmen wollen wir prüfen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist für uns, die Beschäftigung von Frauen zu erhöhen, Qualifikationspotenziale unabhängig von Erwerbs- und Beschäftigungsstatus zu heben und die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen und Geflüchteten zu verbessern. Auch wollen wir das wohnliche sowie schulische Umfeld für Auszubildende in Wiesbaden verbessern.

Wir wollen ein Handwerksprojekt konzipieren, das dazu dient, im Ausland erworbene, aber in Deutschland nicht anerkannte handwerkliche Kenntnisse nutzbar zu machen. Geplant ist zudem in enger Abstimmung mit Wiesbadener Pflegeeinrichtungen ein Projekt Pflege, das auch Langzeitarbeitslosen einen Einstieg ermöglicht.

Öffentliches Auftragswesen und Vergabe besser aufstellen

Wir werden bei öffentlichen Aufträgen die Möglichkeiten des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes in Bezug auf soziale, innovative und ökologische Ausschreibungskriterien besser ausschöpfen, indem sie bei städtischen und stadtnahen Vergaben stärker gewichtet werden. Hierzu werden wir die Verwaltung personell und finanziell besser aufstellen.

Im Rahmen der jeweiligen Ausschreibungsvorbereitungen ist zu prüfen, ob Vergabeverfahren (Lose) vereinfacht und attraktiver gestaltet werden können, so dass diese auch für kleine und mittelständische Unternehmen interessant sind.

Für eine bessere Kontrolle bei der Abwicklung öffentlicher Aufträge werden wir die Einführung einer Stabsstelle zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung und die Einführung von Vertragsstrafen, die auch das Verhalten von Subunternehmer*innen erfassen, prüfen.

Stadtbeschäftigte

Die Stadtverwaltung Wiesbaden steht bei der Suche nach qualifizierten und geeigneten Mitarbeiter*innen vor großen Herausforderungen. Nicht nur aus demografischen Gründen benötigt die Verwaltung in den nächsten Jahren qualifiziertes Personal, um ihrem Dienstleistungsauftrag gut nachzukommen. Um die Attraktivität der Stadtverwaltung für Beschäftigte zu steigern, wollen wir prüfen, ob wir für bestimmte Mangelberufe (z.B. im IT-Bereich) eine „Wiesbadenzulage“ einführen. Das Modell der Ballungsraumzulage hat sich in anderen Städten, wie München, bewährt. Darüber hinausgehende Unterstützungsmaßnahmen wollen wir prüfen.

Bestehende Angebote, um Wiesbaden als attraktiven Arbeitgeber zu platzieren (Arbeitszeitmodelle, Gesundheitsmanagement, Jobticket) werden wir fortführen und weiterentwickeln. Wir streben an, Jobräder im Rahmen der Entgeltumwandlung für städtische Beschäftigte zu ermöglichen

Städtischer Stellenpool

Wir werden gemeinsam mit dem Gesamtpersonalrat ein Konzept für ein kommunales Arbeitsmarktbüro entwickeln, an dem sich die Kernverwaltung und die städtischen Gesellschaften beteiligen. Hierdurch möchten wir den Austausch zwischen Verwaltung und Beteiligungen erleichtern und Mitarbeiter*innen zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten und Erfahrungsfelder eröffnen. Die Mitwirkung der städtischen Beteiligungen werden wir im Beteiligungskodex festschreiben.

Leiharbeit

Leiharbeit soll sich bei städtischen Unternehmen gemäß Beteiligungskodex in engen Grenzen halten und ist gesondert in der Entsprechenserklärung zu begründen. Die Kooperationspartner sehen sich diesem Ziel verpflichtet und wollen die bestehenden Formen der Leiharbeit so weit wie möglich zurückfahren. Sollte dies nicht im gewünschten Umfang erfolgen können, so gilt der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gemäß dem jeweils geltenden Tarifvertrag im kommunalen Unternehmen

Zukunft der Wiesbadener Jugendwerkstatt

Die Koalitionspartner wünschen sich eine starke Wiesbadener Jugendwerkstatt, sowohl im Bereich der Ausbildung und Qualifizierung, als auch im Bereich der Landwirtschaft als zertifizierter Bioland-Betrieb. Handlungsrahmen ist dabei das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Umbauprogramm.

Als Grundlage der Geschäftstätigkeit der WJW werden wir die Domäne Mechtildshausen vom Land Hessen kaufen und für die landwirtschaftlichen Nutzflächen einen langfristigen Pachtvertrag abschließen.

Angestrebt werden zügige Investitionen in die Domäne Mechtildshausen, insbesondere in die Mietschlachtstätte und die derzeit ausgesetzte Geflügel- und Eierproduktion. Hierzu soll zeitnah eine Gesamtschau der kurz- und mittelfristigen Investitionsbedarfe erstellt werden. Der Standort Klarenthal wird seitens der WJW aufgegeben, die Investitionsmittel für die Domäne freigegeben.

Auch der Standort Hasengartenstraße leidet unter einem erheblichen Instandhaltungsrückstau. Gleichzeitig wird das Grundstück benötigt, um einem Wiesbadener Gewerbebetrieb die dringend notwendige Betriebserweiterung am Standort zu ermöglichen. Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass dieses Ziel zügig erreicht werden muss. Ziel ist es, hierzu auch zügig einen Letter of Intent mit dem betroffenen Unternehmen abzuschließen.

Um eine schnelle Lösung für das betroffene Unternehmen zu finden, stellen die Koalitionspartner die bisher diskutierte Campuslösung auf der Domäne Mechtildshausen zurück. Mit Priorität soll stattdessen ein Umzug des WJW-Standortes Hasengartenstraße an einen oder mehrere innenstadtnahe Standorte geprüft werden.

Das Jahr der Interimsgeschäftsführung soll dafür genutzt werden, eine Aufteilung der Wiesbadener Jugendwerkstatt auf zwei rechtlich getrennte Betriebe zu prüfen. Auf der einen Seite soll dabei der eigentliche Ausbildungsbetrieb, auf der anderen Seite der Biolandbetrieb auf der Domäne stehen. Diese Prüfung ist ausdrücklich als ergebnisoffene Option zu betrachten und soll verschiedene Szenarien beschreiben und auf

Realisierungsmöglichkeiten untersuchen. Dabei ist insbesondere die Ausbildung auf der Domäne selbst in den dort angesiedelten Berufen zu berücksichtigen (derzeit 30 bis 50 Prozent der Azubis). Die genaue Form der Organisation der Ausbildung an beiden Gesellschaften ist ebenfalls offen und im Verfahren zu prüfen.

Im landwirtschaftlichen Bereich soll dabei ausdrücklich auch versucht werden, neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung

Die Digitalisierung ist eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben für unsere Kommune. Wir wollen ein Leitbild erarbeiten, das die Ausgestaltung und Umsetzung in allen Bereichen – Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft – umfasst.

Die Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Dienstleistungen muss im Sinne der Teilhabe und Bürger*innenfreundlichkeit weiterentwickelt werden: die Vorsprache im Amt und langwierige Prüf- und Bearbeitungszeiten entsprechen längst nicht mehr der Lebenswirklichkeit unserer digitalen Welt. Um den Anforderungen an eine/n moderne/n Dienstleister*in gerecht zu werden, braucht es daher neue und digitale Zugangswege zu allen Dienstleistungen der Stadtverwaltung, soweit dies rechtlich möglich ist. Durch die Digitalisierung der städtischen Prozesse soll ein leichter und schnellerer Zugang zu den Dienstleistungen angeboten werden. Konkrete bürgerfreundliche Anwendungen wie beispielsweise die Buchung der Bürgerhäuser und Grillplätze durch ein digitales Buchungssystem wollen wir den Menschen anbieten.

Dabei müssen wir darauf achten, dass das Angebot digitaler Dienstleistungen nicht zu einer Einschränkung von Beratungsdienstleistungen führt. Das Recht auf analoge Zugänge zur Verwaltung und ihren Dienstleistungen wird gewahrt.

Um mit der Dynamik der sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen – insbesondere aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung – Schritt halten zu können, muss sich auch unsere Verwaltung laufend weiterentwickeln. Dies soll im Dialog mit den einzelnen Fachbereichen in der Verwaltung unter Berücksichtigung vorhandener Ideen und Ansätze vorangetrieben werden.

Der rechtskonforme, nachhaltige und ethische Einsatz von Digitalisierung ist uns wichtig.

E-Government

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) stellt den Aufbruch in eine umfassende Verwaltungsdigitalisierung dar. Seine Umsetzung hat für uns hohe Priorität. Unser Ziel ist, dass kommunale Angebote und Leistungen über die gängigen Browser und mobile Endgeräte barrierefrei erreichbar sind. Die dafür nötige Digitalisierungs- und IT-Kompetenz werden wir weiterentwickeln. Um Abläufe zu optimieren und zu vereinfachen sowie städtische Dienstleistungen für Bürger*innen verfügbarer zu machen, wollen wir die städtische Verwaltung wo es möglich ist digitalisieren. Dies gilt insbesondere für Verwaltungsprozesse im Zusammenhang mit Genehmigungen. Hierbei stimmen wir uns mit den Fachverwaltungen und den Personalvertretungen eng ab.

Die elektronische Vorgangsbearbeitung ermöglicht auch mobiles Arbeiten, das immer stärker an Bedeutung gewinnt. Im ersten Schritt analysieren wir den Sachstand und setzen das Konzept E-Akte zeitgemäß neu auf. Dazu werden wir einen Roadmap entwickeln.

Zudem ist es unser Ziel, bestehende digitale Prozesse unter Berücksichtigung der Nutzer-Erlebnisse für Bürger*innen und Mitarbeitende zu optimieren. Daher sollen Nutzer*innen regelmäßig befragt und die gewonnenen Erkenntnisse als Grundlage für die Weiterentwicklung der Systeme genutzt werden.

Damit dieser Wandel gelingt, müssen die Führungskräfte und Mitarbeitenden hierzu befähigt werden. Dies erfordert u.a. umfangreiche Weiterbildung, geeignete Organisationsformen und Tools.

Innovation Lab

Die Die Abteilung für innovative Entwicklungen im Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung wollen wir als „Innovation Lab“ stärken; dies kann räumlich auch außerhalb der städtischen Verwaltung etabliert werden. Dieses „Innovation Lab“ soll sich mit den in Wiesbaden vorhandenen Netzwerken aus Start-Ups, Software- und Digitalexperten sowie den Hochschulen verbinden. Hier soll die digitale Zukunft der Stadt Wiesbaden vorgedacht werden. Expertinnen und Experten sollen die Stadtverwaltung projektorientiert bei der Einführung von neuen

Technologien beraten und begleiten. Die Einbindung der Stadtgesellschaft kann dabei die Priorisierung, Bereitstellung und Akzeptanz von Digitalisierungsvorhaben fördern.

Modernes Arbeiten

Die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften erbringen wertvolle Dienstleistungen für die Bürger*innen und für eine gute Zukunft dieser Stadt. Dabei gilt es, die bisherigen Verfahren und Arbeitsmodelle an die Ansprüche und Lebensrealitäten der Mitarbeiter*innen wie auch der Bürger*innen unter Wahrung der gesetzlichen Anforderungen und unter der betrieblichen Mitbestimmung anzupassen.

Wo immer es sinnvoll ist, wollen wir den Beschäftigten mobiles Arbeiten ermöglichen. Die hierfür notwendigen flexiblen Arbeitszeits-, Führungs- und Organisationsmodelle werden wir fördern und moderne Büroarbeitsplatzausstattung, zeitgemäße Arbeitsplatztechnologien und entsprechende Schulungsmöglichkeiten bereitstellen.

Dies dient auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bietet durch den Wegfall von Pendlerbewegungen Chancen zur Verbesserung des Stadtklimas und verbessert die Attraktivität der Stadtverwaltung im Wettbewerb um gute Fachkräfte. Unterschiedliche Arbeitsmodelle im Sinne des New-Work Konzepts (z.B. Agiles Arbeiten im Team) wollen wir erproben.

Umsetzung Informationsfreiheitsgesetz

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat von der durch das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Informationsfreiheitsgesetz erlassen. Damit erhalten Bürger*innen Zugang zu in der Wiesbadener Stadtverwaltung vorhandenen Informationen, sofern sie keine Geheimsachen oder personenbezogenen Daten betreffen. Die Koalitionspartner*innen werden die Umsetzung der Informationsfreiheitsgesetz aktiv begleiten. Zwei Jahre nach Inkrafttreten soll eine Evaluation erfolgen.

Digitale Infrastruktur

Das städtische Netzwerk wird ausgebaut und so optimiert bzw. ertüchtigt, dass ein ausreichend performanter Netzzugang an allen dafür vorgesehenen Arbeitsplätzen zur Verfügung steht.

Die zentralisierte Steuerung und Bündelung der Verantwortung bei den IT-Themen der Stadt Wiesbaden soll gestärkt werden. Dabei braucht die Verwaltung einen leistungsstarken Partner, der sie bei der Planung und Umsetzung von Digitalisierungsprojekten sowie beim laufenden Betrieb der Verfahren kompetent unterstützt. Dafür werden wir die Wivertis als zentralen städtischen IT-Dienstleister in die Lage versetzen, diese und künftige Anforderungen nachhaltig erfüllen zu können.

Um dem gesellschaftlichen Bedarf an schnellem Internet zu entsprechen unterstützen wir nach Möglichkeit den Glasfaserausbau. Bei allen Straßenbaumaßnahmen sollen obligatorisch Leerrohre für Glasfaserkabel verlegt werden.

Öffentliches WLAN

Wir setzen uns für den Ausbau von freiem offenem WLAN in städtischen Gebäuden, auf öffentlichen Plätzen, an Haltestellen und in Bussen und Bahnen ein. Die WLAN-Hotspots sollen weiterhin einfach nutzbar, leistungsfähig und kostenfrei sein. Ebenfalls soll das Projekt „Digitale Dorflinde“ vorangetrieben werden.

Open Data

Die Ausarbeitung einer Konzeption für eine Open-Data-Strategie der Stadt Wiesbaden soll (in Anlehnung an das Bonner Open-Government-Data-Vorgehensmodell) vorangetrieben werden. Dabei sollen möglichst viele städtische Daten in einem offenen, maschinenlesbaren, nicht-proprietären Dateiformat mit offenen Lizenzen Open-Data-Portal zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Beteiligung am nationalen Portal „GovData“ soll geprüft werden.

Für das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) bedeutet das konkret, dass wir seine Daten mittels der Standardschnittstelle für

parlamentarische Informationssysteme in Deutschland (OParl-API) zur Verfügung stellen wollen.

Smart City

Wir streben unter dem Begriff Smart City eine sinnhafte Vernetzung von Daten und digitalen Diensten zum Nutzen der Stadtgesellschaft an. Themen und Projekte werden gemeinsam mit den Bürger*innen, Verwaltung, städtischen Beteiligungen und Unternehmen ausgearbeitet und durchgeführt. Dabei sollte das Innovation Lab (s.o.) eingebunden werden. So können die notwendigen Lösungen für eine ökologische, soziale und digitale Stadtgesellschaft umgesetzt werden.

Green IT

Wir setzen uns für die Prinzipien von Green IT ein und werden diese fördern. Dies betrifft unter anderem den Einsatz von möglichst langlebiger Hardware zur Vermeidung von Elektroschrott, den Einsatz von Betriebssystemen und Software, die den Lebenszyklus der Hardware verlängert und die Reduktion des Energieverbrauchs in der Nutzung im Allgemeinen.

Strategie für Ansiedlung Rechenzentren

Wir werden Grundsätze erarbeiten, auf deren Basis Planungen und Bau großer Rechenzentren geprüft und begleitet werden. Darin wird festgelegt wie geplante Rechenzentren nachhaltig nach dem Klimaschutz auszurichten sind, etwa indem ausschließlich regenerative Energien zum Betrieb verwendet und am besten zugebaut werden. Für Abwärme werden Werte festgelegt, zu welchen Anteilen diese zum Betrieb thermischer Anlagen verwendet oder zur Einspeisung in Fern-/Nahwärmenetze eingespeist werden. Die Ansiedlung oder Nähe von Rechenzentren zu privaten Haushalten als Abnehmer der Abwärme wird in der Stadtplanung berücksichtigt.

Open Source Software Strategie

Um die digitale Souveränität zu stärken, fördern wir den Einsatz von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung. Deshalb überprüfen wir bei der Beschaffung von Lizenzen, ob es eine gleich gute oder bessere Lösung aus dem Open-Source-Bereich gibt. Auf der Basis von „Public Money, Public Code“ (öffentliche Gelder, öffentlicher Quellcode) möchten wir bestimmte Software-Eigenentwicklungen der Landeshauptstadt unter der Verwendung von offenen Lizenzen kostenfrei zur Verfügung stellen.

WiesbadenCard

Die fortschreitende Digitalisierung kann sowohl den Zugang zur Kommune als auch die Teilhabe erheblich verbessern. Eine Vielzahl europäischer Städte arbeitet seit Jahren erfolgreich mit elektronischen Bürgerkarten. Im Scheckkartenformat und als App wollen wir die Umsetzung einer „WiesbadenCard“ realisieren, mit der städtische Angebote genutzt werden können. Alle bereits bestehenden Karten (wie z.B. die Wiesbadener Familien- und Freizeitkarte, Ehrenamtskarte, Stadtbibliothek usw.) sollen zusammengeführt werden. Mittelfristig sollen auch andere Angebote wie ÖPNV Tickets, etc. dort eingebettet werden. Außerdem wollen wir Aktionsprogramme zur Förderung der lokalen Wirtschaft in die WiesbadenCard integrieren.

Auch im Sinne der sozialen Teilhabe würde die WiesbadenCard erhebliche Vorteile bieten, da spezifische Angebote der Stadt für hilfsbedürftige Gruppen kostenfrei „zugebucht“ werden könnten, ohne eine Stigmatisierung zu fördern.

Digitale Barrierefreiheit

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich für die Umsetzung der Barrierefreiheit im Digitalen Raum ein, dass sowohl alle öffentlichen als auch internen Verwaltungsabläufe weitestgehend barrierefrei und benutzerfreundlich gestaltet werden. Maßnahmen zur Barrierefreiheit werden wir in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter umsetzen.

Gesundheit

Gesundheitsversorgung: Daseinsvorsorge für die Menschen in Wiesbaden

Gesundheit ist eine grundlegende Voraussetzung für Lebensqualität und umfasst dabei das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden und nicht nur die bloße Abwesenheit von Krankheit. Die Kommune hat dabei die zentrale Aufgabe, für eine effektive und gerechte Gesundheitsversorgung in sozialer Verantwortung für alle Menschen in Wiesbaden zu sorgen und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld zu schaffen. Wir setzen uns für den Ausbau und die Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Wiesbaden ein, das schließt eine gut erreichbare Primärversorgung ebenso wie eine gute Pflegeinfrastruktur ein. Dabei wollen wir Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern mitdenken, gemäß dem Prinzip der „Health in all Policies“, insbesondere in den Bereichen Bildung, Mobilität, Wohnen und Stadtplanung.

Gemäß dem Ansatz der Ottawa Charta der WHO zur Gesundheitsförderung erstellen wir für Wiesbaden ein gesundheitspolitisches Leitbild, das die konkreten Handlungsfelder der Gesundheitsförderung in der Kommunalpolitik verankert. Wiesbaden ist Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen als Kommune deren 9-Punkte-Programm vertiefen, um für die Menschen in Wiesbaden gesündere Lebensbedingungen zu ermöglichen und Gesundheitsförderung im Lebensalltag der Menschen umzusetzen.

Unser Gesundheitswesen steht vor enormen Herausforderungen: demografischer Wandel, Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, Klimawandel, etc. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, und die Versorgung der Menschen in Wiesbaden bestmöglich zu gestalten, ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken aller Beteiligten in den Gesundheits- und Pflegeberufen erforderlich. Dabei wollen wir insbesondere quartiersbezogene Gesundheitsprojekte fördern, Netzwerke stärken und eine zentrale Koordinierungsstelle schaffen.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und ausbauen

Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist zentrale Versorgungs- und Koordinationsstelle der Landeshauptstadt. Ein effizient aufgestelltes Gesundheitsamt mit guten Arbeitsbedingungen, effektiver Digitalisierung und bedarfsgerechter Stellenausstattung bei angemessener Vergütung ist auch über die Pandemie hinaus dringend erforderlich. Dazu bedarf es im Rahmen des Ausbaus einer umfassenden Evaluation und Neuaufstellung. Die bislang bestehenden Aufgaben gemäß den gesetzlichen Vorgaben (HGöGD) müssen erfüllt werden und in Abstimmung mit Kooperationsvereinbarungen um die gewachsenen Anforderungen erweitert werden.

Wir stellen die Schuleingangsuntersuchungen durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst sicher und eine kontinuierliche Beratung und Betreuung für Familien, Schulen und Kitas mit besonderem Versorgungsbedarf. Wir wollen gemäß der „Wiesbadener Vereinbarung“ die Vernetzung zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen stärken und dabei das Gesundheitsamt als einen wichtigen Kooperationspartner neben Beratungszentren und KiEZen systematisch einbeziehen. Die repräsentativen Querschnitts-Untersuchungen führen wir fort und beziehen weitere Jahrgänge ein. Wir unterstützen die Implementierung von Schulgesundheitsfachkräften an allen Schulen. Und wir wollen das Angebot von FrAnKHA (Frühe Anleitung durch Krankenschwestern, Hebammen und Kinderärzt*innen) ausbauen.

Wichtig ist uns die Beratung zu Klima und Umwelt-Gesundheit. Bei allen kommunalen Maßnahmen gilt es den umweltbezogenen Gesundheitsschutz zu berücksichtigen. Dazu bedarf es u.a. der Erstellung von Hitzeschutzplänen, Maßnahmen zur Luftreinhaltung.

Im Kontext der Aufgaben der Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (EGW) erstellen wir einen kommunalen Präventions-Plan. Zusammen mit den Nachbarregionen und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration streben wir einen effektiven Infektionsschutz an, inklusive einer Pandemieplanung .

Die Unterstützung der Selbsthilfegruppen stellen wir ebenso sicher wie den Erhalt der Selbsthilfekontaktstelle.

Wir wollen den sozialpsychiatrischen Dienst stärken, insbesondere auch die psychosoziale Beratung von psychisch Erkrankten und deren Angehörigen. Die regionale Vernetzung mit HSK, Vitos und die Unterstützung freier Träger soll intensiviert werden. Die Einrichtungen zur „Suchtprävention“ und Beratung bei „Sucht“ bleiben erhalten. Wir wollen den Ausbau der „humanitären Sprechstunde“ gemäß des „Mainzer Modells“ zur Sicherstellung eines anonymen und niedrigschwelligen Zugangs zur Gesundheitsversorgung.

Die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten wollen wir verbessern, z.B. über die Einrichtung von niederschwelligen Angeboten mit Hilfe von Gesundheitslotsen.

Pflege in Wiesbaden: bedarfsgerecht, selbstbestimmt und inklusiv

Wir wollen dafür sorgen, dass pflegebedürftige Menschen die bestmögliche Pflege und Unterstützung erhalten und dafür das Angebot der stationären und ambulanten Pflege in Wiesbaden bedarfsgerecht ausbauen. Ein gutes Netz ambulanter Dienstleistungen wird künftig mehr innovative Angebote wie Pflege-WGs und Wohnformen mit Bedarfspflege benötigen. Wir werden uns für qualitativ gut ausgestattete stationäre Pflegeplätze mit passenden Konzepten einsetzen. Dabei wollen wir verstärkt migrationsspezifische Bedarfe berücksichtigen und ausreichende Kapazitäten für eine kultursensible Pflege anstreben. Eine Beratung bestehender Pflegeeinrichtungen hierzu soll dabei ein zentrales Element sein. Die kommunale Altenplanung soll hierzu Konzepte mit fachlichen Empfehlungen erarbeiten.

Die selbstbestimmte Entscheidung eines Menschen, wo und wie Pflege erfolgen soll, ist für uns maßgebend. Die Möglichkeiten der häuslichen Pflege möchten wir deshalb ausbauen und hierbei pflegende Angehörige entlasten. Zusätzliche Tagesbetreuungsplätze und spezifische Angebote durch Selbsthilfegruppen sollen hierzu geschaffen werden.

Überall dort, wo auf kommunaler Ebene Steuerung möglich ist, setzen wir uns für die Verbesserung des Ausbildungsangebots, der Arbeitsbedingungen sowie für eine angemessene Bezahlung des

medizinischen und pflegerischen Personals ein. Wir wollen die Attraktivität der Pflegeberufe stärken durch Jobtickets, verbesserte Unterkunftsangebote und Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Stärkung der Palliativmedizin

Palliativ- und Hospizdienste leisten einen unschätzbaren Beitrag bei der Unterstützung und Begleitung schwerkranker und sterbender Menschen. Als Kommune möchten wir diese Arbeit weiterhin unterstützen, verbessern und ausbauen. Gemeinsam teilen wir den von der Stadt Wiesbaden unterzeichneten Inhalt der Charta zur Betreuung Schwerstkranker und sterbender Menschen und wollen diese weiterhin unterstützen.

Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden – EGW: Akteur*innen im Gesundheitssystem stärken und vernetzen

Die EGW soll die Rolle einer zentralen Koordinierungsstelle zur Vernetzung verschiedener Akteure im Bereich Gesundheit und Pflege für die Stadt Wiesbaden übernehmen, um die bedarfsgerechte Versorgung zu verbessern und gesundheitsfördernde Maßnahmen für alle Menschen in Wiesbaden zu stärken. Dieses sehen wir als zentralen Beitrag zur Verbesserung gesundheitlicher Teilhabe. Dabei ist eine enge Verzahnung und Zusammenarbeit mit dem ÖGD erforderlich.

Damit die EGW dieser Aufgabe gerecht werden kann, wird das Team der EGW personell aufgestockt und die Position eines Gesundheitskoordinators/einer Gesundheitskoordinatorin für die Stadt Wiesbaden neu geschaffen sowie ein Fördermaßnahmen-Management aufgebaut. Um den Mehrwert der EGW für die Menschen in Wiesbaden niederschwellig nutzbar zu machen, wollen wir das Marketingkonzept der EGW überarbeiten und den Gesundheitskompass mymedAQ auf Grundlage einer Kosten-Nutzen-Evaluation weiterentwickeln.

Als zentrale Koordinierungsstelle soll die EGW die Umsetzung des Aktionsplans „Gesunde Stadt Wiesbaden“ maßgeblich gestalten.

Eine weitere Kernaufgabe der EGW ist die Förderung quartiersbezogener Gesundheitsprojekte unter anderem durch den Aufbau und die Unterstützung von kommunalen Gesundheitszentren, zum Beispiel als

Gesundheits-Kiosk in den Stadtteilen. Hierzu werden wir zunächst ein Pilotprojekt durchführen und evaluieren. Im Rahmen von Fördermaßnahmen werden neue Berufsbilder wie Gemeindepfleger*innen und die Schnittstellenfunktion der „Community Health Nurse“ in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt.

Als Mitgesellschafterin soll die EGW in der Wahrnehmung des Wächterinnenamtes bezüglich der Geschäftstätigkeit der Helios-HSK-Klinik gestärkt werden. Qualität und Umfang der Patientenversorgung an der HSK Helios-Klinik gilt es zu verbessern. Die Helios-HSK-Klinik muss Maßnahmen zur Personalgewinnung und -Bindung ausbauen, die Stadt unterstützt dies. Die EGW soll die Möglichkeit einer Vermittlerfunktion zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in Wiesbaden einnehmen. Sie unterstützt die Fortsetzung von Präventions- und gesundheitsbezogenen Veranstaltungen in Wiesbaden, wie etwa die Vortragsreihe „Verständliche Medizin“, den Hessischen Gesundheitstag, den Psychiatrietag sowie die Patiententage.

Weitere Aufgabe der EGW ist die Organisation und Leitung von lokalen, gegebenenfalls regionalen Gesundheitskonferenzen sowie die Beratung und infrastrukturelle Unterstützung bei ambulanten und stationären Versorgungslücken in der hausärztlichen und kinderärztlichen Versorgung zur Sicherstellung und Stärkung der wohnortnahen Versorgung.

HSK: Krankenhaus der Maximalversorgung mit zentraler Bedeutung für Wiesbaden

„Gesundheit“ darf keine Ware sein. Krankenhäuser sind ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und leiden besonders unter dem Druck der Ökonomisierung. Wir werden die 51% Anteile der Landeshauptstadt Wiesbaden an der HSK-Klinik in der Zukunft nicht weiterverkaufen. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden über die EGW und den Aufsichtsrat ihr „Wächterinnenamt“ stärker wahrnimmt und die Einhaltung des Konsortialvertrags noch strenger kontrolliert. Um eine angemessen gesundheitliche Versorgung aller Menschen sowie adäquate Arbeitsbedingungen des Personals zu gewährleisten, müssen für

Gesundheitseinrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden städtische Qualitätsstandards entwickelt werden. Eine Privatisierung von Spezialkliniken innerhalb der HSK gilt es zu verhindern.

Medizin- und Gesundheitsstadt Wiesbaden: der Tradition verpflichtet

Als Kurbad sieht sich Wiesbaden in der Tradition einer Gesundheitsstadt. Das Kurgebiet Aukammtal mit zahlreichen Einrichtungen zur Rehabilitation und diversen Kliniken spielt dabei sowohl lokal als auch inhaltlich eine zentrale Rolle. Diese gilt es bei Wahrung des Naturraumes und unter Beachtung klimatischer Anforderungen nachhaltig fortzuentwickeln – auch vor dem Hintergrund der Veränderungen im Gesundheitssektor.

Einrichtung einer „Post-Covid“-Koordinierungsstelle

Wir treten für die Fortführung der tagesklinischen Angebote zur Beratung und Betreuung der „Post-Covid“-Betroffenen an der DKD ein. Zur Beratung und Sicherstellung der Versorgung der von „Post-Covid“-Betroffenen soll eine Koordinationsstelle aufgebaut werden (in Zusammenarbeit mit den Kliniken, Ambulanzen, Krankenkassen, Reha-Trägern, Versorgungsamt, etc.)

Wiesbaden als Modellregion für die Legalisierung von Cannabis

Der Bundesgesetzgeber und die Bundesregierung planen eine Legalisierung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene. Sollte bis Ende 2022 keine allgemeine gesetzliche Regelung vorliegen, wird die Landeshauptstadt Wiesbaden die Einführung einer Modellregion Wiesbaden gemäß den Vorgaben der Bundesregierung beantragen.

Jede Form der Legalisierung von Cannabis für Erwachsene soll durch eine umfassende fachlich, medizinische Aufklärung und Beratung begleitet werden. Hierbei ist auf Prävention und Schutz der besonders

gesundheitsgefährdeten Altersgruppe bis 25 Jahre zu achten. Das ggf. gewählte Projekt der Modellregion soll wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden.

Schule

Bildung für alle – von Anfang an

Gute Zukunft braucht gute Bildung. Gute Bildung ist für uns ein Grundrecht. Bildungsbiografien entscheiden sich vor Ort. Wir stellen die Weichen für individuelle Bildungserfolge und für den gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt in unserer Stadt.

Wir wollen, dass alle Kinder, Jugendliche in Wiesbaden unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Einkommen beste Bildungschancen erhalten, damit sie zu selbstbewussten, kritikfähigen und lebensbejahenden Erwachsenen heranwachsen können. Wir übernehmen aktiv Verantwortung für mehr Bildungsgerechtigkeit in Wiesbaden von der Geburt bis in weit in das Berufsleben hinein.

Die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass alle Kinder und Jugendliche in Wiesbaden optimale Bildungschancen erhalten. Vor allem soll die Bedeutung von Faktoren wie dem sozioökonomischen Status oder dem Migrationshintergrund der Eltern auf den Bildungserfolg der Kinder so weit wie möglich sinken. Um die Bildungschancen zu stärken, soll die WiesbadenCard neben mehr Teilhabe, auch mehr Bildungsgerechtigkeit fördern. Dies kann durch bedarfsorientierte Nachhilfe oder Ferienprogramme geschehen, welche anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen kostenfrei „zugebucht“ werden können, ohne eine Stigmatisierung zu fördern.

Schulbau der Landeshauptstadt Wiesbaden 2022–2026

Die Koalition wird die Instandhaltungsmittel Schule auf hohem Niveau verstetigen, um den Sanierungsstau weiter abarbeiten zu können. Mit der Ausführung von Sanierungsmaßnahmen und Schulneubauten wollen wir überwiegend die städtische Gesellschaft WiBau beauftragen und somit der Investitionsbedarf im städtischen Haushalt verringern.

Zur Übersicht wird kurzfristig eine aktualisierte Schulbausanierungsliste inklusive der Schulsporthallen erstellt und priorisiert. Hier stellen wir kurzfristig die notwendigen Mittel bereit. Der in der Schulbauliste

festgestellte Bedarf ist jederzeit abrufbar und wird fortlaufend aktualisiert. Die Barrierefreiheit der Schulen im Bestand wird, soweit bautechnisch möglich, hergestellt, bei Neubauten ist sie verpflichtend. Für einen inklusiven Unterricht werden ausreichende Räumlichkeiten wie z.B. Differenzierungsräume und Pflegestützpunkte, geschaffen. Für den Fall einer notwendigen Auslagerung der Schule/n im Sanierungsfall sollen Raum-/ Gebäuderessourcen geschaffen werden, die im Bedarfsfall Provisorien (z.B. Containeraufstellungen) vermeiden helfen.

Bei Um- und Neubauten an Schulen werden ausgehend von den jeweiligen Schulprogrammen Lernlandschaften angestrebt bzw. vorgesehen, die die Kreativität fördern und individualisiertes und gemeinsames Lernen ermöglichen. Dies erfordert ggf. auch Abweichungen vom Musterraumprogramm.

Bei Schulneubauplanungen werden naturnahe Freibereiche (z.B. „grüne Klassenzimmer“) und ausreichende inklusive Bewegungs- und Spielzonen im Außenraum berücksichtigt. Wo vorhanden, werden sie erhalten, wo nicht vorhanden, aber Flächen zur Verfügung stehen, neu geschaffen. Für die Entsiegelung von Schulhöfen insbesondere an Innenstadtschulen haben wir das Programm „Schule macht Park“ aufgelegt. Sofern das Pilotprojekt positive Ergebnisse für Pädagogik, Mikroklima und Freizeitnutzung zeigt, werden wir es auf weitere Schulen ausweiten.

Von Beginn an wird bei allen Planungen die betroffene Schulgemeinde mit einbezogen.

Damit zukünftig bauliche Tätigkeiten wie z.B. Malerarbeiten in Klassenräumen einen einheitlich hohen Qualitätsstandard erfüllen, erhält jede Schule ein selbstverwaltetes Instandhaltungsbudget, mit dem sie eigenständig Leistungen von anerkannten Fachfirmen ausführen lassen kann. Pädagogische und ehrenamtliche Projekte (z.B. Wiesbaden engagiert) sollen natürlich weiterhin ihren Raum finden dürfen.

Schwerpunkt Digitalisierung

Ein professioneller Umgang mit digitalen Medien gilt heute neben Lesen, Schreiben und Rechnen als vierte Kernkompetenz. Medienkompetenz ist ein wesentlicher Schlüssel für erfolgreiche Bildungsverläufe, für

gleichberechtigte Teilhabe und auch für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt.

Bis 2024 werden wir den Digitalpakt I an unseren Schulen umgesetzt haben. Jede Schule in Wiesbaden wird bis dahin mit einem Breitbandanschluss, einer leistungsstarken strukturierten Verkabelung und/oder einem leistungsfähigen, stabilen WLAN und mit interaktiven Präsentations- und Anzeigemedien und digitalen Arbeitsgeräte ausgestattet sein.

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Land Hessen seiner Verantwortung nachkommt, und mobile Endgeräte im Rahmen der Lernmittelfreiheit finanziert. Solange das nicht der Fall ist, handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Wiesbaden. Beginnend mit dem Jahrgang 5 werden wir unter finanzieller Beteiligung der Eltern mit einer großzügigen Sozialklausel ab 2023 jeder/jedem Schüler*in ein Tablet zur Verfügung stellen und über das Medienzentrum die Lehrkräfte beim pädagogischen Einsatz technisch und inhaltlich unterstützen.

Für digitale Kompetenz braucht es allerdings mehr als technische Infrastruktur. Wir werden das Medienzentrum personell verstärken, um den IT-Support für Schulen auf allen Leveln zu verbessern und die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken.

Wir werden ein Konzept für die Einrichtung eines WiLabs, eines digitalen (Selbst)Lernzentrums für Kinder und Jugendliche, in dem niedrigschwellig und kostenlos mit digitalen Tools experimentiert und erfahrungsorientiert gelernt werden kann, erarbeiten und dessen Umsetzung prüfen.

Mobilitätsmanagement für Schulen

Für Schulen und insbesondere für Grundschulen werden wir auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Projekt „Wiesbaden geht besser zur Schule“ integrierte Schulmobilitätspläne erarbeiten und das Projekt „Busschule“ weiter fördern.

Mit dem preisreduzierten Kinder- und Jugendticket in Wiesbaden schaffen wir einen weiteren Anreiz, das öffentliche Verkehrssystem zu nutzen und stärken die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen.

Inklusion

Alle Menschen in Wiesbaden sollen gleichberechtigt und frei von Diskriminierung Zugang zu Bildung erhalten, so dass sie ihre Potenziale bestmöglich entwickeln können. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung grundsätzlich gemeinsam lernen und innerhalb ihrer Schule individuell gefördert und ggf. binnendifferenziert unterrichtet werden. Solange das Land Hessen am System der Förderschulen festhält, stellen wir in Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium auch zukünftig als Schulträger die entsprechenden Standorte für die einzelnen Förderschulzweige bereit. Wir unterstützen die Schulen und Lehrenden bei der Erprobung neuer Inklusions- und Integrationsstrategien und stellen eine ausreichende Anzahl an Assistenzpersonal zur Verfügung. Für uns hat die inklusive Beschulung, haben inklusive Lernumgebungen, Priorität. Jedes Kind ist in seinen individuellen Möglichkeiten einzeln zu betrachten und danach ist zu entscheiden, wie es bestmöglich gefördert werden kann.

Wir fördern die schulische Inklusion dort, wo die Kommune mit ihren Zuständigkeiten gefragt ist: Schulentwicklungsplanung, Schulbau und -ausstattung, Schüler*innenbeförderung, Eingliederungshilfe. Die sozialpädagogischen Fachkräfte werden wir weiterhin vorhalten und finanzieren.

Gesunde Schule – Mittagessen

Wir tragen dafür Sorge, dass in Wiesbadener Schulen jedem Kind ein kostengünstiges, gesundes, vollwertiges Mittagessen zur Verfügung steht. Die eingesetzten Produkte sollen den Kriterien regional, saisonal, biologisch entsprechen und möglichst täglich frisch zubereitet werden. Bei Neu- und Umbauten wird die technische Infrastruktur für eine Frischküche bereitgestellt. Wir prüfen darüber hinaus, ob die Bündelung der Aufgaben Beschaffung, Lieferung und Zubereitung von Schulessen in städtischen Einrichtungen in städtischer Verantwortung sinnvoll realisiert werden kann.

Gesunde Schule – Bewegung

Wir wollen die Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen stärken und prüfen dafür ein kostenfreies Angebot in Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Mattiaqua und privaten Förderern.

Mit dem Grundsatzbeschluss zum kostenfreien Besuch der Wiesbadener Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche leisten wir einen Beitrag, damit Kinder und Jugendliche leichter schwimmen lernen und an Bewegung und Sport teilhaben können.

Außerschulische Lernorte (wie z.B. den Kinderbauernhof, Fasanerie, Schulbootshaus), insbesondere zur Vermittlung nachhaltiger Bildung werden wir weiter unterstützen. Wir fördern Bildungsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung, Umwelt- und Klimabildung.

Schule als Lern- und Lebensraum / Sozialraumorientierung

Schule spielt im Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine immer größere Rolle. Die Schülerschaft ist jedoch zugleich heterogener geworden. Daher braucht es das Zusammenspiel verschiedener Professionen, um der gewachsenen Verantwortung der Lehrkräfte für soziales Lernen (Persönlichkeitsstärkung, Kreativitätstraining, Gewalt- und Suchtprävention, Medienkompetenz) gerecht zu werden.

Wir wollen daher die Zusammenarbeit von multiprofessionellen Teams an Schulen weiter vorantreiben und insbesondere die Schulsozialarbeit und psychosoziale Betreuung bedarfsorientiert an Schulen aller Schulformen weiter ausbauen und sie mit der Arbeit der Lehrkräfte konstruktiv verzahnen.

Wir werden ein – soweit das im Rahmen der Schulplanung des Landes Hessen umsetzbar ist – längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und Schulentwicklung weiterhin standort- und bedarfsorientiert planen.

Wir fördern die sozialraumorientierte Ausrichtung der Schulsozialarbeit und eine Vernetzung und Abstimmung der Schulen mit den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe und anderen Angeboten in den Stadtteilen.

Gerade in den Quartieren der Innenstadt bieten Schulhöfe wichtige Freiräume für Kinder und Jugendliche. Von daher wollen wir ein sozialräumliches Konzept für die Öffnung von Schulhöfen unter Einbindung der Stadtteilkonferenzen erarbeiten und für die Umsetzung eine Bündelung von Ressourcen ermöglichen.

Berufliche Bildung

Die Beruflichen Schulen sind in besonderem Maße von den Auswirkungen des technologischen Wandels, der demografischen Entwicklung, der Migration und der Digitalisierung betroffen. Zugleich bietet die duale Ausbildung eine starke soziale Integrationskraft. Aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels wollen wir die Beruflichen Schulen mit ihrer großen Praxisorientierung bei der Schaffung besserer Chancen für Jugendliche unterstützen.

Eine gute Praxisanleitung verlangt auch eine gute Ausstattung. Wir werden den Ausbau des Berufsschulcampus und die zeitgemäße Ausstattung der beruflichen Schulen konsequent vorantreiben.

Wir wollen mit den beruflichen Schulen und dem Netzwerk für Ausbildung und Arbeit die Sichtbarkeit der beruflichen Bildung weiter verstärken und den Dialog zwischen den abgebenden und aufnehmenden Schulen sowie den Ausbildungsbetrieben unterstützen.

Keine Schülerin, kein Schüler darf verloren gehen. Das gilt für alle Schulformen. Wir wollen die vielfältigen Angebote zur Berufsorientierung und Berufswahl der Schulen, der Schulsozialarbeit, der Arbeitsagentur und des kommunalen Jobcenters im engen Verbund mit den Betrieben und Kammern verstärken und weiter ausbauen. Die Möglichkeit einer außerbetrieblichen Berufsausbildung bleibt weiterhin für Wiesbaden ein wichtiges ergänzendes Instrument mit dem herkunftsbenachteiligten Jugendlichen ein Berufsabschluss ermöglicht wird.

Weiterbildung, Volkshochschule und Volksbildungswerke

Lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung sind uns ein großes Anliegen, und wir möchten die verschiedenen Träger entsprechend unterstützen. Besonders wichtig sind uns dabei sprachfördernde

Maßnahmen von der Kita über die Schule bis in den Beruf. Wir werden die Arbeit der Volkshochschule und der dezentralen Volksbildungswerke in den Stadtteilen finanziell absichern und die Institutionen weiterentwickeln, insbesondere mit Blick auf die Fortbildung städtischer Beschäftigter. Wir wollen prüfen, ob die Arbeit der Volkshochschule durch Umwandlung in einen städtischen Eigenbetrieb zukunftssicher organisiert werden kann. Wo es sinnvoll ist, werden wir versuchen, die Honorarverträge der Dozent*innen in Festanstellungen zu überführen.

Hochschulen in Wiesbaden

Zum Bildungsangebot einer Stadt gehören auch die Hochschulen. Wir freuen uns über rund 14.000 Menschen, die in Wiesbaden an der Hochschule RheinMain der Hochschule Fresenius, der European-Business-School und auch an der Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung studieren. Wir unterstützen die Erweiterung und Campuserweiterung der Hochschule RheinMain am Kurt-Schumacher-Ring.

Insgesamt wollen wir die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Landeshauptstadt auch weiterhin in vielen Projekten und Ausstellungen fördern. Zum einen, um deutlich zu machen, dass Wiesbaden auch ein attraktiver Hochschulstandort ist und zum anderen, um als Stadt vom Fachwissen und neuen Ansätzen profitieren zu können.

An den Herausforderungen des Wohnungsmarktes für Studierende werden wir weiterarbeiten und uns beim Studierendenwerk und anderen Betreibern für mehr Wohnheime in Wiesbaden einsetzen, deren Miete den Höchstsatz des BAFöG nicht überschreitet. Wir werden darauf hinwirken, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften einen eigenen Beitrag für bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Azubis leisten.

Sozialindex

Um die Bildungsgerechtigkeit in Wiesbaden zu fördern, werden wir – wie im Schulentwicklungsplan angeregt – einen kommunalen Sozialindex einführen. Damit soll Ungleiches auch ungleich behandelt werden: Schulen, deren Anteil an Schüler*innen aus schwierigen sozialen

Verhältnissen hoch ist, sollen zusätzliche Mittel erhalten. Wir werden diesen Sozialindex in mehreren Stufen einführen: Um sofort tätig zu werden, soll mit den Grundschulen begonnen werden und lediglich ein Indikator, die Kinderarmutsquote im Schulbezirk, als Grundlage für eine Aufteilung von zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln gelten. In einem zweiten Schritt wird aufgrund weiterer Indikatoren, die vor allem die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen berücksichtigen, ein Vorschlag für die Gewichtung und die anschließende Mittelverteilung erarbeitet.

In einem dritten Schritt wird der Sozialindex auch für die weiterführenden Schulen erstellt, da diese Schulen von Schüler*innen aus dem gesamten Stadtgebiet besucht werden, soll hier ebenfalls ein differenziertes Modell erarbeitet werden. Als einen ersten, kurzfristig zu organisierenden Schritt werden wir gemäß der Kinderarmutsquote im Schulbezirk zusätzliche Mittel für das Schulbudget zur Verfügung stellen.

Ganztagschulen

Wir stehen für den Ausbau von Ganztagschulen, vor allem an den Grundschulen. Aus unserer Sicht sind echte Ganztagschulen (gebundene, rhythmisierte Systeme) zu bevorzugen; wir ermutigen daher Grundschulen, am Pakt für den Nachmittag teilzunehmen und Sekundarschulen (Sek I) sich an einem der so genannten Profile des Landes mit verpflichtenden Schulangeboten auch am Nachmittag anzuschließen. Wir werden jeder Schule, die sich auf den Weg macht, ganztägig zu arbeiten, die notwendige Unterstützung anbieten.

Da sich der Bund und die Länder auf einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz ab 2026 geeinigt haben, werden wir die entsprechenden Mittel für den bedarfsgerechten Ausbau vor allem der Gelegenheiten zum Mittagessen und auch der dann notwendigen Personalausweitung für Betreuung und Förderung bereitstellen. Dies immer kombiniert mit der Forderung an Land und Bund, einen Großteil der Investitionskosten, aber auch der notwendigen laufenden Personalkosten zu übernehmen. Auch hier muss gelten: wer bestellt, bezahlt. Die Projektgruppe zum Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, die auf Verwaltungsseite eingerichtet wurde, begleiten wir konstruktiv und

erwarten eine kontinuierliche Berichterstattung über den Fortgang der vorbereitenden Arbeiten.

Keep Clean

Die Sauberkeit in Schulen ist abhängig vom Nutzungsverhalten und damit auch Aufgabe der Schulgemeinde. Es ist allgemein bekannt, dass kollektive Güter wie Sauberkeit und Umweltschutz stärker geschützt werden, wenn man selbst an ihrer Erstellung beteiligt ist. Wir unterstützen daher pädagogische Konzepte die umweltbewusstes Verhalten (z.B. Mülltrennung und Energiesparen) fördern und auch auf Sauberkeit in der Schule achten. Hierfür wollen wir ein Anreizsystem entwickeln, etwa mit einer Kampagne „keep clean“.

Autonomie für Schüler*innen

Wir werden ein Konzept entwickeln, das einen eigenen Haushalt vorsieht, der mit entsprechender pädagogischer Begleitung durch die Schüler*innen selbst verwaltet werden kann. Hiermit wollen wir einerseits die Identifikation mit der Schule selbst stärken, aber auch frühzeitig Projekte gelebter Demokratie in die Schulen einbringen. Dieses Projekt werden wir zunächst an einer Auswahl an Pilotschulen starten und evaluieren.

Wir unterstützen Kooperationen von Schulen mit der Privatwirtschaft nach den Vorgaben des hessischen Schulgesetzes, um zusätzliche praxisorientierte Bildungsangebote sowie eine Verbesserung der Sachausstattung der Schulen zu ermöglichen. Unterrichtsbegleitende Praktika in Unternehmen oder Kooperationen mit Firmen bei der Nutzung von Ausbildungswerkstätten sind denkbare Beispiele.

Leonardo Award

Wir sehen den Leonardo Award der Wiesbaden Stiftung als wichtiges Projekt für Wiesbadener Schüler*innen und Schulen an und werden die Vergünstigungen weiter ausbauen, die für die Teilnehmenden des Awards angeboten werden, . Damit machen wir die Anerkennung der Stadt Wiesbaden deutlich . Zum anderen wollen wir prüfen, inwieweit wir das Projekt „Leonardo Award“, sowie Schüler*innen, die an diesem (oder

anderen Wettbewerben/ Projekten) teilnehmen wollen, anderweitig unterstützen können.

Kultur

Kulturentwicklungsplan und Kulturförderung

Wir sehen uns der Umsetzung des gemeinsam mit Kulturschaffenden und Verwaltung erstellten Kulturentwicklungsplanes in den nächsten Jahren verpflichtet. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir dabei auf die folgenden konkreten Aspekte legen:

- Kulturelle Bildung und Teilhabe
- Kunstsommer
- Festival der freien Bühnen
- Stärkung der freien Kultureinrichtungen
- neue Orte für Kultur. Hierbei wollen wir auch unkonventionelle Wege gehen. Kultur soll einen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leisten.
- Einführung einer unabhängigen Jury als Empfehlung für Förderentscheidungen im Rahmen der bereits erfolgten neuen Förderregelungen für institutionelle Förderungen
- Finanzielle Planungssicherheit für freie Kultureinrichtungen

Bereits in der laufenden Wahlperiode wollen wir eine Evaluation des Kulturentwicklungsplans vornehmen und diesen entsprechend fortschreiben.

Walhalla

Das Einzeldenkmal Walhalla wollen wir sanieren und eine kulturelle Nutzung etablieren. Die Konzeptentwicklung erfolgt in einem ergebnisoffenen Prozess unter Beteiligung des Kulturbeirats. Dabei ist eine zügige Entscheidung notwendig, damit in Aussicht gestellte Drittmittel nicht verfallen. Uns ist bewusst, dass es sich bei der Walhalla nicht nur um ein kulturpolitisches, sondern auch städtebauliches Projekt handelt, das gemeinsam mit der Entwicklung der Mauritiushöfe eine Aufwertung der Fußgängerzone bewirken kann. Daraus ergibt sich auch ein Anspruch an die Nutzung der Walhalla, die für eine Vielzahl an Menschen attraktive

Angebote bereithalten muss. Die Finanzierung der kulturellen Nutzung kann nicht durch Einsparungen bei anderen Kultureinrichtungen erfolgen.

Digitalisierung

Digitalisierung spielt auch in der Kulturpolitik eine wachsende Rolle. Sei es bei der Beantragung und dem Nachweis von Fördermitteln, den Genehmigungsverfahren von Veranstaltungen.

Für den gemeinsamen Austausch aller Akteur*innen (Künstler*innen, Veranstalter*innen, Stadt) wollen wir ein Konzept für eine digitale Plattform gemeinsam mit dem Kulturbeirat erarbeiten. Damit soll auch, mehr Transparenz und eine Vereinfachung bestehender Prozesse erreicht werden.

Schlachthof-Campus

Das ehemalige Schlachthofgelände ist eines der Herzstücke für Kultur in Wiesbaden. Wir wollen in einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob und in welchem Rahmen das Areal weiterentwickelt werden kann. Dabei sollen insbesondere Lösungen für das abgängige Gebäude der Kreativfabrik, der Skatehalle und die Räume des Kontexts gesucht werden. Damit werden die kulturpolitischen Voraussetzungen für eine stadtplanerische Neugestaltung des aufgegebenen Supermarkts und dessen Umfeldes geschaffen. Gleichzeitig können dort auch weitere Ideen geprüft werden, etwa weitere Bedarfe des Schlachthofes selbst oder auch Raum für ein Hip-Hop-Museum.

Staatstheater

Das Staatstheater Wiesbaden ist integraler Bestandteil des Wiesbadener Kulturlebens und einer der großen Leuchttürme, die weit über Wiesbaden hinaus wirken. Wir stehen für den Erhalt aller Sparten des Staatstheaters sowie seiner Spielstätten. Traditionsveranstaltungen wie die Maifestspiele, aber auch disruptive Formate wie die Wiesbaden Biennale sollen fortgeführt und – ebenso wie der normale Betrieb des Hauses – hinreichend finanziert werden.

Sollten in der Wahlperiode erste Beschlüsse hinsichtlich einer grundlegenden Sanierung zu treffen sein, dann setzen wir uns für eine gesonderte Vereinbarung mit dem Land Hessen ein, da die Kosten die städtischen Möglichkeiten mehr als ausreizen.

Besonderes Augenmerk legen wir beim Staatstheater auf die Gewinnung und Bindung einer jüngeren Zielgruppe, aber auch eine weitere Öffnung des Hauses in die Stadt hinein, etwa durch Open-Air-Übertragungen. Besonders für diejenigen Menschen, die aus finanziellen Aspekten oder auf Grund von Schwellenängsten bisher nicht zu den Gästen des Staatstheaters gehören, möchten wir besondere Angebote entwickeln lassen. Die vergünstigte Abgabe von Restkarten an bestimmte Bevölkerungsgruppen wollen wir fortsetzen und auf Azubis und Schüler*innen ausweiten. Projekte zur Teilhabe, wie etwa vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, wollen wir fortsetzen. Wir wünschen uns, dass jedes Wiesbadener Kind in seiner Grundschulzeit mindestens einmal im Staatstheater zu Besuch gewesen ist. Die theaterpädagogische Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas soll auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Kulturbeirat

Der Kulturbeirat ist eine Institution, die für die Kommunikation zwischen Stadtpolitik und Kulturschaffenden unverzichtbar ist. Zu allen kulturpolitisch relevanten Vorlagen wird der Kulturbeirat angehört und seine Arbeit wird auch weiterhin mit entsprechenden Mitteln abgesichert. Der Austausch in der Kulturarbeit, mit den Kulturschaffenden und der gesamten Stadtgesellschaft wird intensiv gefördert.

Stadtmuseum

Die Bedingungen des Stadtmuseums SAM werden spürbar verbessert. Die Ausstattung mit der notwendigen Depotfläche erfolgt kurzfristig. Für Sonderausstellungen sollen zusätzliche Räumlichkeiten außerhalb des Marktkellers zur Verfügung gestellt werden. An einer Perspektive hinsichtlich einer angemessenen Unterbringung des SAM wird gearbeitet.

Brauchtum

Die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich getragenen Heimatmuseen und Brauchtumsvereinen wollen wir gezielt fördern. Auch die Fastnacht ist ein wichtiger Teil des kulturellen Lebens. Wir werden diese weiterhin finanziell und organisatorisch unterstützen.

Erinnerungskultur

Das Gedenken an den Holocaust, die Ermordung unserer jüdischen Mitbürger*innen und das Bewusstsein für die zerstörerische Dynamik des Antisemitismus' ist tief in der Wiesbadener Erinnerungskultur verankert. Dieses werden wir weiter pflegen und an die zukünftigen Generationen weitergeben. Deshalb werden wir wichtige Einrichtungen wie etwa das Namentliche Gedenken, aber auch die Verlegung von Stolpersteinen und das Aktive Museum Spiegelgasse ebenso weiter unterstützen, wie das kulturelle Programm der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden.

Die Würdigung der Menschen im Widerstand gegen die NS-Diktatur durch die im Rathaus-Foyer eingerichtete Gedenkstätte war ein wichtiger Schritt des Erinnerens an die Menschen vor Ort, die trotz Verfolgung für Demokratie und Freiheit einstanden. Zu weiteren Biographien soll recherchiert werden, um sie über die Gedenkstätte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Straßen und Gebäude in Wiesbaden sollen nicht nach Personen benannt sein, die während der NS-Diktatur für die Missachtung von Menschenrechten Verantwortung trugen, antisemitische, rassistische oder antidemokratische Positionen vertraten oder als Wegbereiter der NS-Diktatur anzusehen sind. Wir werden nach Vorlage der Ergebnisse der Historischen Fachkommission zu Namensgebungen entsprechende Schritte einleiten. Im Falle von notwendigen Umbenennungen haben die zuständigen Ortsbeiräte das Recht zu einem neuen Namensvorschlag, dem zu folgen ist, wenn nicht rechtliche oder andere zwingend zu berücksichtigende Gründe dem entgegenstehen. Sollte es hierzu kommen bietet sich die Gelegenheit, das Verhältnis von männlichen und weiblichen Straßenbenennungen zu verbessern.

Städtepartnerschaften

Die Landeshauptstadt Wiesbaden pflegt seit vielen Jahren partnerschaftliche Beziehungen zu insgesamt 17 Städten in Europa, im Nahen Osten und in Lateinamerika. Städtepartnerschaften bieten die Chance, mehr über die Menschen, ihre Kultur und Gepflogenheiten und ihr Alltagsleben zu erfahren. Sie erleichtern es den Bürger*innen, Kontakte zu knüpfen und ermöglichen es Vereinen und Institutionen, an Projekten von gemeinsamem Interesse zu arbeiten. Dabei stehen die Bereiche Kultur, Soziales und Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sowie Jugend und Sport im Mittelpunkt. Wir möchten das internationale Denken, Völkerverständigung und Anerkennung der Menschenrechte fördern und die Toleranz verstärken, denn wo Menschen sich begegnen, werden auch Vorurteile abgebaut. Wir verbinden damit den Auftrag – gerade nach Corona – die Städtepartnerschaften zu intensivieren und werden daher die Arbeit der Partnerschaftsvereine weiter unterstützen. Das bedeutet für uns nicht nur die Finanzierungsrichtlinien für Partnerschaftsvereine zu überarbeiten und die Beträge regelmäßig bedarfsgerecht anzupassen, sondern auch aktiv für mehr Sichtbarkeit und Interesse an den Städtepartnerschaften zu sorgen. Programme wie den Partnerschaftsstand auf dem Weinfest wollen wir durch einen eigenen Stand auf dem Sternschnuppenmarkt ergänzen.

Darüber hinaus stellen Städtepartnerschaften und insbesondere die Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes Eurocities eine Chance für den Austausch auf Arbeits- und Verwaltungsebene dar, mit der best-practice Beispiele gefunden werden können. Gerade bei den gemeinsamen Herausforderungen wie Klimawandel, Städtebau und Mobilität, Demografie oder Digitalisierung kann der Austausch wertvolle Anregungen liefern.

Die Suche nach einer US-Partnerstadt gilt es zu einem Abschluss zu bringen, im Vordergrund steht aber die Absicherung und Stabilisierung der vorhandenen Partnerschaften.

Die Stadtteilpartnerschaften von Schierstein, Naurod, Biebrich, Mainz-Kostheim und Bierstadt stellen eine wichtige Ergänzung der

gesamtstädtischen Städtepartnerschaften dar und werden ebenfalls weiter unterstützt. Mit Blick auf die Verbindung zwischen Schierstein und der ukrainischen Stadt Kamjanez-Podilskyj können wir uns angesichts der aktuellen Lage in der Ukraine vorstellen, diese Stadtteilpartnerschaft zu einer vollen Städtepartnerschaft auszuweiten, sofern das für die ukrainische Seite und die Schiersteiner Vertreter*innen ebenfalls gewünscht ist.

Jugend

Etwa ein Sechstel aller Wiesbadener*innen sind Jugendliche. In der öffentlichen Wahrnehmung werden sie jedoch häufig übersehen oder gar als störend empfunden. Wir erkennen an, dass diese Problematik einen starken Einfluss auf die Wiesbadener Jugendlichen hat. Wir sind zuversichtlich mit den folgenden Punkten spürbare Veränderungen für Jugendliche in Wiesbaden umzusetzen. Wir möchten Jugend zu einem Schwerpunktthema unserer gemeinsamen politischen Arbeit machen. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, UN-Kinderrechte nicht nur als symbolischen Maßstab in der städtischen Arbeit zu sehen, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese aktiven Schutz erfahren.

Für uns ist klar, dass die Corona-Pandemie Folgen mit sich bringt und noch mit sich bringen wird, die sich erst in den kommenden Jahren zeigen werden und auf die wir vorbereitet sein müssen. Auch hierfür werden wir die je nach Bedarf bestehenden Angebote anpassen und Auf- und Nachholprogramme auf den Weg bringen.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass jede*r Jugendliche mit der kommunalen Demokratie in Berührung kommen soll. Hierfür werden wir bestehende Bildungsangebote wie „Jugend im Rathaus“ weiterfördern und prüfen, inwiefern bestehende und neue Bildungs- und Partizipationsangebote noch niederschwelliger gestaltet werden können. Zusätzlich werden wir das Budget des Jugendparlaments und das des Stadtschüler*innenrats erhöhen. Wir wollen uns für eine bessere räumliche Ausstattung und ggf. organisatorische Unterstützung für das Jugendparlament einsetzen. Internationale Begegnungen sind für uns ein wichtiger Beitrag einer starken Zivilgesellschaft und eines demokratischen, friedlichen und solidarischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, an internationalen Begegnungen teilzunehmen. Bildungsangebote in der Jugendarbeit, die Toleranz fördern und sich gegen Rassismus und Antisemitismus wenden, unterstützen wir weiter. Unsere Priorität in der Jugendarbeit liegt bei Jugendlichen, die Benachteiligungen erfahren.

Das vielfältige (ehrenamtliche) Engagement Wiesbadener Jugendlicher, beispielsweise in der Jugendverbandsarbeit, verdient große Wertschätzung.

Gerade im Bereich Jugendarbeit ist uns eine breite Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren wichtig. Das gilt nicht nur für die Jugendgremien, sondern auch für die Vielzahl an freien Trägern, die einen essentiellen Teil in der Wiesbadener Jugendarbeit leisten. Deshalb werden wir mit dem Stadtjugendring, in seiner Funktion als Dachverband der Jugendverbandsarbeit, weiterhin eng zusammenarbeiten und ihn fördern.

Wir verfolgen die Idee eines Jugenddemokratiebildungszentrums. Hier sollen Jugendliche aktiv einbezogen und ihre (Raum-)Bedarfe berücksichtigt werden. Konzeptionell wollen wir die Idee eines internationalen Lern- und Begegnungszentrums in diesem Zusammenhang berücksichtigen.

Weiterhin werden wir alle unsere Möglichkeiten nutzen, dass junge Menschen – nicht nur in Wiesbaden – ab 16 Jahren die einfachste und zugleich auch effektivste Partizipationsmöglichkeit an unserer Demokratie erhalten: das Wahlrecht.

Jugendliche brauchen Räume zum Lernen und zum Feiern

Wir werden die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek bedarfsgerecht erweitern. Wir wollen nicht nur die akademische Bildung, sondern auch die berufliche Bildung fördern. Damit junge Menschen mit ihrer Ausbildungsvergütung Chancen haben, eine bezahlbare Unterkunft zu finden, planen wir ein erstes Wohnheim für Auszubildende in Wiesbaden einzurichten.

Um die Stadt für Jugendliche noch attraktiver zu machen, wollen wir Clubs, Bars und Kneipen einen leichteren Zugang zu geeigneten Räumlichkeiten in der Stadt ermöglichen. Hier werden wir eng mit den Nachtbürgermeister*innen zusammenarbeiten.

Der öffentliche Raum gehört auch den Jugendlichen. Sie können sich hier ohne Konsumzwang treffen und sich ihre Stadt aneignen. Daher wollen wir Treffpunkte wie den „Warmen Damm“ auch künftig für Jugendliche zugänglich halten und sie nicht verdrängen. Die Regeln für ein friedliches

Miteinander wollen wir mit ihnen gemeinsam erproben und weiterentwickeln.

Auch temporäre Angebote für Jugendliche wollen wir fördern.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass geeignete Sport- und Bewegungsangebote im öffentlichen Raum für Jugendliche in der Stadt geschaffen und für selbstbestimmte Nutzungen geöffnet werden.

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Partizipation und Mitgestaltung. Wir führen deswegen für Wiesbadener Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren ein vergünstigtes Hessenticket für maximal 15 Euro im Monat ein, für Kinder und Jugendliche deren Eltern Transferleistungen beziehen (SGB II + XII, AsylBfG, Wohngeld, Kinderzuschlag) wird das Ticket 10 Euro pro Monat kosten. Zudem wollen wir, dass die Jugendlichen auch nachts sicher nach Hause kommen. Deswegen wollen wir die Taktung der Nightliner überprüfen und bedarfsgerecht ausbauen sowie für den Anschluss der äußeren Stadtteile geeignete On-Demand-Verkehre prüfen.

Wir werden das Handlungsprogramm Jugend weiterentwickeln und finanziell absichern. Die Weiterentwicklung soll im Rahmen einer (externen) Evaluation mit Jugendlichen und freien Träger*innen geplant und umgesetzt werden.

In Neubaugebieten werden Jugendtreffpunkte eingeplant und Jugendzentren gefördert. Dabei gilt für uns, dass wir sowohl die Jugendarbeit in den Stadtteilen, als auch die bestehenden Jugendzentren finanziell absichern und freie Räume wie etwa Sportplätze oder andere Treffpunkte anbieten. Auch inhaltlich soll die Wiesbadener Jugendarbeit weiter divers bleiben und eine gute Mischung von kreativen und künstlerischen Angeboten, über Sportmöglichkeiten bis hin zu Orten, an denen Jugendliche in Ruhe chillen können, bieten.

Für uns gehört dazu ein attraktives Ferienprogramm. Wir wollen attraktive, kostenfreie und altersgerechte Angebote, in die die Jugendverbandsarbeit unterstützend eingeplant und durch temporäre Angebote – etwa durch sog. Pop-Up Jugendzentren – ergänzt wird.

Senior*innen

Derzeit sind 20 Prozent der Wiesbadener*innen über 65 Jahre alt, bis 2035 werden es voraussichtlich rund 23 Prozent sein. Der demografische Wandel stellt die kommunale Sozialpolitik in den nächsten Jahren vor neue große Herausforderungen. Angesichts dessen gilt es, die bestehenden guten Strukturen für alte Menschen, wie etwa die flächendeckenden „Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter“, die Netzwerke GeReNet.Wi und das Forum Demenz zu erhalten und entsprechend des Bedarfs zu erweitern. Bei allen Angeboten und Maßnahmen gilt es, Vorhandenes zu verzahnen, Angebotslücken zu identifizieren und gezielt neue Maßnahmen zu implementieren.

Wir wollen, dass Wiesbaden eine lebenswerte und attraktive Stadt für alle Generationen ist, in der alle Senior*innen teilhaben und selbstbestimmt leben können. Bei allen sozialpolitischen Initiativen wollen wir die Bedarfe älterer Menschen im Blick haben: in den Bereichen Gesundheit und Pflege, aber auch bei Bildung, Kultur und Mobilität. Wir treten für vielfältige Altersbilder ein und sehen auch im Lebensabschnitt nach der Erwerbsphase Potenziale für die Stadtgesellschaft. Das Engagement von Senior*innen – unter anderem in den Bereichen Soziales und Kultur – soll zum Wohle aller gefördert werden.

Wir unterstützen den Auf- und Ausbau der Koordinierungsstelle „Age-friendly City“ bei einer/m freien Träger*in der Senior*innenarbeit. In Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, freien Träger*innen und Zivilgesellschaft sollen weitere Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Wohnen, öffentlicher Raum, soziale Teilhabe, Gesundheit und (digitale) Bildung identifiziert und einzelne Schwerpunkte umgesetzt werden. Die Selbstbestimmung und der Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen sind uns dabei ein besonderes Anliegen.

Um niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für ein selbstständiges Leben im Alter auszubauen, prüfen wir, inwieweit Wiesbaden von dem Förderprogramm des Landes für Gemeindepfleger*innen profitieren kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass Senior*innen auch im hohen Alter in ihren vertrauten Quartieren wohnen bleiben können. Dafür ist es wichtig, dass die Nahversorgung gesichert ist, beispielsweise durch Geschäfte für den alltäglichen Einkauf, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung sowie soziale Angebote.

Neben einem guten Netz an ambulanten Dienstleistungen werden künftig mehr innovative teilstationäre Angebote benötigt, wie Pflege-WGs oder Wohnformen, die bei Bedarf Pflegeleistungen bieten. Darüber hinaus setzen wir uns für einen Ausbau qualitativ gut ausgestattete stationäre Pflegeplätze ein und wollen dabei verstärkt migrationspezifische Bedarfe berücksichtigen. Zudem streben wir ausreichende Kapazitäten für eine kultursensible Pflege an. Hier gilt es, insbesondere bestehende Pflegeeinrichtungen bei einer Neuausrichtung zu beraten. Die kommunale Altenplanung soll hierzu fachliche Empfehlungen zur Versorgung älterer Menschen mit Migrationshintergrund erarbeiten.

Bildung und Alter gehören für uns zusammen. Bildungsangebote im Alter müssen sich am individuellen Lebenslauf und an der Lebenswelt älterer Menschen orientieren. Wir wollen die Akademie für Ältere in Wiesbaden als Netzwerk der Bildungsträger*innen in Wiesbaden bei der Koordination und Entwicklung neuer Angebote unterstützen.

Von Einsamkeit betroffene ältere Menschen sind stärker auf Hilfen angewiesen als jüngere. Bei den über 80-Jährigen besteht ein erhöhtes Risiko sozialer Isolation, wenn mehrere Belastungsumstände zusammenkommen. Wir wollen gezielt Modellprojekte in den Quartieren fördern, die sich gegen Einsamkeit im Alter richten. Solche Maßnahmen tragen zugleich zur Sicherheit und einem besseren Sicherheitsgefühl älterer Menschen bei. Um das zu unterstützen, fördern wir auch weiterhin vorhandene Maßnahmen und Angebote etwa zur Aufklärung und zum Schutz vor der vor allem gegen Senior*innen gerichteten wachsenden Betrugskriminalität.

Die Altersarmut droht in den nächsten Jahren anzusteigen und erheblich mehr Menschen als bisher zu treffen. Wir wollen, dass Menschen im Alter in Wiesbaden auch mit wenig Geld gut leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Quartiersbezogene Angebote wie Mittagstische,

Freizeit- und Ausflugsangebote, Repair Cafés und offene Treffs wollen wir ausbauen.

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

Wiesbaden soll als Regenbogenstadt für alle Geschlechter beste Bedingungen bieten.

Bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind wir bereits ein gutes Stück vorangekommen. Nichtsdestotrotz bleibt bei der Frage der Gleichstellung aller Geschlechter noch einiges zu tun.

Wir erkennen den wichtigen und großen Beitrag der Initiativen für Frauen und Mädchen in der Landeshauptstadt Wiesbaden an. Daher sollen sowohl Frauen- und Mädcheneinrichtungen und Beratungsstellen, als auch das kommunale Frauenreferat weiterhin finanziell abgesichert und gefördert werden. Die bestehende Projektmittelfinanzierung werden wir fortführen und ggf. ausbauen.

Städtische Entscheidungen haben eine unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkung auf die Chancengleichheit aller Geschlechter, deshalb wird dies zukünftig grundsätzlich als Prüfpunkt in die Sitzungsvorlagen der städtischen Gremien aufgenommen. Die Bewertung erfolgt durch den jeweiligen Fachbereich.

Straßenbenennung

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen mit unterschiedlichen biographischen Hintergründen, die die Diversität unserer Gesellschaft abbilden, bei der Benennung von Straßen und Plätzen angemessen berücksichtigt werden. Dafür werden wir den Ortsbeiräten Vorschläge wie die Femorial-Liste des Frauenmuseums und Vorschläge für das Gedenken an LSBT*IQ-Menschen mit der Bitte übermitteln, sie vorrangig bei der Benennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden zu berücksichtigen, bis sie ihrem Anteil an der Gesellschaft entsprechend repräsentiert sind.

Gleichstellung

Die Vielfalt der Lebensweisen wollen wir im Stadtbild sichtbar machen. Insbesondere wollen wir die Sichtbarkeit der Menschen aus der

LSBT*IQ-Community, die gegebenenfalls mehrfach diskriminiert werden, erhöhen.

Wir werden die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote für die LSBT*IQ-Community weiter ausbauen, Selbsthilfeinitiativen unterstützen und eine Aufklärungsinitiative an Schulen und Bildungseinrichtungen starten. Wir fördern den Aufbau des queeren Zentrums Wiesbaden und werden mehr Mittel für queere Kulturveranstaltungen, wie z.B. den CSD, im Haushalt ausweisen.

Gender Budgeting

Wir wollen die Vielfalt der Geschlechter auch bei den städtischen Ausgaben abbilden.

Die bei der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits vorhandenen Ansätze zum Gender Budgeting wollen wir weiter ausbauen, um transparent zu machen, wie viele Haushaltsmittel Menschen unterschiedlichen Geschlechts zugutekommen und dies im Sinne der Gleichberechtigung anpassen. Nach dem Vorbild von Städten wie z.B. Freiburg und dem Land Hessen wollen wir ein entsprechendes Verfahren zur Analyse der Budgets einführen. Perspektivisch wollen wir bei unseren Haushaltsentscheidungen der Vielfalt unserer Gesellschaft insgesamt stärker Rechnung tragen.

Prostitution

Wir wollen den Zugang für Prostituierte zu medizinischer und psychosozialer Beratung vereinfachen und unterstützen eine Konzeption für eine niedrigschwellige Beratungsstelle. Zwangsprostitution ist ein großes Problem, auch in Wiesbaden. Ausstiegswillige Prostituierte werden wir in Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Wiesbaden bei der Klärung ihrer finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation, der Suche nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten sowie der Vermittlung in Substitution- oder Therapieangeboten noch besser unterstützen. Wo kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, werden wir den Druck auf Nutzer von Prostitution erhöhen.

Geschlechtergerechte Sprache

Wir wollen in unserer Kommunikation alle Menschen gleichermaßen und wertschätzend ansprechen. Wir werden einen Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache entwickeln. Dabei sollen alle Geschlechter in der Sprache sichtbar sowie Vielfalt und Gleichberechtigung gefördert werden.

Schwangerschaftsberatungen

Die reproduktiven Rechte der Frau sind für uns nicht verhandelbar. Wir unterstützen und setzen uns daher für gute, geschützte und sichere Beratungsmöglichkeiten für Schwangere in Schwangerschaftskonfliktsituationen ein. Das bedeutet für uns einen unbeeinträchtigten, anonymen und freien Zugang zu Beratungsstellen.

Istanbul Konvention

Wir bekennen uns in vollem Umfang zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Mit der jetzt in Wiesbaden eingerichteten Koordinierungsstelle werden wir das entsprechende Handlungsprogramm umsetzen und weiterentwickeln.

Hilfetelefon

Das Hilfetelefon für Frauen in Notsituationen soll breitflächig beworben werden. Um einen möglichst einfachen Zugang zu gewährleisten, soll die Werbung in verschiedenen Sprachen implementiert werden.

Projekte wie „Ist Louisa hier“ sollen in ein Gesamtkonzept gebettet werden, um mehr Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Parität

Wir streben Parität in städtischen Gremien und in der städtischen Verwaltung und den Beteiligungen an. Wir wollen, dass Frauen* auf Podien, in Diskussionsforen und anderen Veranstaltungen sichtbarer

werden. Wir stehen für einen konsequenten Ausbau und die Umsetzung des Frauenförderplans, insbesondere durch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren als Pilotprojekt, Teilzeit- und Sharing-Modelle in Führungspositionen. Darüber hinaus fördern wir das Modell der „kleinen Vollzeit“.

Wir streben den Beitritt zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ an.

Unterbringung schutzbedürftiger Frauen

Wir wollen passgenaue, zielgruppenspezifische Lösungen für Schutzunterkünfte für Frauen in Wiesbaden, für die ein Frauenhaus nicht der richtige Ort ist. Es soll analog zur Regelung in Darmstadt ein Belegungsrecht für Frauen aus Frauenhäusern für öffentlich geförderte Wohnungen geben.

Frauengesundheit

Die Gesundheit von Frauen muss spezifisch betrachtet werden. Wir wollen, dass alle Frauen und Mädchen selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Sexualität entscheiden können. Wir wollen ein Konzept entwickeln, um Frauen und Mädchen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine selbstbestimmte Empfängnisverhütung zu ermöglichen.

Eine gute Ausbildung einer bedarfsgerechten Zahl von Hebammen, sowohl im klinischen als auch im ambulanten bzw. häuslichen Bereich, sind für uns von besonderer Bedeutung.

MINT Programme für Frauen

Wir wollen gezielt Informations- und Bildungsbausteine für Mädchen und Frauen zu Fragen der Berufs- und Lebensplanung, zu Einkommensperspektiven, Interessengebieten und Selbständigkeit/Gründung etablieren, um Mädchen und Frauen für MINT-Berufe zu begeistern.

Demokratie und Beteiligung

Beteiligung/Engagement schafft Zusammenhalt

Eine aktive Stadtgesellschaft ist das Herzstück gelebter Demokratie. Durch eine ausgeprägte Beteiligung der Bürger*innen in unserer Stadt wird diese zu einem lebenswerten Ort für alle.

In Wiesbaden gibt es bereits vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv an der Stadtpolitik zu beteiligen und den eigenen Wohnort mitzugestalten. Diese wurden mit der Einführung der Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung festgeschrieben und die aktive Ansprache der Wiesbadener*innen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung definiert. Diese Praxis wollen wir auch in Zukunft konsequent und in enger Zusammenarbeit mit der Stabsstelle WIEB (Wiesbadener Identität.Engagement.Bürgerbeteiligung) fortsetzen.

Wir möchten alle Wiesbadener Bürger*innen direkt bei ihrer Anmeldung im Bürgeramt dazu animieren, sich aktiv in die Stadtgesellschaft einzubringen. Wir planen deshalb ein informatives Willkommenspaket für alle Neubürger*innen, welches beispielsweise die Angebote des Freiwilligenzentrums, aber auch die Plattform Dein.Wiesbaden kompakt vorstellt und zum Mitgestalten einlädt.

Wir wollen auch die bereits in Vereinen und Verbänden aktiven Wiesbadener*innen so gut wie möglich unterstützen und das Ehrenamt und bürgerschaftliche Engagement noch weiter stärken. Hierzu werden wir die Anerkennungskultur stärken. Ebenso wollen wir die vielen Engagierten im Hintergrund der Vereine und die Menschen, die sich außerhalb klassischer Vereinsstrukturen beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe engagieren, würdigen und in ihrem Engagement unterstützen.

Die Servicestelle für Vereine, das Freiwilligenzentrum, das Bürgerkolleg sowie andere unterstützende Einrichtungen sind hierbei wichtige Anlaufstellen für Ehrenamtliche und Vereine. Ihre Angebote sollen noch weiter bekannt gemacht werden, damit durch sie alle Personen und Vereine mit Unterstützungsbedarf erreicht werden. Als Treffpunkt und Veranstaltungsort wollen wir Vereinen die Nutzung der Bürgerhäuser auch weiterhin kostenfrei ermöglichen. Die Bürgerhäuser sollen – soweit noch

nicht vorhanden – mit WLAN ausgestattet werden und über das digitale Angebot der Stadt einfach online buchbar sein.

Die Vergünstigungen für das Ehrenamt sollen ein Update bekommen und leichter für die Engagierten zugänglich sein. Sie sollen mit anderen Rabattkarten zusammengeführt und in eine umfassende WiesbadenCard integriert werden. Dadurch soll das Ehrenamt insgesamt attraktiver und der Anreiz erhöht werden, Vergünstigungen für Karteninhaber anzubieten. Die WiesbadenCard kann so auch einen Beitrag zur Identifikation mit unserer Stadt leisten. Wir wollen die Ehrenamtlichen darüber hinaus weiterhin durch vergünstigte und kostenlose Fortbildungen unterstützen.

Speziell für junge Menschen möchten wir Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement attraktiver machen. Deshalb wollen wir bereits in Schulen die Angebote zur Beteiligung bekannter machen, und die Schüler*innen motivieren, sich aktiv in die Stadtgesellschaft einzubringen.

Es wurden aber auch neue Formate der Beteiligung geschaffen, welche Menschen ansprechen, die sich an herkömmlichen Formaten nicht beteiligt hätten. Ebenso ist die Bereitschaft und auch Erfahrung der Nutzung digitaler Angebote deutlich gestiegen, Schwellenängste sind geringer geworden. Wir wollen diesen Schwung nutzen und eine digitale Plattform schaffen, mit der die Angebote zum Thema Bürgerbeteiligung und Ehrenamt zusammengefasst werden. Diese soll unter anderem das Angebot von Dein.Wiesbaden.de leichter zugänglich machen. Wir wollen, dass sich möglichst alle interessierten Wiesbadener*innen an den Prozessen beteiligen können und dass die Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt bekannter werden. Dazu werden wir die Öffentlichkeitsarbeit für Bürgerbeteiligungsprozesse weiter ausbauen und die Umgestaltung von Dein.Wiesbaden.de dazu nutzen, auch andere Möglichkeiten des Engagements für die Stadtgesellschaft, wie sie z.B. vom Freiwilligenzentrum vermittelt werden, in die Plattform zu integrieren.

Die Vorhabenliste der Leitlinien für Bürgerbeteiligung soll umgestaltet und mit dem Politischen Informationssystem Wiesbaden (PIWi) direkt verbunden werden. Dadurch können alle leichter erfahren, was gerade in der Wiesbadener Stadtpolitik passiert und wie sie sich daran beteiligen können.

Die Aufgabe der Beiräte ist es, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zu bestimmten Themen zu beraten. Dabei wollen wir die Beratungsgremien des Magistrats bestmöglich unterstützen. Hierzu streben wir an, die verschiedenen Beiräte der Stadt in PIWI abzubilden.

Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie

In Wiesbaden leben Menschen aus 170 Nationen und unterschiedlichsten Milieus gut und nachbarschaftlich zusammen. Sie prägen unsere Stadt mit und sind fester Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Wiesbaden ist eine weltoffene, aufgeschlossene und tolerante Stadt. Wir wollen, dass das so bleibt.

Diskriminierende, antisemitische und rechtsextremistische Einstellungen sind aus unserer Gesellschaft nie gänzlich verschwunden und verfestigen sich seit einiger Zeit in neuen Erscheinungsformen und Gruppierungen. Spätestens mit dem Mord an Dr. Walter Lübcke und den terroristischen Anschlägen in Halle und Hanau gibt es keinen Zweifel an der eindeutigen Bedrohung durch den Rechtsextremismus und dessen brutales und mörderisches Vorgehen. Dem treten wir entschlossen und deutlich in allen Bereichen entgegen. Wir sehen, dass einige Menschen mit Angst und Verunsicherung auf veränderte Lebenswelten und für sie neue Lebensformen reagieren. Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dürfen jedoch niemals die Antwort darauf sein.

Das umfassende, oftmals auch ehrenamtliche Engagement von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen, freien Träger*innen und Initiativen aus unterschiedlichsten Bereichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bereichert unsere Stadtgesellschaft. Dies werden wir weiterhin fördern und unterstützen.

Auch die queere Szene sieht sich vor der wachsenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bedroht. Um Vorbehalte abzubauen und mehr Aufklärung zu betreiben, werden wir die Szene unterstützen.

Politische Bildung soll grundgesetzwidrige und demokratiegefährdende Entwicklungen erkennen und benennen und muss deshalb gerade in der Kommune stetig betrieben werden – für alle Menschen, im Sinne der

Sensibilisierung von Multiplikator*innen für rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Tendenzen und als Hilfe für Betroffene. Wir fördern deshalb gezielt Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren. Auch die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt ist. Wir werden deshalb die Anlaufstelle für Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Regelangebot ebenso weiterführen und bedarfsgerecht unterstützen wie das Bildungsprogramm X-Dream der Initiative Spiegelbild. Gleiches gilt für das Projekt „Kommunale Beratungsstelle Salafismus“ des VIBIS e.V. sowie die vom Amt für Zuwanderung und Integration koordinierte Plattform Extremismus.

Die Kriminalisierung von aus Seenot geretteter Menschen lehnen wir ab. Wiesbaden bleibt „Sicherer Hafen“. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundes- und Landesebene die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch praktisch umsetzen zu können. Es muss in einem zivilisierten Land Konsens sein, dass vom Ertrinken bedrohten Menschen geholfen wird.

Gerade im Bereich der Sicherheitsorgane darf es keinen Platz für Intoleranz und Diskriminierung geben, da hier zusätzlich zum Grundproblem Rassismus ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber dem Staat droht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtpolizei und die Ordnungs- und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung in Bezug auf diskriminierende und rechte Strukturen und Positionen entsprechend sensibilisiert und geschult werden.

Bürger*innenbudget für Wiesbaden ab 2024

Wiesbaden soll ab 2024 ein Bürger*innenbudget erhalten. Anders als beim Konzept des Bürger*innenhaushalts sind Bürger*innenbudgets einfach zugänglich und bieten eine unmittelbare Beteiligungsmöglichkeit. Hier haben die Bürger*innen Zugriff auf einen bestimmten Teil des kommunalen Haushalts (Bürger*innenbudget).

Alle können einzeln oder als Verein bzw. Organisation Vorschläge für Projekte oder Ideen einreichen, die durch ein solches Budget finanziert werden sollen. Auch Ortsbeiräte sollen sich beteiligen können. Über die

vorgeschlagenen Maßnahmen stimmen die Bürger*innen anschließend digital ab. Insbesondere werden wir Anstrengungen unternehmen, hierbei auch bislang bei kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten stark unterrepräsentierte Gruppen und Milieus mit einzubinden.

Integration und Geflüchtete

Die Wiesbadener Stadtgesellschaft ist vielfältig. Menschen mit familiären Wurzeln in den unterschiedlichsten Ländern der Erde haben hier ihr Zuhause und prägen das Zusammenleben in dieser Stadt. Diese gewachsene Diversität – die auch andere Unterschiede, etwa in Bezug auf Alter und Geschlecht umfasst – ist eine große Bereicherung. Sie stellt Politik und Gesellschaft aber auch vor neue Aufgaben. So gilt es, gegen Diskriminierung vorzugehen, die Menschen etwa aufgrund ihres Namens, ihres Aussehens, ihres familiären Hintergrunds, ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihrer religiösen Weltanschauung erfahren. Zudem gibt es deutliche Unterschiede bei der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

Unter Integration verstehen wir „die dauerhafte Aufgabe, einen gleichberechtigten Zugang zu und eine diskriminierungsfreie Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft herzustellen sowie den konstruktiven Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit zu befördern.“ (Wiesbadener Integrationskonzept 2022–2026). Integration zielt nicht auf Anpassung an eine wie auch immer geartete Leitkultur, sondern auf ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt auf Grundlage der in unserem Grundgesetz verankerten demokratischen Prinzipien.

Dazu gehört, Partizipation in allen Bereichen auszuweiten und Wiesbadens Vielfalt sichtbarer zu machen. Deswegen streben wir an, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte, vielfältigen interkulturellen Erfahrungen und sprachlichen Kompetenzen in der Verwaltung und städtischen Beteiligungen zu erhöhen und eine am Leitbild der Diversität orientierte Personalstrategie zu verankern. Dazu gehört es für uns auch, öffentliche Verwaltungen für diskriminierende und extremistische Strukturen zu sensibilisieren. Alle kommunalen Politikfelder wollen wir systematisch auf ihren Umgang mit Vielfalt durchleuchten. Dazu prüfen wir den Beitritt zum Interkulturellen Städteprogramm des Europarats (ICC) und die Übernahme von Prinzipien dieses Programms in die städtische Verwaltung.

Ein offenes, vorurteilsfreies Miteinander stärkt den Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir fördern deswegen zivilgesellschaftliche Projekte, die auf Dialog und Austausch auf Augenhöhe setzen und so zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen beitragen. Migrant*innenselbstorganisationen wollen wir ebenso stärken wie ehrenamtliche Patenschaftsprojekte, die als Brückenbauer*innen wirken. Wir wollen mit den Wiesbadener Religionsgemeinschaften in Austausch treten, um mit ihnen gemeinsam Formen für eine Ausweitung und Verstetigung des interreligiösen Dialogs zu entwickeln – wie beispielsweise einen Rat oder Runden Tisch der Religionen.

Das Integrationsmonitoring wollen wir perspektivisch zu einem Diversitätsmonitoring weiterentwickeln, das migrationsspezifische Erfahrungen von Ungleichheit, Partizipationsdefizite und die Chancen einer heterogenen Stadtgesellschaft in den Blick nimmt. Durch eine externe Evaluation und eine integrierte Sozialberichterstattung wollen wir die Wirkung der Programme kontinuierlich verbessern.

Die sprachliche Verständigung bei Behördengängen wollen wir durch einen niedrigschwelligen Zugang zu Sprach- und Kulturmittler*innen erleichtern. Außerdem wollen wir Behördeninformationen sukzessive in einfacher Sprache zugänglich machen.

Unserer Überzeugung nach ist es ungerecht, wenn einige Menschen dieser Stadt (wohnungslose Menschen, Migrant*innen ohne EU-Staatsbürgerschaft) kein kommunales Wahlrecht haben. Deswegen setzen wir uns über den Hessischen Städtetag dafür ein, dass sich das ändert.

In unserer kommunalen Integrationsstrategie legen wir in den kommenden Jahren einen besonderen Fokus auf die Unterstützung von Neuzugewanderten und Geflüchteten, um ihnen schnellstmöglich eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Hierbei spielen Spracherwerb, Zugang zum Arbeitsmarkt und eine offene Willkommenskultur in Behörden und allen Bereichen der Stadtgesellschaft eine entscheidende Rolle. Dabei legen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen Wert. Besonders vulnerable Gruppen wie alleinstehende Frauen und Kinder sowie LSBT*IQ-Menschen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Die

psychosoziale Betreuung von Menschen mit Fluchterfahrung wollen wir erhalten und wenn möglich ausbauen.

Wir bekennen uns zur bewährten Wiesbadener Linie der dezentralen Unterbringung geflüchteter Menschen in möglichst kleinen Gemeinschaftsunterkünften im gesamten Stadtgebiet. Gleichzeitig zeigt der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Aufnahme von 2.500 Menschen allein im März 2022, dass die Nutzung großer Unterkünfte jedoch nicht per se ausgeschlossen werden kann.

Grundsätzlich soll der Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften zeitlich begrenzt sein und vor allem dem Ankommen und der ersten Orientierung dienen. Im Anschluss sollte möglichst schnell der Umzug in eine Wohnung erfolgen, hierfür ist vor allem ausreichend bezahlbarer Wohnraum erforderlich. Aufgrund fehlender landes- bzw. bundesrechtlicher Vorgaben orientiert sich Wiesbaden bei der Unterbringung von Asylbewerber*innen, Geflüchteten und anderen Menschen ohne Wohnsitz an den Vorgaben des Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes.

Im Zuge der jüngsten Neuanmietungen und der Unterbringung von unfreiwillig Wohnungslosen wird eine Überarbeitung der Unterbringungssatzung nötig sein. Diese wollen wir nutzen, um die Umsetzung der Härtefallregelungen, zum Beispiel für Selbstzahler*innen, in anderen hessischen Städten zu betrachten und für Wiesbaden zu diskutieren.

Angesichts der großen Zahl geflüchteter Frauen und Mädchen fördern wir spezielle Angebote zur Beratung und Unterstützung bei analoger wie digitaler Gewalt sowie Bildungs- und Digitalisierungsangebote von Fraueninitiativen, insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund.

Sport

Sport trägt zu Gesundheit und Wohlbefinden bei und ist durch seine sozialintegrative Wirkung ein wichtiger Teil einer aktiven Stadtgesellschaft. Deshalb sollen Sportvereine für alle sozialen Schichten zugänglich sein und eine Mitgliedschaft nicht vom Einkommen abhängen. Dazu stellt die Stadt Wiesbaden den Rahmen durch die Bereitstellung und Ausbau der Sporteinrichtungen, die den Vereinen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Gerade der Breitensport bietet gute Möglichkeiten alle Bürger*innen gleichermaßen anzusprechen und die Stadtgemeinschaft zu stärken.

Gesamtgesellschaftliche Tendenzen wie zunehmende Individualisierung, Leistungsdruck und Rücksichtslosigkeiten lassen sich auch im Sport erkennen. Aggressionen werden durch Zuschauer*innen und die Sportler*innen selbst ausgetragen, häufig richten sie sich gegen Schiedsrichter*innen. Wir werden daher gemeinsam mit dem Sportkreis, dem Kreisfußballausschuss und den Vereinen deren Initiativen zu einem fairen Miteinander auf Wiesbadens Sportplätzen unterstützen.

Initiativen gegen Gewalt, Hetze und Rassismus im Sport wollen wir ideell und finanziell stärker fördern und Sportvereine bei ihrem sozialen oder ökologischen Einsatz besonders unterstützen.

Wir wollen einen Schwerpunkt auf die Förderung altersgerechter Bewegungsformen legen. Hierzu werden wir mehr wetterfeste Sportgeräte in öffentlichen Anlagen schaffen, die alle Altersgruppen ansprechen und für Senior*innen, junge Erwachsene, sowie Kinder und Jugendliche gleichermaßen eine kostenfreie Möglichkeit bieten, sich sportlich zu betätigen. Wir unterstützen Vereine außerdem darin, regelmäßige Sport- und Fitnessstage in Zusammenarbeit mit Schulen, Stadtteilsozialarbeit, Senior*inneneinrichtungen und anderen Institutionen der Stadt einzuführen, um Bewegung in jedem Alter zu fördern sowie altersübergreifende, sportliche Betätigung zu stärken – unabhängig vom Einkommen.

Moderne Sportstätten

Die Wiesbadener Sportstätten sind teilweise in die Jahre gekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Sportstätten und Funktionsgebäude möglichst nachhaltig modernisiert und in einen guten Zustand versetzt werden. Deshalb werden wir die Priorisierungsliste für die Sanierung der Sporthallen regelmäßig aktualisieren und konsequent abarbeiten. Für die Funktionsgebäude planen wir zwei Sanierungen pro Doppelhaushalt. Falls Neubauten notwendig sind, werden wir eine Modulbauweise aus vorgefertigten Gebäudeteilen prüfen, um Bauzeiten und Kosten zu sparen.

Weitere wichtige Vorhaben sind für uns der Helmut-Schön-Sportpark und das Schwimmende Bootshaus. Wir möchten beide Projekte in enger Abstimmung mit den jetzigen und zukünftigen Nutzer*innen fortführen. Gerade in Verbindung mit dem Neubau der Sporthalle Wettiner Straße kommt dem Helmut-Schön-Sportpark eine besondere Bedeutung als Bindeglied zwischen Schul-, Vereins- und Leistungssport zu.

Die Erweiterung der bestehenden Laufbahn ermöglicht dann die Durchführung von Meisterschaften auf Landesebene.

Oberstes Ziel für das Schwimmende Bootshaus ist der Erhalt des Rudersports im Schiersteiner Hafen. Deshalb werden wir schnellstmöglich eine passende Interimslösung zur Verfügung stellen. Mittelfristig wird ein neues Bootshaus benötigt, das möglichst zeitnah geplant und errichtet werden soll. Hierbei soll in Abstimmung mit den Nutzer*innen die bestmögliche Lösung gefunden und der dazu eingerichtete Runde Tisch weitergeführt werden. Insgesamt wollen wir den Charakter des Schiersteiner Hafens als Freizeithafen stärken und die Wasserfläche in vollem Umfang erhalten.

Wir werden die Umwandlung von Hart- in Kunstrasenplätze entsprechend der bestehenden Prioritätenliste abschließen. Pro Doppelhaushalt werden wir darüber hinaus zwei Kunstrasenplätze sanieren. Dabei verzichten wir auf Gummigranulat und prüfen umweltschonende Alternativen, um das Mikroplastikproblem zu vermeiden.

Die voranschreitende Individualisierung des Sports wurde durch die Einschränkungen in der Pandemie beschleunigt. Die Sportvereine haben teilweise deutlich an Mitgliedern verloren. In dieser Situation wollen wir den Wiesbadener Sportvereinen weiterhin ein guter Partner sein. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die kostenfreie Nutzung der Sportanlagen durch den Vereinssport. Durch ein Sportfest der Vereine soll diesen die Möglichkeit gegeben werden, die Leistungsfähigkeit und Vielfalt des Wiesbadener Sports darzustellen, um so auch neue Mitglieder zu gewinnen.

Auch die nicht vereinsbezogenen Sportarten werden wir stärker unterstützen. Hierzu werden wir die Sportstätten funktionaler gestalten, um solche Sportmöglichkeiten zu schaffen. Wir werden im Zuge dessen Joggingstrecken ausweisen bzw. ausbauen und im innerstädtischen Bereich, wenn nötig, besser beleuchten. Außerdem werden wir Trendsportarten fördern. Freiluftsport und Bewegung werden wir durch Trimmgeräte zur freien Nutzung in Parks, auf Plätzen und sonstigen Flächen weiter unterstützen. Außerdem werden wir mehr frei zugängliche Sportflächen wie Bolzplätze, Calisthenics-Anlagen oder Beach Volleyball-Felder schaffen. Wir werden das Rhein-Main Ufer-Konzept mit seinen zahlreichen geplanten neuen Sport- und Freizeitmöglichkeiten zeitnah umsetzen.

Sport & Wellness: Wiesbadens Bäderlandschaft

Wiesbaden ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt für seine Bäder und Thermen. Wir werden die seit einigen Jahren verfolgte Sanierungsoffensive fortsetzen und dafür Sorge tragen, Wiesbadens Bäderlandschaft in einen technisch einwandfreien und modernen Zustand zu versetzen. Deswegen werden wir den städtischen Bäderbetrieb mattiaqua auch weiterhin finanziell unterstützen. Wir werden außerdem die Attraktivität der Bäder weiter erhöhen, indem wir zusätzliche Angebote in Form von Veranstaltungen, Kursen und sportpädagogischen Konzepten einführen, welche beispielsweise auch in der Wintersaison stattfinden können. Nachdem wir kostenfreies Schwimmen für Kinder und Jugendliche eingeführt haben, prüfen wir die Einführung eines Abendtarifs für

Erwachsene und evaluieren die gesamte Tarifstruktur regelmäßig im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Nutzerfreundlichkeit.

Der Sportpark Rheinhöhe ist das Wiesbadener Vorzeigeprojekt in Sachen nachhaltiger Sportstätten. Die Umsetzung und Fertigstellung wollen wir weiter zügig vorantreiben und möglichst zeitnah über die Ausführungsvorlage entscheiden, damit in Wiesbaden Schwimmen und Eissport weiterhin eine Zukunft haben.

Wiesbadens Spielplätze

Die Sanierung der Wiesbadener Spielplätze werden wir auf Grundlage einer Prioritätenliste fortsetzen, um attraktive und wohnortnahe Spielmöglichkeiten zu gestalten. Zur Finanzierung werden wir nach Möglichkeit auf Fördermittel zurückgreifen. Besonders in dicht besiedelten Quartieren sind Spiel- und Freizeitflächen ein wichtiges Angebot und bieten eine niedrighschwellige Freizeitmöglichkeit. Wasserspielplätze kommt gerade in der Innenstadt eine besondere Rolle zu, denn sie dienen nicht nur als Freizeitort ohne Konsumzwang, sondern sorgen auch für die Abkühlung des Mikroklimas in der Stadt.

Wir werden weiterhin Anwohner*innen und insbesondere deren Kinder bei der Planung von Spielplätzen beteiligen, damit sich die Projekte an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientieren. Außerdem soll bei neuen Vorhaben auf Spielgeräte geachtet werden, die den Gedanken der Inklusivität beachten, damit die Spielplätze ein Ort für alle Kinder sind.

An ausgewählten Spielplätzen werden wir Spielplatzscouts einführen, die als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen und auch für Reinigung und Pflege des Geländes sorgen. Zudem wollen wir möglichst viele Spielplätze mit öffentlichen Toiletten ausstatten.

Die Freizeit-, Kultur- und Erholungsfläche Neroberg ist ein beliebter Anlaufpunkt für Familien. Wir möchten dieses Naherholungsgebiet gemeinsam mit den Nutzer*innen und der Nachbarschaft erhalten und weiterentwickeln.

Veranstaltungen von besonderer Bedeutung

Im Rahmen des Host Town Programms für die Special Olympics im nächsten Jahr wird Wiesbaden ein großartiger Gastgeber sein, und wir werden dies nutzen, um im Rahmen des Programms inklusive Sportangebote in Wiesbaden bekannter zu machen und weiter zu fördern.

Das Pfingstturnier und der City Biathlon sind Sportgroßveranstaltungen von besonderer Bedeutung für Wiesbaden, die nicht nur eine breite Teilnahme aus der Wiesbadener Bevölkerung erfahren, sondern auch viele Menschen von außerhalb nach Wiesbaden locken. Diese und weitere Veranstaltungen wollen wir weiter unterstützen. Sportgroßveranstaltungen in unserer Stadt werden wir in Zukunft möglichst nachhaltig und umweltfreundlich gestalten.

Sicherheit

Wiesbaden ist eine sichere Stadt. Gleichzeitig entspricht dieses Faktum nicht der gefühlten Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in der Stadt. Nicht nur ältere, sondern auch jüngere Menschen fühlen sich an bestimmten Orten (z.B. die abendliche Fußgängerzone, Bushaltestelle Platz der deutschen Einheit) unwohl.

Für Sicherheit ist zuerst die Landespolizei zuständig. Wir setzen uns für eine verstärkte Präsenz der Landespolizei, und zwar auch in Form der Fußstreife, insbesondere an Wochenenden in der Innenstadt und an besonders betroffenen Bushaltestellen und Plätzen ein.

Sicherheit ist auch eine Frage der Baulichkeit. Verwinkelte Gassen, schlecht ausgeleuchtete Straßen und Plätze haben negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Wir werden systematisch überprüfen, welche Optimierungspotentiale bestehen und dabei insbesondere Projekte etablieren, die die Sicherheit von Frauen betreffen.

Ferner wollen wir spezielle Sicherheitsprojekte für Frauen erarbeiten und das Schilderkonzept „You’ll never walk alone“ in der Wiesbadener Innenstadt ausweiten.

Das Landesprogramm „Kompass“ setzen wir in Wiesbaden fort. Im Falle einer Straftat ist insbesondere bei jugendlichen Täter*innen eine schnelle Reaktion der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz notwendig. Das Haus des Jugendrechts werden wir deshalb weiter finanziell unterstützen.

Videüberwachung

Videüberwachung verhindert keine Verbrechen, sondern verlagert diese häufig nur. Allerdings kann Videüberwachung die Tataufklärung erleichtern. Auf der anderen Seite bedeutet eine Überwachung des öffentlichen Raums auch Eingriff in die Grundrechte der Menschen.

Deshalb ist der Einsatz von Videüberwachung nur in engen gesetzlichen Grenzen möglich. Einer erneuten Ausweitung der Videüberwachung stehen wir kritisch gegenüber und sehen aufgrund aktueller Daten dazu keinen Bedarf. Sollte sich dies ändern, dann ist eine breite politische

Diskussion – insbesondere mit möglicherweise betroffener Nachbarschaft – notwendig. Dies ist zuletzt bei der Einrichtung der Videoüberwachung im Umfeld des Schlachthofes/Hauptbahnhofes nur unzureichend vorgenommen worden.

Wir werden die bestehenden Kamerastandorte evaluieren. Die Anwendung einer Gesichtserkennungssoftware lehnen wir ab.

Alkoholverbotszonen

Die bestehenden Alkoholverbotszonen haben das Problem der offenen Trinker*innenszene nicht gelöst, sondern häufig nur an andere Orte verlagert. Allein repressive Maßnahmen beseitigen die Ursachen der Probleme nicht. Es gibt kein Allheilmittel, um dieses großstädtische Problem in den Griff zu bekommen. Vielmehr bedarf es einer differenzierten Herangehensweise aus sozialpolitischen Unterstützungsmaßnahmen und ordnungspolitischen Sanktionen. Gerade weil alkoholranke Menschen durch Verbote noch mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, braucht es einen weiteren Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit sowie die Einrichtung möglichst kostenfreier öffentlicher Toiletten. Um Betroffenen Struktur in ihrem Tagesablauf zu ermöglichen, werden wir auch die Übernahme unkonventioneller Projekte aus anderen Städten prüfen.

Im Rahmen der Prävention des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen werden wir das erfolgreiche Projekt „Halt!“ fortsetzen. Die Kontrollen zur Abgabe von Alkohol an Minderjährige werden wir weiter intensivieren, auch durch entsprechende Testkäufe.

Zukunft der Waffenverbotszone

Seit drei Jahren besteht besteht in der Wiesbadener Fußgängerzone eine Waffenverbotszone. In diesem Zeitraum sind 51 Waffen und 121 gefährliche Gegenstände sichergestellt worden. Aber auch in der Waffenverbotszone werden trotz Kontrollen weiterhin schwere Gewalttaten begangen. Gleichzeitig wird durch die Vielzahl der Kontrollen (ca. 7.800) in erheblichem Umfang in Grundrechte eingegriffen.

Aufgrund der Corona-Pandemie werden wir den Zeitraum zur Evaluation bis zum 30.09.2023 verlängern und bei der Bewertung der Ergebnisse sehr genau prüfen, ob die Waffenverbotszone, rechtlich, politisch und auch finanziell im Verhältnis zu den Ergebnissen steht und dazu externe wissenschaftliche Unterstützung hinzuziehen. Eine Beendigung des Projektes ist dabei nicht ausgeschlossen.

Unabhängig davon werden wir Präventionsprogramme bezüglich des Mitführens von Messern (Landesprogramm „Messer machen Mörder“) unterstützen und ausbauen, die gezielt junge Menschen ansprechen. Ziel dabei ist es, insbesondere das Gefährdungsrisiko für andere Menschen, aber auch sich selbst durch das Mitführen von Messern und anderen gefährlichen Gegenständen vor Augen zu führen. Die guten Erfahrungen aus dem alkoholbezogenen Präventionsprojekt „Halt!“ wollen wir dabei möglichst übertragen.

Zukunft der Stadt- und Verkehrspolizei

Die Trennung von Stadtpolizei als Ordnungsbehörde einerseits und Verkehrspolizei andererseits werden wir nicht fortsetzen und stattdessen Ordnungs- und Verkehrspolizei wieder in einer Struktur zusammenführen. Wir wollen, dass die Stadtpolizei verstärkt mit Fußstreifen unterwegs ist und sichtbarer wird. Eine Ausstattung der Stadtpolizei mit Schusswaffen oder Tasern lehnen wir ab.

Wir stehen für gut ausgebildete hauptamtliche Sicherheitskräfte. Einen freiwilligen Polizeidienst lehnen wir deshalb ab. Ordnungskräfte sollen in ihrer interkulturellen und geschlechtsspezifischen Kompetenz gestärkt werden. Dazu werden verpflichtende Kurse fest im Aus- und Fortbildungs-Curriculum verankert, um Szenecodes zu erkennen und insbesondere Praktiken wie Racial Profiling und rechtsextremen Tendenzen bereits im Vorfeld entschieden entgegenzuwirken.

Übergriffe auf Sicherheits- und Rettungskräfte

Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist von großer Bedeutung für die Sicherheit unserer (Stadt-)Gesellschaft. Daher verurteilen wir die Behinderung von Einsätzen oder gar Angriffe gegen

Einsatzkräfte auf das Schärfste. Als Stadt unternehmen wir erforderliche Maßnahmen, um unsere Einsatzkräfte durch gute Ausrüstung zu schützen und fordern den gesellschaftlichen Respekt vor ihrer Tätigkeit ein. Dazu können auch entsprechende Werbekampagnen beitragen.

Feuerwehr und Rettungskräfte

Auf unsere Feuerwehr und Rettungskräfte ist Verlass. Als Arbeitgeber*in ergibt sich für die Kommune eine große Verantwortung für die Kolleg*innen, die bereit sind, ihr Leben für Dritte zu riskieren. Wir werden daher die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um eine moderne Sicherheitsausrüstung und gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Hierzu gehören insbesondere ausreichend Personal zur Verminderung der Überstunden, Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Beamtenlaufbahn. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob im Rahmen der Gehaltsstufen zusätzliche Anreize geschaffen werden können. Gerade bei der Ausbildung wollen wir die Feuerwehr stärken und eine eigene Ausbildungsabteilung mit eigenem Schulungszentrum errichten, um den Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzutreten. Hierbei versuchen wir auch, finanzielle Unterstützung von Land und Bund zu erhalten.

Die Feuerwache 1 ist in die Jahre gekommen. Wir streben an, innerhalb dieser Wahlperiode ein Konzept für einen Standort zu entwickeln.

Bei den zahlreichen freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen in der Stadt erkennen wir das Ehrenamt besonders an. Deshalb ist auch hier eine Modernisierung von Technik notwendig, ebenso wie die Möglichkeit zur Fortbildung. Für die teils maroden Gerätehäuser werden wir eine Prioritätenliste erstellen lassen und zeitnah damit beginnen, diese abzuarbeiten.

Die intensive Nachwuchsarbeit im Bereich von Feuerwehr und Katastrophenschutz werden wir beibehalten – in Mini- und Jugendfeuerwehren wachsen die ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrfrauen und -männer der nächsten Generationen heran. Dass die Freiwilligen Wehren zusammen mit dem Kreisfeuerwehrverband diesen Nachwuchskräften nicht nur den Brandschutz näher bringen, sondern

auch demokratische und soziale Werte, ist ein nachhaltiger Gewinn für Wiesbaden. Wir werden die Verbände dabei unterstützen, auch hier die Diversität unserer Stadtbevölkerung noch besser abzubilden.

Präventionsrat

Um die Steuerung und Entwicklung von Ansätzen zur Vorbeugung und Verhütung von Straftaten weiterhin zu verbessern, werden wir die qualitätsvolle Arbeit des Wiesbadener Präventionsrates fortführen. Wir möchten, dass der Präventionsrat sein Angebot in Bezug auf Extremismusbekämpfung für Schulen ausweitet.

Täter*innenarbeit

Wir wollen Täter*innen stärker in die Verantwortung nehmen und dazu die Täter*innenarbeit ausbauen. Im Sinne einer wirkungsvollen Prävention mit dem Ziel der Verhaltensänderung werden wir mehr Beratungsangebote und Anti-Gewalt-Programme für Täter*innen häuslicher und sexueller Gewalt, wie z.B. „BIZeps“, fördern. Wir wollen eine Vernetzung bestehender Beratungs- und Schulungskapazitäten für Polizei, Justiz und Ehrenamtliche fördern und – wo nötig – neue Angebote schaffen. Es ist essentiell, dass alle Beteiligten ausreichend gegenüber Gewalt und deren Erscheinungsformen sensibilisiert werden.

Finanzen, Beteiligungen und Revision

Die Koalitionsparteien sind sich der schwierigen Haushaltslage bewusst, die maßgeblich durch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine beeinflusst wird. Zugleich steht die Kommune vor einer Vielzahl aktueller Herausforderungen, die ein zeitnahes Handeln der Stadt erforderlich machen.

Nachhaltig, innovativ, fair und sozial – ein starker Standort braucht eine solide Finanzpolitik. Dazu bekennen wir uns als Bündnis in der laufenden Wahlperiode. Dabei wird es zwingend notwendig sein, zwei außerordentliche Herausforderungen gemeinsam zu meistern: Einerseits erfordert eine wachsende Stadt wie Wiesbaden enorme finanzielle Anstrengungen. Es müssen Schulen gebaut werden, das Angebot an Kinderbetreuung muss erweitert werden, wir müssen in eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren, unsere Anstrengungen in den Bereichen Klimaschutz, Wohnen, Mobilität, Gesundheit und soziale Strukturen ausweiten sowie unsere kulturelle Vielfalt erhalten.

Andererseits werden wir weiterhin erhebliche finanzielle Einbußen durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine verzeichnen. Um diese abzumildern, braucht es unbedingt angemessene und strukturelle Finanzhilfen für Kommunen von Bund und Land. Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, die städtische Finanz- und Haushaltspolitik so aufzustellen, dass wir unseren Beitrag zur Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen leisten. Wir werden daher verantwortungsvoll handeln und spätestens ab 2025 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Grundsätzlich gilt für alle neuen Projekte dieses Koalitionsvertrages ein Finanzierungsvorbehalt. Pflichtaufgaben sind gegenüber (formalrechtlich) freiwilligen Leistungen bevorzugt zu finanzieren. Den Verlust der souveränen finanziellen Handlungsfähigkeit durch einen nicht genehmigten Haushalt wollen wir als Kooperation verhindern.

Zwischen den Partnern besteht Einvernehmen, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Ziele konsequent verfolgt werden und die beschriebenen Maßnahmen nach Möglichkeit schrittweise umgesetzt werden.

Städtische Einnahmen

Kommunalsteuern und Gebühren

Bei der Festlegung der Höhe der Gewerbesteuer orientieren wir uns weiterhin an dem sogenannten Nivellierungshebesatz des Landes Hessen – also dem Durchschnittssatz der fünf kreisfreien Städte in Hessen. Die Gewerbesteuer werden wir deshalb auf dem bisherigen Niveau von 454 Hebesatzpunkten halten.

Die bundesweite Reform der Grundsteuer wird ab 2025 greifen. Wir werden den beschlossenen Pfad der Stadtverordnetenversammlung fortsetzen und die Grundsteuer für die Stadt Wiesbaden aufkommensneutral erheben. Ent- oder Belastungen Einzelner werden sich jedoch auch in diesem Rahmen nicht vermeiden lassen.

Die Möglichkeiten der Grundsteuer C für unbebaute baureife Grundstücke werden wir als Steuerungsmittel in maximaler Form ausnutzen, um Bodenspekulation unattraktiver zu machen und zusätzliche Anreize für die Schaffung von Wohnraum zu setzen. Die Grundsteuer C wird dabei eine Abstufung nach der Dauer der Baureife enthalten.

Die Zweitwohnsitzsteuer werden wir im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt des Wiesbaden-Bonus evaluieren. Ziel bleibt dabei, einen größtmöglichen Anreiz zu schaffen, den hiesigen Zweitwohnsitz aufzugeben und sich mit der Erstwohnung in Wiesbaden anzumelden.

Die übrigen kommunalen Steuerarten bedürfen derzeit keiner Überarbeitung bzw. Anpassung und bleiben auf dem aktuellen Niveau bestehen. Die Hundesteuer haben wir zum einen sozialer ausgestaltet, zum anderen den Anreiz für die Aufnahme eines Tierheimhundes erhöht. Derzeit sehen wir keinen weiteren Regelungsbedarf.

Wir werden die Gebührenhaushalte der Stadt in regelmäßigen Abständen überprüfen und bei Bedarf anpassen, um die entstandene Unterdeckung zu reduzieren. Dabei werden wir weiterhin besondere Rücksicht auf soziale Belange nehmen.

Fördermanagement

Um auch in Jahren knapper Haushaltsmittel wichtige Projekte finanzieren zu können, richtet die Landeshauptstadt Wiesbaden ein zentrales Fördermanagement ein, das die kommunalen Projekte auf Förderfähigkeit von EU-, Bundes- oder Landesebene prüft. Dies wird in manchen Dezernaten bereits praktiziert, muss aber allgemein Anwendung finden. Die Möglichkeit einer Teilfinanzierung durch öffentliche Fördertöpfe scheitert oft einzig daran, dass Unkenntnis über die Existenz der Fördermittel besteht. Als Beispiel kann hier die Nachbarkommune Mainz dienen, die bereits ein solches Fördermanagement eingerichtet hat.

Konnexität

Die Koalition wird weiterhin die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) gegenüber dem Land Hessen einfordern, auch unter Einbeziehung des hessischen Städtetages. Bisherige Aufgaben der Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen sowie in den Bereichen Soziales, Gesundheit und öffentlicher Nahverkehr wachsen quantitativ und qualitativ weiter. Neue Aufgaben wie etwa der Klimaschutz und die Digitalisierung benötigen ebenso finanzielle Ressourcen, wie andere wichtige freiwillige Leistungen, die in vielfacher Hinsicht Teil der Daseinsvorsorge sind. Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir alle Positionen benennen und finanziell bewerten, bei denen das Land die Konnexität nicht oder finanziell nur unzureichend erfüllt.

Bußgeldstelle

Wir wirken darauf hin, dass die Bußgeldverfahren bei Verkehrsordnungswidrigkeiten in Zukunft nicht mehr von der Zentralen Bußgeldstelle des Landes Hessen beim Regierungspräsidium in Kassel, sondern von der Landeshauptstadt Wiesbaden selbst abschließend analog dem Verfahren für die Stadt Frankfurt bearbeitet werden und die LHW somit zu 100% vereinnahmt werden kann. Hilfsweise sollen die Betragsgrenzen dahingehend angepasst werden, dass ein möglichst hoher Betrag des Bußgeldbudgets in der Landeshauptstadt Wiesbaden gehalten wird.

Städtische Ausgaben

Transparenz beim städtischen Haushalt

Wir streben eine größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit des städtischen Haushaltes an. Die Darstellung von zentralen Daten auch über längere Zeiträume hinweg kann jedoch verbessert werden. Wir werden daher den städtischen Haushalt digitaler und transparenter machen. Dies fängt bei digitalen Suchfunktionen an und reicht bis hin zur Aufbereitung von wesentlichen Daten bis zu einzelnen Produktgruppen. Als Anregung kann dabei die technische Lösung des digitalen Haushaltes der Stadt Wolfsburg dienen.

Zur Transparenz gehört auch, dass regelhaft mit dem Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Bericht über die Entwicklung des Klimafonds, des Garagenfonds und des neu zu definierenden Grundstücksfonds sowie des Fonds der Stabsstelle aktive Bodenpolitik gegeben wird. Dabei sind geeignete Parameter anzulegen und auch die bereits geplanten, zukünftigen Belegungen der Fonds zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir ein Register schaffen, aus dem hervorgeht, welche Institutionen Zuschüsse und Sponsoring aus der öffentlichen Hand (Haushalt und städtische Beteiligungen) erhalten. Hier ist sowohl die Höhe der Zahlungen, als auch die mögliche Gegenleistung oder Bedingung aufzuführen.

Kassenwirksamkeit

Um die begrenzten Spielräume des Investitionshaushaltes besser nutzen zu können, werden wir die erfolgreiche Anwendung der Anmeldung nach Kassenwirksamkeit im Schulbereich konsequent auf alle anderen mehrjährigen Investitionsprojekte übertragen.

Zero-Base-Budgeting

Die Koalitionspartner verfolgen den Ansatz des Zero-Base-Budgetings (Budgetierung von Null auf), um eine größere Transparenz im städtischen Haushalt zu erlangen und deutlich zu machen, welche Standards sich die Landeshauptstadt Wiesbaden für die Menschen leistet.

Good Governance – Gute Grundsätze, klare Regeln, nachvollziehbares städtisches Handeln

Vertrauen schaffen durch klare Regeln und Transparenz

Wir wollen das Vertrauen der Bürger*innen in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung stärken, indem wir eine möglichst große Transparenz und klare Regeln für die Stadtpolitik schaffen. Insgesamt wollen wir das städtische interne Kontrollsystem und Compliance Management System konsequent weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehören neben Schulungen für Mandatsträger*innen und Personal auch die Einrichtung eines professionellen und qualifizierten Hinweisgebersystems.

Transparenz- und Lobbyregister

Zu diesem Zweck möchten wir, dass Mandatsträger*innen sowie die Entscheider*innen in der Verwaltung sich zu ethischem Verhalten verpflichten, denn nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Wir werden auf Basis bestehender Regelungen und gemeinsam mit der Antikorruptionsbeauftragten dazu einen Vorschlag erarbeiten. Im Sinne der Freiheit des gewählten Mandats sind entsprechende Erklärungen freiwillig. Ob ein(e) Stadtverordnete(r) sich der Regelung anschließt oder nicht, soll aber explizit veröffentlicht werden.

Wir setzen uns ferner für ein Transparenzregister ein, das für alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats ihre Funktionen und (Neben-)Tätigkeiten enthält. Geschäftsbeziehungen zu / Aufträge von städtischen Unternehmen sind ebenfalls aufzunehmen.

Gegenstand des Transparenzregisters sollen auch Amtsleitungen, Prokurist*innen und Geschäftsführer*innen bei der Stadt Wiesbaden sein.

Stärkung der internen Revision

Ein zentraler Bestand jedes internen Kontrollsystems ist die interne Revision. Die Bedeutung der internen Revision, sowohl innerhalb der Kernverwaltung als auch der städtischen Gesellschaften, hat sich nicht zuletzt bei der Aufklärung der Themenkomplexe AWO und ESWE Verkehr gezeigt.

Wir wollen daher sowohl das Revisionsamt als auch die Konzernrevision nicht nur personell weiter stärken. Insbesondere wird der internen Revision zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht eingeräumt. Wir werden prüfen, ob und in welchem Umfang städtischer Revision und Konzernrevision ermöglicht wird, ohne konkreten Anlass bei wesentlichen Projekten begleitend tätig zu sein.

Dem Revisionsamt, bzw. der Konzernrevision wird auf Wunsch die Teilnahme an Sitzungen der Betriebskommissionen, bzw. Aufsichtsräte ermöglicht, sofern dies rechtlich zulässig ist.

Ferner soll die Konzernrevision bei allen städtischen Gesellschaften in den Gesellschaftsverträgen verankert und die Zusammenarbeit von Revisionsamt und Konzernrevision ausgebaut werden.

Nachhaltigkeit städtischer Finanzen

Wir wollen die Wiesbadener Beteiligung stärker am Gemeinwohl ausrichten und steuern. Hierfür ist eine Erhebung des Ist-Zustandes notwendig, um eine Daten- und Messgrundlage zu bekommen. Darauf aufbauend wollen wir konkrete Zielvorgaben formulieren, die die Beteiligungen zu einer größeren Nachhaltigkeit steuern sollen, wobei Nachhaltigkeit als Dreiklang aus sozialen, ökologischen und finanziellen Aspekten verstanden werden muss.

Hierfür schließt sich Wiesbaden dem Berichtsrahmen nachhaltige Kommunen (BNK) auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) an. Dieser Berichtsrahmen hat in Kommunen wie Aschaffenburg und Soest bereits positive Ergebnisse hervorgebracht. Derzeit läuft ein Difu-Projekt verschiedener Städte in Nordrhein-Westfalen, dessen Erkenntnisse wir in diese Form der Berichterstattung mit einfließen lassen wollen. Der erste Bericht soll im Jahr 2023 für das Berichtsjahr 2022 erfolgen.

Darüber hinaus soll im Beteiligungskodex der Stadt Wiesbaden die gesellschaftliche Unternehmensverantwortung verankert werden, dies soll die Bereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environment, Social, Governance – ESG) umfassen. Die Wiesbadener Beteiligungen sollen sich hierbei erklären, wenn sie von den Vorgaben abweichen.

Zusätzlich zum Beteiligungsbericht soll es zukünftig auch einen Nachhaltigkeitsbericht geben, der sich an den Vorgaben des DNK orientiert. Grundlage der Berichterstattung soll jeweils die neuste Form von Deutschem Corporate Governance Kodex, bzw. DNK sein.

Stadtwirtschaftsstrategie

Wir streben an, nach dem Vorbild der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Wirtschaftsstrategie für die Beteiligungen der LHW zu erarbeiten. Diese soll aus den Zielen des Beteiligungskodex abgeleitet werden. Die Wirtschaftsstrategie bildet die Herausforderungen und finanzielle Beiträge zum bzw. Belastungen für den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden ab und stellt die strategischen Ziele der Gesellschaften dar.

Städtische Beteiligungen und Gesellschaften

Privatisierungen

Wir streben keine weitere Privatisierung von Kernaufgaben der Stadtverwaltung an. Die bisherige Struktur der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen werden wir daraufhin untersuchen, ob sie den Anforderungen hinsichtlich Leistungserbringung, organisatorischer und steuerlicher Effizienz sowie den Ansprüchen an Transparenz und Möglichkeiten der politischen Steuerung weiterhin entsprechen.

„Good Governance“ für Aufsichtsräte, Betriebskommissionen und Gesellschaften

Als weiteren Beitrag zu einer „Good Governance“ in Wiesbaden, wollen wir die Besetzung der Aufsichtsräte und Betriebskommissionen mit dem Ziel einer Stärkung der Aufsichtsrolle weiterentwickeln. Im Rahmen einer Selbstverpflichtung wollen wir dabei die Zahl der Mandate, die durch eine Person wahrgenommen wird, auf regelmäßig 7 ordentliche Mandate beschränken.

Aufsichtsratsmitgliedern wird gemäß dem Beteiligungskodex empfohlen, sich regelmäßig fortzubilden. Für neue Aufsichtsratsmitglieder werden wir die Teilnahme am Basisseminar der Beteiligungsverwaltung binnen eines

Jahres zur Verpflichtung machen, um so einen Sachkundenachweis zu erhalten.

Darüber hinaus werden wir die Beteiligungsverwaltung bitten, neben den jährlichen Basisseminaren auch ein umfassendes Fortbildungsprogramm mit fachspezifischen Angeboten vorzulegen – dies soll den Mandatsträger*innen die Auswahl geeigneter Seminare erleichtern.

Von der Möglichkeit der Bestellung von zwei sachkundigen Bürger*innen werden wir in den Aufsichtsräten verstärkt Gebrauch machen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Erreichung eines Mindestfrauenanteils von 30% in allen Aufsichtsräten und Betriebskommissionen in der Vergangenheit nicht eingehalten wurde. Die Kooperationspartner*innen verpflichten sich, bei ihren politischen Vertretern über alle Aufsichtsräte und Betriebskommissionen hinweg jeweils einen Mindestfrauenanteil von 30% sicherzustellen. Mittelfristig streben wir eine geschlechterparitätische Besetzung der Aufsichtsräte und Betriebskommissionen an.

Der Beteiligungsbericht wird zudem um ein Kapitel zur Gleichstellung ergänzt, das Aussagen zum Frauenanteil in der Geschäftsführung, der zweiten Führungsebene sowie der Zusammensetzung des Aufsichtsrates macht. Die Quotierung ist dabei nach entsendenden Fraktionen zu differenzieren.

Abweichungen von den vorstehenden Anforderungen sind grundsätzlich zulässig, die Gründe hierfür sind jedoch schriftlich festzuhalten und zu veröffentlichen (Comply or Explain Ansatz).

Die entsprechenden Regelungen werden wir im Beteiligungskodex bzw. dem Beteiligungshandbuch verankern.

Stärkung der Aufsicht über die städtischen Gesellschaften

Die Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden zuletzt im Jahr 2019 überarbeitet. Diese werden wir zeitnah weiterentwickeln, unter anderem mit einem Fokus auf den folgenden Punkten:

Die Unternehmensführung sollte grundsätzlich aus mindestens zwei Personen bestehen, wobei die Besetzung gendergerecht erfolgen soll. Ausnahmen hiervon sind zu begründen. Eine Einzelvertretungsberechtigung bei städtischen Gesellschaften wird ausgeschlossen.

Eine städtische Gesellschaft darf Aufträge an Amts- oder Mandatsträger nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrats erteilen. Soll eine Auftragserteilung an ein Aufsichtsratsmitglied erfolgen, ist dies nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung, mithin regelmäßig des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, zulässig. Grundsätzlich sollten Vergaben an Aufsichtsratsmitglieder und Stadtverordnete vermieden werden.

Geschäftsführungen und Transparenz städtischer Unternehmen

Darüber hinaus wollen wir den ergänzenden Einsatz von Agenturen zur Vermittlung von Führungskräften absichern und zum anderen die Möglichkeit zu einer Interimsbesetzung ohne Ausschreibung und mit zeitlicher Beschränkung auf ein Jahr verankern.

Im Rahmen der Überarbeitung des Beteiligungskodexes werden wir einheitliche Regelungen zur Altersversorgung und Gehaltsanpassungen von Geschäftsführungen verankern. Bezüglich der Festlegung der Gehälter der Geschäftsführungen wird ein Konzept entwickeln, das eine Benchmark-basierte Einordnung vorsieht. Eine Abweichung um mehr als 25 Prozent ist gegenüber dem Aufsichtsrat gesondert zu begründen.

Die Dienstwagenrichtlinie wollen wir überarbeiten und dabei die ökologische Komponente deutlich stärken, indem wir einen Anreiz für Elektromobilität schaffen. Ebenso streben wir an, E-Bikes, Fahrräder und Elektro-Roller mit in die Richtlinie aufzunehmen.

Im Übrigen ziehen wir bei der Überarbeitung der „Grundsätze guter Unternehmensführung“ den „Deutsche Public Corporate Governance-Musterkodex“ von 2022 in allen wesentlichen Aspekten als Maßstab heran, soweit er auf die Stadt Wiesbaden anwendbar ist.

Beispielsweise werden wir alle städtischen Unternehmen dazu verpflichtet, zentrale Unternehmensdaten auf ihrer Homepage oder unter wiesbaden.de zu veröffentlichen.

Um Interessenskonflikte zu vermeiden, werden wir zukünftig eine strikte Trennung von Wirtschaftsprüfung und -beratung umsetzen. Über die gesetzlichen Vorgaben des § 319 HGB hinaus werden wir daher bei allen städtischen Gesellschaften die Unabhängigkeitsregelungen für Unternehmen von öffentlichem Interesse (Art. 5 Verordnung (EU) Nr. 537/2014) anwenden.

Städtische Unternehmen und Gesellschaften

Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften

Wir setzen uns für eine Rückkehr zur Gemeinnützigkeit von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften ein, die ihrer besonderen Verantwortung zur sozialen Frage des bezahlbaren Wohnraums gerecht werden. Hierzu setzen wir uns beim Bundesgesetzgeber ein und fordern beim Landesgesetzgeber Mechanismen zur Unterstützung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, etwa in der Frage der Grunderwerbsteuer.

Ausschüttung GWW

Unter Berücksichtigung einer Fortsetzung der kommunalen Mietpreisbremse, weiterer Bautätigkeit und der Fortführung notwendiger energetischer Sanierungen werden wir die Ausschüttung der GWW auf 1,5 Millionen Euro pro Jahr deckeln.

Wivertis

Nach der Rekommunalisierung des städtischen IT-Dienstleisters werden wir ergebnisoffen prüfen, ob wir diesen von einer GmbH in einen städtischen Eigenbetrieb überführen können.

Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW)

Als kommunales Energieunternehmen ist die KMW besonders gefordert, eine Dekarbonisierungsstrategie umzusetzen und dennoch Versorgungssicherheit für Strom und Wärme zu gewähren. Die

bestehenden Ansätze (z.B. Rechenzentrum, Wasserstoffnutzung) sollen daher weiterentwickelt werden.

In der KMW sind noch Mittel in Rückstellungen für das nicht realisierte Kohlekraftwerk gebunden. Hier wollen wir prüfen und darauf hinwirken, dass wir einen Anteil dieser finanziellen Mittel über die WVV Wiesbaden Holding GmbH nach Wiesbaden zurückholen, um sie für Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden. Ebenso könnte auf Ebene der KMW ein Klima- und Innovationsfonds nach dem Vorbild der ESWE Versorgung eingerichtet werden kann, um besonders wirksame Klimaschutzprojekte zu unterstützen.

Naspa

Im Oktober 2020 hat die Naspa die Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften unterzeichnet und sich damit verpflichtet, sich für das Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einzusetzen und den Geschäftsbetrieb bis spätestens 2035 CO₂-neutral zu gestalten. Bei der Erreichung dieser Zielsetzung werden wir die Naspa aktiv unterstützen.

Wir werden uns ferner für den weiteren Ausbau des Angebots grüner Anlageprodukte und die Förderung nachhaltiger Unternehmen einsetzen.

WVV

Wir wollen die Struktur und Rolle der WVV ergebnisoffen dahingehend überprüfen, ob die WVV zu einer Managementholding umgebaut werden soll, oder ob es bei der derzeitigen Struktur als Finanzholding bleibt. Hierbei sollen die Vor- und Nachteile beider Varianten gegenübergestellt werden.

MBA/ELW

Im Rahmen der Evaluation der Struktur der städtischen Gesellschaften soll ergebnisoffen geprüft werden, ob im Zuge der Reduzierung der Ebenen innerhalb der Beteiligungen auf die MBA verzichtet werden kann.

Danke für die Mitarbeit an:

Achim Sprengard, Alex Hofmann, Aman Yoseph, Andrea Dingeldein, Andrea Sprengard, Andreas Kowol, Antje Boerdner, Axel Imholz, Barbara Düe, Bettina Gies, Brigitte Forßbohm, Carina König, Carolin Scholtz, Christoph Leng, Christian Kato, Christian Lahr, Christiane Hinninger, Christof Stork, Christoph Manjura, Daniel Redin, Daniel Schmitt, Daniel Sidiani, Daniel Weber, Daniel Winter, David Geisberger, Dilek Özkan, Dirk Schlotter, Doro Angor, Dorothee Andes-Müller, Dorothee Rhiemeier, Dr. Andrea Elmer, Dr. Dieter Krost, Dr. Tilli Reinhardt, Dr. Uta Brehm, Elisabeth Kulas, Felix Kisseler, Gerhard Uebersohn, Gert-Uwe Mende, Gesine Bonnet, Gregor Buchholz, Hans-Werner Gress, Hartmut Bohrer, Hendrik Schmehl, Hendrik Seipel-Rotter, Herbert Just, Ibrahim Kizilgöz, Ingeborg Groebel, Ingo von Seemen, Jakob Wewior, Jan Stebler, Janine Vinha, Jasper Klos, Joachim Tobschall, Jochen Seipel, Jonathan Schwarz, Jörg Dauer, Jörg Sobek, Julia Bauerhenne, Julia Beltz, Julia Seidel, Jürgen Malyssek, Karen Zeller, Karl Braun, Karl-Heinz Grünheid, Karoline Hinkfoth, Konny Küpper, Kristina Jeromin, Linda Marschall, Lukas Haker, Lukas Scherhag, Manuel Mergen, Marcel Kraus, Maria Arvelase, Marie Bohn, Marius Becker, Marta Moneva, Martin Kraft, Mathias Lück, Mathias Wagner, Matthias Seilberger, Mechthilde Coignée, Michael Büsgen, Michael David, Michael Lorenz, Michaela Apel, Nadine Ruf, Nele Siedenburger, Nico Becher, Nicolas Kämmerer, Nina Schild, Patricia Eck, Prof. Dipl.-Phys. Axel Bretzke, Prof. Dr. Johannes Luderschmidt, Prof. Dr. Walid Hafezi, Prof. Dr. Werner Hillebrand, Ronny Maritzen, Sabine Ludwig-Braun, Samater Liban, Sebastian Schäfer, Silas Gottwald, Silvana Sand, Simon Rottloff, Sina Hottenbacher, Susanne Hoffmann-Fessner, Tabea Thomas, Tassilo von Jagow, Thomas Zimmerling, Udo Krause, Ulla Bai, Vera Werli und Vladislav Golyschkin